



Sächsischer Landtag

7. Sitzung

4. Wahlperiode

Beginn: 10:01 Uhr

Dresden, 20. Januar 2005, Plenarsaal

Schluss: 18:11 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0	Eröffnung	377	2	Fortführung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements	
	Geburtstagsglückwünsche für die Abg. Uta Windisch, CDU	377		Drucksache 4/0356, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD	391
	Änderung der Tagesordnung	377		Kerstin Nicolaus, CDU	391
	Uwe Leichsenring, NPD	377		Johannes Gerlach, SPD	392
	Martin Dulig, SPD	377		Dr. Dietmar Pellmann, PDS	392
				Klaus Baier, NPD	393
1	Aktuelle Stunde			Kristin Schütz, FDP	393
	Aktuelle Debatte: Umsetzung von Hartz IV in Sachsen			Elke Herrmann, GRÜNE	393
	Antrag der Fraktion der PDS	378		Alexander Krauß, CDU	394
	Dr. Dietmar Pellmann, PDS	378		Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	395
	Kerstin Nicolaus, CDU	378		Johannes Gerlach, SPD	396
	Johannes Gerlach, SPD	379		Abstimmung und Zustimmung	397
	Dr. Dietmar Pellmann, PDS	380			
	Johannes Gerlach, SPD	380	3	Unverzügliche Sicherstellung des Unterrichts an den Grundschulen	
	Holger Apfel, NPD	381		Drucksache 4/0301, Antrag der Fraktion der PDS	397
	Sven Morlok, FDP	382		Cornelia Falken, PDS	397
	Michael Weichert, GRÜNE	382		Thomas Colditz, CDU	398
	Caren Lay, PDS	383		Martin Dulig, SPD	399
	Kerstin Nicolaus, CDU	384		Gitta Schüßler, NPD	399
	Holger Apfel, NPD	385		Torsten Herbst, FDP	400
	Sven Morlok, FDP	385		Cornelia Falken, PDS	400
	Dr. Dietmar Pellmann, PDS	386		Torsten Herbst, FDP	401
	Sven Morlok, FDP	386		Prof. Dr. Peter Porsch, PDS	401
	Dr. Barbara Höll, PDS	386		Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	401
	Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	387		Steffen Flath, Staatsminister für Kultus	402
	Caren Lay, PDS	388		Cornelia Falken, PDS	402
	Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	389		Torsten Herbst, FDP	403
	Dr. Michael Friedrich, PDS	390		Steffen Flath, Staatsminister für Kultus	403
	Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales	390		Cornelia Falken, PDS	403
	Dr. Dietmar Pellmann, PDS	390		Dr. André Hahn, PDS	404
				Änderungsantrag der Fraktion der FDP, Drucksache 4/0585	405

Torsten Herbst, FDP	405	6	12. Tätigkeitsbericht 2003/2004 Drucksache 4/0215, Unterrichtung durch den Sächsischen Landesbeauftragten für die Untertlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Drucksache 4/0465, Beschlussempfehlung des Verfassungs-, Rechts- und Europa- ausschusses	423	
Prof. Dr. Peter Porsch, PDS	405			Marko Schiemann, CDU	423
Abstimmung und Ablehnung	405			Dr. Michael Friedrich, PDS	425
Abstimmung und Ablehnung				Enrico Bräunig, SPD	426
Drucksache 4/0301	405			Uwe Leichsenring, NPD	426
4 – Aufrechterhaltung der GA-Wirtschafts- förderung				Dr. Jürgen Martens, FDP	427
Drucksache 4/0468, Antrag der Fraktion der FDP				Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE	428
– Gewährleistung einer zielgerichteten GA-Wirtschaftsförderung				Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz	429
Drucksache 4/0357, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD	405				
Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	405	7	Elfter Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten Drucksache 4/0044, Unterrichtung durch den Sächsischen Ausländerbeauftragten Drucksache 4/0288, Beschlussempfehlung des Innenausschusses		
Tino Günther, FDP	406			Volker Bandmann, CDU	430
Jürgen Petzold, CDU	407			Dr. Cornelia Ernst, PDS	431
Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	407			Enrico Bräunig, SPD	433
Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft				Mirko Schmidt, NPD	434
und Arbeit	408			Kristin Schütz, FDP	434
Karl Nolle, SPD	410			Dr. Jürgen Martens, FDP	436
Karl-Friedrich Zais, PDS	411			Elke Herrmann, GRÜNE	437
Jürgen Gansel, NPD	412			Friederike de Haas,	
Michael Weichert, GRÜNE	412			Sächsische Ausländerbeauftragte	438
Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft				Dr. Thomas de Maizière, Staatsminister	
und Arbeit	413			des Innern	439
Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	414			Uwe Leichsenring, NPD	440
Andreas Lämmel, CDU	414			Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE	441
Karl-Friedrich Zais, PDS	415			Uwe Leichsenring, NPD	441
Abstimmungen und Zustimmungen				Volker Bandmann, CDU	442
Drucksache 4/0468	415			Prof. Dr. Peter Porsch, PDS	442
Abstimmung und Zustimmung					
Drucksache 4/0357	415	Abstimmung und Zustimmung			
5 „Entwicklungszusammenarbeit als dauer- hafte Aufgabe des Freistaates Sachsen“		Drucksache 4/0288	442		
Drucksache 4/0472, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	415	8 Beschlussempfehlungen und Berichte des Wahlprüfungsausschusses Drucksache 4/0383 Drucksache 4/0384	443		
Antje Hermenau, GRÜNE	415	Abstimmungen und Zustimmungen	443		
Marko Schiemann, CDU	417				
Heiko Hilker, PDS	418	9 Nachträgliche Genehmigungen gemäß Artikel 96 Satz 3 der Verfassung des Frei- staates Sachsen zu über- und außerplan- mäßigen Ausgaben und Verpflichtungen Drucksache 4/0483, Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses	443		
Johannes Gerlach, SPD	419	Abstimmung und Zustimmung	443		
Winfried Petzold, NPD	419				
Dr. Andreas Schmalfuß, FDP	420				
Prof. Dr. Peter Porsch, PDS	421				
Uwe Leichsenring, NPD	421				
Hermann Winkler, Staatsminister und					
Chef der Staatskanzlei	421				
Antje Hermenau, GRÜNE	422				
Abstimmungen	423				

10	Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse		11	Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen	
	– Sammeldrucksache –			– Sammeldrucksache –	
	Drucksache 4/0508	443		Drucksache 4/0509	445
	Elke Altmann, PDS	443		Abstimmung und Zustimmung	445
	Dr. Fritz Hähle, CDU	444		Nächste Landtagssitzung	445
	Abstimmungen und Zustimmungen	445			

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10:01 Uhr)

Präsident Erich Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 7. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages.

Zuerst habe ich eine sehr angenehme Aufgabe. Ein Mitglied des Landtages hat Geburtstag, Frau Uta Windisch. Wir gratulieren Ihnen ganz herzlich zum Geburtstag, wünschen Ihnen alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Folgende Abgeordnete, von denen Entschuldigungen zu unserer heutigen Sitzung vorliegen, sind beurlaubt: Frau Kagelmann, Frau Mattern und Frau Roth.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung zu unserer Sitzung liegt Ihnen vor. Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Tagesordnungspunkte 2 bis 5 CDU 69 Minuten, PDS 53 Minuten, SPD 33 Minuten, NPD 33 Minuten, FDP 25 Minuten, GRÜNE 25 Minuten und die Staatsregierung 53 Minuten. Die Redezeiten der Fraktionen und der Staatsregierung können auf die Tagesordnungspunkte je nach Bedarf verteilt werden.

Meine Damen und Herren! Ich bitte in der Ihnen vorliegenden Tagesordnung folgende Streichung vorzunehmen. Den Tagesordnungspunkt 12, Kleine Anfragen, bitte ich zu streichen, da keine Kleinen Anfragen vorliegen.

Meine Damen und Herren! Mir ist ein als dringlich bezeichneter Antrag der Fraktion der NPD, Drucksache 4/0523, vorgelegt worden. Er lautet: „Sofortige Suspendierung der Vorstände der Sächsischen Landesbank Michael Weiss und Rainer Fuchs sowie der Vorstandsvorsitzenden der Mitteldeutschen Leasing AG Andrea Braun bis zur Klärung aller durch das Urteil des OLG Dresden am 11.1.2005 erhobenen Vorwürfe des Verdachts auf Prozessbetrug, Urkundenfälschung und Anstiftung zur Falschaussage.“ Der Landtag hat die Möglichkeit, gemäß § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Dringlichkeit festzustellen. Dann müsste der Antrag noch auf dieser Sitzung abschließend behandelt werden. Voraussetzung für eine Dringlichkeit ist, dass im üblichen Verfahren eine rechtzeitige Entscheidung im Landtag über den Antrag nicht mehr erreichbar ist.

Ich bitte um Einbringung des Antrages und Begründung der Dringlichkeit. Herr Leichsenring, bitte.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Dringlichkeit unseres Antrages ergibt sich schon aus der Tatsache, dass das Gericht am 11.1. sein Urteil im Fall Sächsische Landesbank gefällt hat, so dass ein „normaler“ Antrag nicht mehr in den Geschäftsgang einzubringen war. Deswegen haben wir uns entschlossen, den Antrag auf diesem Wege einzubringen.

Nach dem Urteil des Oberlandesgerichts vom 11. Januar 2005 ist nunmehr davon auszugehen, dass die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen gegen das Vorstandmitglied

der Sächsischen Landesbank Rainer Fuchs und andere Vorstandsmitglieder wieder aufnehmen wird. Eine entsprechende Anzeige liegt auch schon vor, Aktenzeichen 209 JS 5908/04. Ich denke, wenn es schon so weit ist, dass die Anzeige vorliegt und damit zu rechnen ist, dass die staatsanwaltlichen Ermittlungen aufgenommen werden, dann ist es besser für das Image der Bank, wenn die Betreffenden aus der Schusslinie genommen und durch den Verwaltungsrat suspendiert werden.

Für die deutschen Landesbanken schlägt Mitte des Jahres die Stunde der Wahrheit. Die anderen Geldhäuser haben sich darauf systematisch vorbereitet, die Landesbank Sachsen leider nicht, weil hier ein Skandal den anderen jagt.

Präsident Erich Iltgen: Her Leichsenring, ich bitte Sie, die Dringlichkeit zu begründen und nicht zum Inhalt zu sprechen.

Uwe Leichsenring, NPD: Ja. – Ich denke, das hatte ich bereits getan. Die Dringlichkeit wird insbesondere zeitlich mit der Verkündung des Urteils am 11. Januar begründet. Wer die Geschäftsordnung kennt, weiß, dass am 11.1. nachmittags, als das Urteil gesprochen wurde, kein Antrag mehr auf den normalen Geschäftsweg zu bringen war.

Danke schön.

Präsident Erich Iltgen: Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Dulig, bitte.

Martin Dulig, SPD: Zur Dringlichkeit: Gemäß § 54 Abs. 3 der Geschäftsordnung ist ein Antrag immer dann dringlich, wenn im üblichen Verfahren nach § 53 Geschäftsordnung eine rechtzeitige Entscheidung des Sächsischen Landtages über den Inhalt des Antrages in der nächsten Landtagssitzung nicht erreichbar ist. Der vorliegende Antrag mit der Forderung der sofortigen Suspendierung ist eine selbst konstruierte Dringlichkeit, die eine unmittelbare Behandlung in der heutigen Sitzung nicht notwendig macht. Daher ist der Antrag in der Drucksache 4/0523 im Sinne von § 53 Abs. 3 der Geschäftsordnung nicht dringlich. Die Dringlichkeit wird daher abgelehnt.

Präsident Erich Iltgen: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Meine Damen und Herren, damit bringe ich die Dringlichkeit des Antrages zur Abstimmung. Wer der Dringlichkeit des NPD-Antrages in der Drucksache 4/0523 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Stimmen dafür ist das mehrheitlich abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie, ob es weitere Anträge zur heutigen Tagesordnung gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann gilt die Ihnen vorliegende Tagesordnung für den heutigen Beratungsverlauf als beschlossen.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1**Aktuelle Stunde****Aktuelle Debatte: Umsetzung von Hartz IV in Sachsen****Antrag der Fraktion der PDS**

Die Verteilung der Gesamtredezeit hat das Präsidium wie folgt vorgenommen: CDU 18 Minuten, PDS 18 Minuten, SPD 6 Minuten, NPD 6 Minuten, FDP 6 Minuten, GRÜNE 6 Minuten, Staatsregierung 10 Minuten, wenn gewünscht. Wir kommen damit zur Debatte selbst, beantragt von der Fraktion der PDS, Umsetzung von Hartz IV in Sachsen. Ich erteile der PDS-Fraktion das Wort. Herr Dr. Pellmann, bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Hartz-IV-Gesetz gilt bekanntlich seit 1. Januar, und glaubt man den öffentlichen Verlautbarungen, so sei der Start gelungen, so könne man davon ausgehen, dass sich die Sache schon in geordneten Bahnen entwickeln werde.

Wir haben, meine Damen und Herren, eine etwas andere Wahrnehmung. Diese speist sich aus vielen Beratungen, keinen Rechtsberatungen, sondern Beratungen als Hilfe zur Selbsthilfe. Sie speist sich aus einer Telefonhotline, auf der innerhalb von acht Stunden 130 Anrufer begrüßt wurden, und sie speist sich aus vielen Informationen, die wir sachsenweit erhalten haben. Insofern möchte ich Sie zunächst an unserer Wahrnehmung teilhaben lassen.

Zum Ersten: Die Bescheide, die wir gesehen haben, sind in den meisten Fällen widerspruchsrelevant, weil für die Betroffenen nicht nachvollziehbar ist, wie die Ämter zu entsprechenden Entscheidungen gekommen sind. Beispielsweise bei denen, die keine Leistungen erhalten, steht eine Null, aber nach SGB X §§ 33 und 35 haben selbstverständlich die Antragsteller das Recht auf Klarheit und Nachvollziehbarkeit der Bescheide. Ich bin gespannt, wie die eingelegten Widersprüche beschieden werden.

Zum Zweiten: Stichwort Bedarfsgemeinschaft. Hier herrscht ein wirkliches Durcheinander. Ich muss ehrlich sagen, bei einigen Fällen sträubt sich mir das Gefieder. Einige Beispiele. Ein 56-jähriger Herr, der bei mir in der Sprechstunde war, trägt vor, dass er deshalb keine Leistungen erhält, weil seine Mutter – über 80 – eine etwas zu hohe Rente hat. Wir haben festgestellt, dass beide seit langem einen eigenen Haushalt führen. Nun frage ich Sie: Soll dieser Herr erst so lange auf eigene Leistungen warten, bis seine Mutter nicht mehr ist?

Ich denke, das kann nicht sein.

Ein zweites Beispiel, auch selbst erlebt: Ein Vater bezahlt – nicht von Hartz IV betroffen – 300 Euro für seine dreizehnjährige Tochter. Nun lebt die Tochter inzwischen in einer Bedarfsgemeinschaft mit der Mutter ihres neuen Lebenspartners. Selbstverständlich werden nach der Lage, wie sie sich bei Hartz IV darstellt, diese 300 Euro als Einkommen der gesamten Bedarfsgemeinschaft zugerechnet. Ich will bewusst überspitzen: Heißt das etwa, dass der Mann, dem zunächst die Frau ausgespannt wurde, nun auch noch für den Nachfolger mit Unterhalt bezahlen muss? Das kann doch wohl nicht sein!

Meine Damen und Herren! Wir erleben immer wieder – das ist das Dritte, was ich darstellen will – die so genannte 58er-Regelung. Die 58er-Regelung bedeutet, dass ältere Arbeitnehmer unterschrieben haben, nicht mehr vermittelt werden zu wollen, aber dafür im Gegenzug den vollen Bezug der Arbeitslosenhilfe bis zum Eintreten ins Rentenalter zu bekommen. Sie fallen jetzt auch unter Arbeitslosengeld II. Das nenne ich einen eklatanten, staatlich sanktionierten und staatlich gewollten Vertragsbruch.

(Beifall bei der PDS und der NPD)

Das nehmen wir nicht hin. Ich kann jetzt schon sagen, wir werden klagen. Einige sind bereits unterwegs. Wir werden diese unterstützen.

Ein weiteres Beispiel, das ich hier nennen möchte: Es wird immer wieder behauptet, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern würde es sogar besser gehen. Da sage ich, das ist eine glatte Lüge, denn wer wüsste nicht, dass es de facto keine einmaligen Leistungen mehr gibt. Wenn der Kühlschrank kaputt ist oder die Waschmaschine ihren Dienst versagt, kann man nicht mehr zum Sozialamt gehen und eine neue holen. Dann muss man sie aus der Regelleistung bezahlen.

Die letzte Beispielbemerkung zu den so genannten Kosten der Unterkunft, von Wohnung ist gar nicht die Rede: Hier haben wir einen Flickenteppich, weil jede Kommune selbst nach Kassenlage entscheidet. Auch wir wissen heute nicht, ob es nicht doch zu Massenumzügen kommt. Uns sind viele Beispiele bekannt, denen das droht. Ich sage, gegen diese Zersplitterung, gegen diesen Flickenteppich war die deutsche Kleinstaaterei des 18. und 19. Jahrhunderts regelrecht fortschrittlich.

(Beifall bei der PDS und der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen!

Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Das ist der letzte Satz. – Ich lade Sie ein, denn wir werden auch künftig dieses Haus mit Hartz IV und den Auswirkungen beschäftigen. Einige Anträge haben wir bereits im parlamentarischen Verfahren. Ich freue mich schon heute auf die Diskussion, denn sie ist bitter nötig.

(Beifall bei der PDS und der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der CDU das Wort. Frau Nicolaus, bitte.

Kerstin Nicolaus, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Pellmann, ich bin eigentlich schon entsetzt, dass Sie nicht den großen Rahmen gespannt haben – aber das haben Sie natürlich bewusst getan –, warum Hartz IV notwendig ist. Sie haben Einzelbeispiele herausgegriffen. Ich möchte jedoch

für meine Fraktion deutlich machen, dass wir sehr wohl die Ängste der Menschen teilen, weil es etwas ganz Neues ist, was auf die jeweiligen Empfänger von Arbeitslosengeld II zukommt. Das ist gar keine Frage. Wir wollen es auch an dieser Stelle nicht verniedlichen.

Was mir gefehlt hat – vielleicht kommen wir noch dazu: Wo ist denn Ihr Konzept von der PDS-Fraktion, um diesen Dingen entgegenzuwirken? Wir sind uns unserer Verantwortung sehr wohl bewusst und stellen uns auch der Verantwortung. Wir müssen etwas tun,

(Zurufe von der PDS)

um das soziale Geflecht zu erhalten, der Sozialstaatsrelevanz gerecht zu werden, dass die guten Sozialstaatsbedingungen weiterhin für diejenigen erhalten bleiben, die über Jahre keine Arbeit hatten oder erhalten haben.

An der Stelle muss man auch deutlich machen, wie die ganze Sache zusammenhängt und wie sie sich im Freistaat Sachsen darstellt. Das lässt sich nicht in fünf Minuten einfach darbringen. Ich denke, dazu wird die Ministerin noch im Detail Ausführungen machen.

Wir haben sechs optierende Kommunen, also Landkreise und Kommunen nehmen die Aufgabe mit Unterstützung der Arbeitsagentur selbst wahr, bearbeiten die Anträge selbst. Dann haben wir Arbeitsgemeinschaften „Arge“. Das sind 23 an der Zahl. Dort sind Beschäftigte des Landratsamtes oder der Kreisfreien Städte an die Arbeitsverwaltung abgestellt.

Sicherlich gab es bei der Antragsbearbeitung das eine oder andere Problem. Hier fällt mir gerade die Arbeitsagentur in Görlitz ein, die sehr großen Nachholbedarf hatte und hat. Ich hoffe, dass das natürlich in naher Zukunft noch behoben wird. An dieser Stelle muss man aber auch sagen, dass viele zwischen Weihnachten und Neujahr in den Agenturen gearbeitet haben, keinen Urlaub hatten und länger gearbeitet haben, um die Anträge alle bearbeiten zu können. An der Stelle sollten wir uns einmal bei denjenigen bedanken, die dies ermöglicht haben.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Sicherlich ist es kein Spaziergang für diejenigen, die Hartz-IV-Empfänger sind. Das eine oder andere wird sich auch erst in der Perspektive klären lassen.

Ich will hier noch einmal den großen Rahmen spannen. Wir leben als Deutschland ja nicht einfach im luftleeren Raum. Wir leben in einer Wirtschaftsgemeinschaft, in einer Europäischen Gemeinschaft und wir wissen, dass wir auch – teilweise selbst verursacht – wirtschaftlich nicht gerade gut dastehen. Wir sind das Schlusslicht gesamteuropäisch gesehen.

(Zuruf von der PDS: Weltmeister!)

Somit müssen wir auch die geringen finanziellen Ressourcen, die vorhanden sind, so verteilen, dass alle davon partizipieren können. Es nützt uns nichts, wenn wir hier auf Einzelbeispielen herumhacken, sondern unsere Aufgabe ist es, gerade mit Hartz IV Langzeitarbeitslosen wieder eine neue Chance zu geben. Das ist nicht einfach.

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst, PDS)

Arbeitsplätze können wir auch nicht aus dem Ärmel schütteln. Das will niemand verschweigen. Aber es darf ja auch ausgesprochen werden, dass wir unter den neuen Bundesländern schon Spitze sind, was das Schaffen oder die Erhaltung von Arbeitsplätzen betrifft. Wir stehen wirtschaftlich gut da. Das haben wir unserer Regierung zu verdanken. Wir führen diesen Weg in der Koalition fort. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.

(Dr. Volker Külow, PDS,
meldet Redebedarf an.)

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Kerstin Nicolaus, CDU: Nein, ich möchte erst einmal fortfahren. Das können wir vielleicht später noch tun.

Natürlich dürfen wir auch einiges nicht vergessen. Die Ein-Euro-Jobs sind eine neue Möglichkeit für die Langzeitarbeitslosen, den einen oder anderen Job wiederzuerlangen. Ich will auch bewusst darauf reflektieren, weil mancher Langzeitarbeitslose keine Tagesstruktur mehr hat. Was bedeutet das? Die Menschen haben einfach keine soziale Anerkennung mehr,

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst, PDS)

weil sie keinen Mut mehr haben. Wenn sie dann mit dem Ein-Euro-Job gefordert sind, haben sie die Möglichkeit, eine sinnvolle Arbeit zu verrichten.

Sicher muss man auch sehen, dass es nicht dazu führen darf, dass eine Verzerrung zwischen dem ersten Arbeitsmarkt und den neugeschaffenen Ein-Euro-Jobs stattfindet. Hier muss genau aufgepasst werden. Aber es ist eine Möglichkeit und eine Riesenchance für die Langzeitarbeitslosen, dass sie eine Anerkennung bekommen, wieder ins Arbeitsleben integriert sind und teilnehmen können. Dazu stehen wir – bei allen Problemen, die diese Sache auch bei den Gewerbetreibenden mit sich bringt. Das ist ganz klar. Aber wir haben ja auch eine Wächterfunktion und sollten hier gemeinsam mit den Verantwortlichen dafür Verantwortung tragen und dies auch gemeinsam leben.

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Kerstin Nicolaus, CDU: Es ist sicherlich nicht ganz einfach, die Dinge anzugehen, aber wir stellen uns unserer Verantwortung und tun das nicht wie Sie als einbringende Fraktion dieser Aktuellen Debatte, indem wir uns herausstreichen, nur kritisieren und am Ende die Arme heben und sagen, was verkehrt ist.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort. Herr Gerlach, bitte.

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich gibt es zu Hartz IV nichts Neues zu sagen, jedenfalls nichts, was

wir nicht schon in vielen Debatten in den Jahren 2003/2004 hier ausgetauscht hätten.

Natürlich macht die PDS im Moment genau das Gleiche, was sie bei der Gesundheitsreform im Januar 2004 auch schon gemacht hat: Sie hatte noch nicht einmal richtig angefangen, da wurden die bösen Geister beschworen und natürlich die Einzelfälle gebracht. Die Einzelfälle machen auch uns betroffen. Sie machen uns in dem Sinne betroffen, dass sie natürlich gelöst werden müssen. Es wird auch Einzelfälle geben, bei denen es keine befriedigende Lösung gibt. Das wissen wir auch, das wollen wir überhaupt nicht wegschieben.

Aber wenn es denn überhaupt Neuigkeiten zu Hartz IV gibt, dann die, dass die Unkenrufe zur Umsetzung von Hartz IV zum überwältigenden Teil nicht Wirklichkeit geworden sind. Das sollten Sie bitte einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele aus Dresden. In Dresden gab es zwei Barauszahlungen bei über 23 000 Betroffenen. Ich denke, das ist schon eine beeindruckende Zahl.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Wie viel haben Sie denen gegeben?)

Wenn ich reflektiere, was im Vorfeld auf dieser Strecke alles geunkelt wurde, dann ist das ein großartiges Ergebnis, das die, die dort beschäftigt sind, geleistet haben.

(Beifall des Abg. Helmut Gregert, CDU)

Es gibt 600 Widersprüche in Dresden. Laut Thomas Wünsche, Chef der Arbeitsagentur Dresden, ist das ein normaler Wert. Das heißt normal in dem Sinne, dass er auch beim Arbeitslosengeld bereits in dieser Größenordnung war. Die Widersprüche sind sehr unterschiedlicher Natur und nicht unbedingt Hartz-spezifisch.

Was Aussagen zur Entwicklung der Anzahl der Langzeitarbeitslosen betrifft, so ist klar, dass diese frühestens in einem halben Jahr getroffen werden können. Es ist natürlich Ihr gutes Recht, Herr Dr. Pellmann – wie Sie auch gesagt haben –, uns regelmäßig mit Hartz IV zu beschäftigen. Wir werden versuchen, auch regelmäßig Ihre Argumente – jedenfalls teilweise – ad absurdum zu führen.

Ich möchte jemanden zitieren, der immer dann besonders gut war, wenn er nicht im Amt war, was diese Problematik, die Hartz-IV-Gesetzgebung, betrifft, und zwar den ehemaligen Ministerpräsidenten Biedenkopf. Er hat gesagt: „Vor wenigen Monaten war nicht erkennbar, dass sich dieses Projekt durchsetzen lässt und funktioniert. Heute wissen wir: Selbst im sensiblen Bereich der Fürsorge und Vorsorge sind Reformen möglich.“

Trotzdem ist die SPD natürlich nicht blauäugig und sieht das alles irgendwie mit verklärtem Blick. Wir haben mit dafür gesorgt, dass der Ombudsrat eingesetzt wird, dass weitere Kontrollen im parlamentarischen Bereich vorgesehen sind usw. usf. Ich könnte jetzt vieles zitieren, was ich schon gesagt habe. Ich lasse das weg.

Aber – und das sollten Sie auch bedenken – wer eine Reform will, der muss sie überhaupt erst einmal begin-

nen, damit man dann Ergebnisse sieht, und kann nicht einfach von vornherein die ganzen Probleme aufzeigen und nichts dazu tun.

„Hartz IV muss weg!“ – Das geht gut ein, aber es ist nicht zielführend und bringt Sie auch nicht weiter. Ein Effekt der Verunsicherung war, dass viele Betroffene sehr spät ihre Anträge abgegeben haben. Das hatte Folgen für die Beschäftigten in den Arbeits- und Sozialverwaltungen.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Johannes Gerlach, SPD: Herrn Dr. Pellmann immer.

Präsident Erich Iltgen: Bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Herr Gerlach, herzlichen Dank. – Folgende Frage habe ich an Sie: Sind Sie nicht auch mit mir der Auffassung, dass man, wenn man ein Gesetz verabschiedet, vorher seine Wirkungen einkalkulieren sollte und nicht der Meinung sein kann – wie beispielsweise der Bundeskanzler und bei Ihnen klang es eben ähnlich an –, dass man erst einmal abwarten möge, wie es denn ausgeht?

Johannes Gerlach, SPD: Herr Dr. Pellmann, Sie unterstellen mit Ihrer Frage, dass diejenigen, die das Gesetz verabschiedet haben, nicht einkalkuliert und wenig darüber nachgedacht hätten, was so alles passiert. Da Sie die ganzen Diskussionen hier im Landtag mitgeführt haben, müsste Ihnen sehr wohl bekannt sein, was allein im Gesetzgebungsverfahren noch an Änderungen hineingekommen ist.

Es wird im Moment – was Sie auch angemahnt und wir selber im Wahlkampf ebenfalls kritisch betrachtet haben – an Lösungen bei der 58er-Regelung gearbeitet. Aber Sie sollten – bei welchem Gesetz auch immer und noch dazu bei einem so hoch komplizierten – nicht erwarten, dass von vornherein jegliche Dinge zu 100 % abgeschlossen werden können. Das gehört zur Wirklichkeit auch dazu.

Wir werden unseren Teil dazu beitragen, indem wir die Dinge, die speziell im Osten als Probleme auftauchen, sehr wohl benennen werden und auch den Gremien, die im Bundestag für Korrekturen Verantwortung tragen, diese Informationen geben, damit solche Sachen, die wir heute vielleicht in der Größenordnung noch nicht absehen, dann auch beseitigt werden können. Das kann ich Ihnen versprechen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Warum regen Sie sich so auf?)

– Ich rege mich ja nicht auf. Ich habe auch keine Aktuelle Debatte beantragt, Herr Prof. Porsch.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Die Probleme benennen!)

Vielleicht haben wir hier etwas verwechselt.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle noch einmal – weil ich das auch betont habe, was an Arbeitsleistungen gemacht

wurde, und meine Kollegin das kurz benannt hatte – eine Zahl dazu sagen. Allein in der Bundesanstalt für Arbeit wurden von Dezember 2003 bis Dezember 2004 mehr als 58 000 Überstunden geleistet, davon die meisten zwischen Weihnachten und Silvester sowie an Sonn- und Feiertagen. Ich möchte das ganz persönlich noch einmal zum Anlass nehmen, um ein großes Dankeschön allen Beteiligten und insbesondere den Angestellten der BA zu sagen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich möchte Sie noch einmal mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten konfrontieren, der gesagt hat: „Die Bevölkerung ist dem Kanzler gefolgt. Wenn die Leute geführt und überzeugt werden, akzeptieren sie Veränderungen und richten sich ein.“

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst, PDS)

Die von der PDS in der Presse angemahnte Milliardenlücke bezeichnet er als Luftbuchung, für die es bisher keine seriösen Indizien gibt. Ich lasse das einfach mal stehen.

(Dr. André Hahn, PDS:
Was ist mit den Kommunen?)

Was Sie hier gesagt haben, Herr Dr. Pellmann – das als Letztes –, dass die Kommunen nach Kassenlage entscheiden, das ist eine Unterstellung gegen diejenigen, die sich sehr viel Mühe in den verschiedenen Kreistagen und überall gemacht haben,

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

wie denn die Größenordnung sein kann, wie die Mietunterstützung sein kann.

Präsident Erich Iltgen: Bitte zum Schluss kommen.

Johannes Gerlach, SPD: Vielleicht so viel an dieser Stelle.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort. Herr Apfel, bitte.

Holger Apfel, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die ersten Januartage dieses Jahres schienen wieder einmal zu bestätigen, dass die Macht des Faktischen oftmals schwerer wiegt als Wut, Enttäuschung und Wille zum Widerstand.

Recht reibungslos vollzieht sich die Einführung der Hartz-Gesetze für Langzeitarbeitslose. Der Ansturm von Arbeitslosen, die dringend Bargeld benötigen, auf die Arbeitsagenturen ist nicht eingetreten. Von denen, die für diese Gesetze Verantwortung tragen, wird diese bislang recht unspektakulär verlaufende Übergangszeit bereits so gedeutet, dass viele der Betroffenen ihren Frieden mit Hartz IV gemacht hätten.

Doch die Erfolgsmeldungen über die angeblich reibungslose Einführung, die in den ersten Tagen des neuen Jahres vor allem die Springerpresse dominierten, blenden bewusst das Unerfreuliche aus, das es zu vermeiden gibt. In Deutschland hat man sich inzwischen schon so an schlechte Nachrichten gewöhnt, dass bereits das Ausbleiben derselben als Erfolg gefeiert wird.

Dabei gab es gerade in den Bescheiden, die derzeit an die 300 000 ALG-Empfänger in Sachsen verschickt werden, zahlreiche Fehler, angefangen von fehlenden Begründungen bei einer Ablehnung des Antrages bis zu der nun abgeschafften 58er-Regelung. Wegen fehlerhafter Kontonummern bekamen mehr als 7 000 Arbeitslose, die gleichzeitig Kunden der Niederschlesischen Sparkasse waren, zum Jahreswechsel kein Geld.

Nein, die aus den Medien zu entnehmende Botschaft vom reibungslosen Start von Hartz IV ist eine Legende. Zu den schwer wiegenden Kollateralschäden der Hartz-IV-Einführung gehört vor allem die Vernachlässigung der eigentlichen Aufgaben durch die Arbeitsagenturen. Im letzten Jahr haben die Vermittler in den Agenturen im Gegensatz zum Vorjahr, als noch über 95 000 Sachsen mit Hilfe der Arbeitsämter zu neuen Stellen kamen, nur noch 63 997 Arbeitslose vermittelt. Das ist ein dramatischer Rückgang von rund einem Drittel der Arbeitsplätze.

Nach einer in der „Sächsischen Zeitung“ dokumentierten Aussage von Sylvia Herzog von der Sächsischen Regionaldirektion liegt die Ursache auch in der Umstrukturierung der Arbeitsvermittlung. Einen solchen Irrsinn muss man sich einmal vor Augen führen. Da müssen sich Millionen von Deutschen an eine durch Hartz IV verursachte Armut im Vertrauen auf das Versprechen einer besseren Arbeitsvermittlung gewöhnen und dann führt allein schon die Umsetzung dieser so genannten Reform zu einem wirklich drastischen Absturz in der Zahl der erfolgreichen Arbeitsvermittlungen von einem Drittel innerhalb nur eines Jahreszeitraums.

Hier liegt auch die große Augenwischerei, die die Etablierten im Zusammenhang mit Hartz IV betreiben. Wo, bitte schön, sollen denn die Stellen herkommen, in die ein Arbeitsloser in der Lausitz, im Erzgebirge, in Niederschlesien oder in der Sächsischen Schweiz vermittelt werden soll? Eine Wende auf dem Arbeitsmarkt ist trotz aller guten Worte, die Wolfgang Clement am 3. Januar vor einer Dresdner Arbeitsagentur verlor, nicht in Sicht. Von einem guten Start kann keine Rede sein, wenn die Stimmung im Lande am Boden ist.

Die Arbeitslosen in Sachsen fürchten sich nach wie vor vor dieser Reform, weil sie zwar wesentlich weniger Geld, aber keine Stellen sehen. Für Jugendliche soll es Pflichtpraktika geben, die sie mit der Wirtschaft zusammenbringen, aber eine Perspektive erwächst daraus kaum. Ohne diese Perspektive jedoch, meine Damen und Herren, bleibt Hartz IV nur eine Chiffre für einen neuen Armutsstandard in Deutschland.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort. Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Wir haben als FDP bereits deutlich gemacht, welche Probleme wir mit der Hartz-IV-Gesetzgebung haben. Es ist so, dass zwar die Bedingungen verschärft wurden, aber durch Hartz IV nicht ein einziger neuer Arbeitsplatz geschaffen worden ist. Das ist das Problem dieses Gesetzes, und dieses Problem werden wir auch weiterhin haben.

Wenn man seitens der Regierungsfraktion – Frau Nicolaus sagte es bereits – der Auffassung ist, dass wir wirtschaftlich gut dastehen, dann ist das ein weiterer Beleg dafür, dass die Staatsregierung hier in Sachsen unter einem gewissen Realitätsverlust leidet – zumindest die von ihr getragenen Fraktionen.

(Beifall bei der FDP)

Wie man angesichts von über 20 % Arbeitslosenquote von „wirtschaftlich gut dastehen“ sprechen kann, ist mir schleierhaft. Es ist eine Verhöhnung der Einzelschicksale der betroffenen Menschen.

(Beifall bei der FDP, der PDS und der NPD)

Es ist richtig, dass wir weit weniger Probleme mit der Einführung gehabt haben als ursprünglich befürchtet, und ich kann mich nur denen anschließen, die den Mitarbeitern in den Agenturen, aber auch in den Kommunen und Landkreisen, bereits dafür gedankt haben, die teilweise im Mehrschichtbetrieb die Erfassung der Daten vorgenommen haben. Ihnen ist zu verdanken, dass wir so wenige Probleme gehabt haben.

Es ist aber auch festzustellen, dass die eigentliche Aufgabe der Arbeitsvermittlung im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV in den Hintergrund getreten ist. Genau das wollten wir gerade nicht erreichen. Wir wollten eine bessere Vermittlung durch die Gesetzgebung bewirken. Wir haben auch erhebliche finanzielle Aufwendungen für die bereits angesprochenen Überstunden. Außerdem haben wir aufgrund der Fehler, die vorgekommen sind, erhebliche Schadenersatzforderungen von Banken zu befürchten. Das heißt, auch die Kosteneinsparung, die eigentlich mit Hartz IV verbunden sein sollte, ist zumindest in der Anfangsphase von Hartz IV nicht eingetreten.

Wir mahnen nach wie vor an, im Freistaat entsprechende Regelungen zu schaffen, um arbeitswilligen Menschen besser unter die Arme greifen zu können. Das geht nicht durch Subventionen, und es geht nicht durch Förderprogramme. Was wir brauchen, sind bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen, eine Deregulierung und eine Entbürokratisierung. Wir müssen den Freistaat für die Zukunft fit machen, und in dem Maße, in dem wir ihn für die Zukunft fit machen, werden hier auch neue Arbeitsplätze entstehen.

Ich kann Sie nur alle aufrufen, sich bei den anstehenden Debatten über verschiedene Gesetze von diesen Überlegungen leiten zu lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Herr Weichert, bitte.

Michael Weichert, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Apfel, gibt es ein deutsches Wort für „Kollateralschäden“?

(Allgemeine Heiterkeit –
Beifall bei der SPD –

Holger Apfel, NPD: Da lachen Sie aber zu spät, merken Sie das?)

Zunächst einmal gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kommunen und Arbeitsagenturen ein großes Dankeschön für ihre Arbeit und ihren Einsatz bei der Vorbereitung und Umstellung auf Hartz IV. Hartz IV, meine Damen und Herren, ist ein erster wichtiger Schritt in den Einstieg in die steuerfinanzierte Grundsicherung, eine langjährige Forderung bündnisgrüner Sozialpolitik.

(Widerspruch der Abg. Dr. Barbara Höll, PDS)

– Ja, ganz genau. – „Die Bescheide sind richtig gerechnet und richtig entschieden worden.“ Das behauptete die Bundesagentur Ende November in einer Pressemitteilung. Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Die vorliegenden Bescheide und die Berichte der Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort beraten, zeigen: Viele Bescheide sind fehlerhaft und rechtswidrig. Die Praxis zeigt auch in Sachsen: Das System hat viele Tücken. Viele Probleme zeigen sich aber erst in der Praxis. Erfahrungswerte gibt es vorher nicht. Aber die meisten Probleme sind lösbar oder zumindest reduzierbar, wenn die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung und die Fallmanager sowie alle am praktischen Prozess Beteiligten mit Reformfreudigkeit und Willigkeit an diese Aufgabe gehen.

Mit einer ständigen Evaluation der Probleme und deren schneller Behebung wäre allen geholfen. Alle sind aufgerufen, dort mitzutun. Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen zum Beispiel sucht hier die Unterstützung der Betroffenen. Sie ist daran interessiert, fehlerhafte Bescheide zu sammeln, und erarbeitet zurzeit konkrete Hilfen und Mustertexte für Widersprüche zu den Bescheiden.

(Heinz Eggert, CDU: Alle sind aufgerufen!)

Meine Damen und Herren! Wir haben es hier nicht mit Vorgängen, sondern vor allem mit Menschen zu tun. Bürgerfreundlichkeit, Schnelligkeit und Beratungsbereitschaft sind nötig. Dazu gehört auch eine ausreichende Qualifikation der Berater und Betreuer, damit sie wirklich beraten und betreuen können. Wenn es nämlich einfacher ist, ALG II abzulehnen – zum Beispiel wegen einer bestehenden Lebensversicherung, die aber eigentlich gar nicht zur Disposition steht –, statt einem Antragsteller die Chance der Warteschleife zu geben, um noch nötige Bescheide einzubringen, dann ist etwas im System falsch.

Fakt ist: Hartz IV läuft. Es ist nach der kurzen Zeit aber noch viel zu früh, Bilanz zu ziehen. Wichtig ist jedoch, eine so grundlegende Umgestaltung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik immer sorgfältig auszuwerten und mit Augenmaß zu begleiten. Wichtige Themen für die Begleitung dieser Reform im laufenden Jahr sind für uns Bündnisgrüne drei Beispiele:

Erstens. Zuverdienstmöglichkeiten unter 400 Euro sind mit 15 % sehr eng gestrikt. Die Union hat diese Position im Vermittlungsausschuss durchgesetzt. Wir dagegen haben immer gesagt: Jeder zweite Euro bis 400 Euro muss anrechnungsfrei sein; also lieber Brücken zum ersten Arbeitsmarkt bauen, anstatt Transferempfänger von öffentlicher Fürsorge abhängig machen. Eine Tätigkeit auf dem ersten Arbeitsmarkt wird mit verbesserter Zuverdienstregelung deutlich attraktiver als öffentlich angebotene Zusatzjobs.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Karl Nolle, SPD)

Zweitens. Die Höhe der Leistungssätze wird im Jahr 2005 auf der Grundlage der neuen Einkommens- und Verbraucherstichprobe bewertet werden. Ich gehe davon aus, dass sich die Lebenshaltungskosten in Ost und West angeglichen haben und eine unterschiedliche Leistungshöhe nicht mehr gerechtfertigt ist; denn, meine Damen und Herren, wenn ein Papenburger für sein Geld mehr als ein Münchener bekommt – wovon ich einmal ausgehe –, warum hat er dann nicht auch weniger Arbeitslosengeld II als die Menschen im Osten? Das ist nicht vermittelbar.

(Heinz Eggert, CDU: Sie sitzen
doch in der Regierung!)

Also: Dieses Ost-West-Schema funktioniert nicht.

Drittens. Wir werden Hartz IV intensiv begleiten. Mit dem Aufbau eines Informationsnetzwerkes zur kommunalen Umsetzung erreichen uns viele Beispiele einer gelungenen Umsetzung vor Ort, die die Gestaltungsfreiräume im Gesetz für eine effiziente und zielgerichtete lokale Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose nutzen.

Meine Damen und Herren! Am Ende muss daraus eine Förderlandschaft entstehen, die nicht mehr auf bundeseinheitliche Detailregelungen setzt, sondern den individuellen und regionalen Besonderheiten – auch und vor allem denen in Sachsen – gerecht wird. Lassen Sie uns das gemeinsam voranbringen!

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Karl Nolle, SPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der PDS das Wort. Frau Lay, bitte.

Caren Lay, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Nicolaus, es geht nicht um das Einzelbeispiel. Aber jedes Gesetz muss sich ja wohl in der Praxis beweisen. Gemessen an dem, was wir bislang in der Praxis erleben, erweist sich Hartz IV in jeglicher Hinsicht als Flop.

(Beifall bei der PDS)

An erster Stelle geht es doch darum, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In der Realität erleben wir das glatte Gegenteil. Hartz IV schafft keine neuen Arbeitsplätze – nein, es vernichtet reguläre Beschäftigung. Das ist doch keine Chance! Das ist eine dauerhafte Deklassierung der davon Betroffenen. Wer sich jetzt wie Sie, Herr Jurk, empört, dass auch die Privatwirtschaft Ein-Euro-Jobs an-

bioten will, hat offenbar nicht begriffen, worum es in Wirklichkeit geht.

Es geht doch genau um die Schaffung eines Niedriglohnssektors. Es geht um die Senkung aller Löhne.

(Staatsminister Thomas Jurk:
Gemeinnützige Tätigkeit!)

Das ist der eigentliche Kern des Gesetzes, und es ist scheinheilig, sich jetzt darüber aufzuregen.

(Beifall bei der PDS)

Eine bessere Vermittlung der Arbeitssuchenden wollte man erreichen. Tatsächlich sind die Agenturen durch 75 000 Widersprüche lahm gelegt. Zu ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich in Arbeit zu vermitteln, wird hier monatelang kein Mensch mehr kommen. Die Kommunen sollten finanziell entlastet werden. Stattdessen bleiben sie zumindest im Osten noch stärker belastet. Und so ist es nur folgerichtig, dass jetzt einige sächsische Landkreise den Klageweg beschreiten.

Schön sparen wollte man durch Hartz IV. Das ist die Wahrheit. Aber noch nicht einmal das will so richtig funktionieren. In Wirklichkeit wird es auch für den Bund teurer, so dass wir jetzt auch einen Nachtragshaushalt für die Bundesagentur fordern müssen. Dann wollte man auch irgendwie modern sein. Aber modern sind an diesem Gesetz wirklich nur die Begriffe. Hartz IV ist nicht nur ein Verarmungsprogramm, sondern es ist auch ein großes Umbenennungsprogramm. Der Hilfeempfänger wurde zum „Kunden“, das Amt zur „Agentur“, der Zwang zur „Aktivierung“, die Entrechtung zur „Eigenverantwortung“, Raider heißt jetzt „Twix“ und die Versorgungsehe „Bedarfsgemeinschaft“.

(Beifall bei der PDS und der NPD)

Nein, meine Damen und Herren, modern ist an diesem Gesetz gar nichts. Es ist ein Rückfall in das 19. Jahrhundert. Dahinter steht ein reaktionäres Menschenbild, nämlich das vom faulen Arbeitslosen, der selber an seiner Arbeitslosigkeit schuld ist. Was wir erleben, ist doch ein Paradigmenwechsel. Bis vor kurzem galt: Von Arbeit muss man leben können. Es galt auch, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Rechte haben: auf freie Berufswahl, auf Tariflohn, auf Urlaub, auf Sozialversicherung und auf Mitbestimmung. Das alles gilt bei einem Ein-Euro-Job nicht. Der moderne Ein-Euro-Jobber ist ein entrechteter Tagelöhner und sonst gar nichts.

(Beifall bei der PDS und der NPD)

Was wir hier erleben, das ist doch nicht nur das Verschwinden der Sozialdemokratie in Sachsen, das ist auch das Verschwinden sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik. Die kann ich hier einfach nicht erkennen. Was wir auch erleben, Herr Kollege, das ist der Wandel der GRÜNEN von einer links-emanzipatorischen zu einer bürgerlich-liberalen Partei.

(Beifall bei der PDS –
Widerspruch bei der FDP)

Meine Kollegen von der FDP, Sie haben immerhin erkannt, dass Freiheit und Gleichheit zusammengehören. Deshalb haben Sie sich zu Recht auch gegen das Hartz-IV-Gesetz gewehrt. Die GRÜNEN hingegen plakatieren: „Frauen machen Arbeit.“ Ja, dann seien Sie doch ehrlich, stehen Sie doch zu dem, was Sie auf Bundesebene tun, und plakatieren Sie beim nächsten Mal: „Hurra, endlich Hausfrau!“

(Heiterkeit und Beifall
bei der PDS und der FDP)

Herr Biedenkopf wäre stolz auf Sie gewesen. Ihm war die aus seiner Sicht „zu hohe“ Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen auch schon immer ein Dorn im Auge.

Was wir schließlich auch erleben, ist eine Radikalisierung der Stimmung unter den Betroffenen, weil sie verzweifelt sind. Das ist in der Tat erschreckend und ich erachte es auch als eine Gefährdung der Demokratie. Aber dem dürfen wir als Politikerinnen und Politiker nicht mit Zynismus begegnen, etwa mit dem Zynismus, dass die Einführung von Hartz IV, Frau Nicolaus, für die Betroffenen kein Spaziergang sei. Ja, das können Sie so einfach sagen. Es ist auch zynisch, wenn Bundestagsabgeordnete sagen, die Forderung nach Angleichung an das Westniveau sei albern und überflüssig. Wer von Bundestagsdiäten lebt, kann das so einfach sagen. Zynisch sind die Äußerungen der GRÜNEN, die große Potenziale darin sehen, dass Ein-Euro-Jobber den Kindern in den Schulen gesunde Ernährung beibringen. Am besten nimmt man dafür zuvor entlassene Lehrerinnen – in Sachsen werden wir ja bald genug davon haben –, damit die Unterrichtsqualität auch stimmt.

Zynisch ist es schließlich, wenn Herr Nitzsche von der CDU die Arbeitslosen zum Aufräumen nach Khao Lak schicken will. Angesichts eines solchen blanken Zynismus darf man sich auch über Politikverdrossenheit nicht wundern.

(Beifall bei der PDS und der NPD
und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Bitte kommen Sie zum Schluss.

Caren Lay, PDS: Ich komme zum Schluss.

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist im Grunde nicht zu retten, weil der Grundsatz falsch ist. Ihre Alternativen funktionieren nicht. Unsere Alternativen, Frau Nicolaus, liegen auf dem Tisch. Ich habe Ihnen hier die „Agenda Sozial-Kritik und Alternativen zur Agenda 2010“ mitgebracht. Sie können einmal hineinsehen und darüber können wir dann streiten.

Meine Damen und Herren, es wäre auch zynisch, wenn wir jetzt nicht für die notwendigen Nachbesserungen kämpfen würden. Hier gibt es Dringendes zu tun. Eines vor allem möchte ich betonen: Das beste Gegengift gegen Lohndumping ist nicht ein Landesbeirat, sondern es ist und bleibt ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn.

(Beifall bei der PDS und
vereinzelt bei der NPD)

Schließlich werden wir auch das Land in die Pflicht nehmen, wenn es um die Aufrechterhaltung aktiver Arbeits-

marktpolitik geht. Sie werden in der Haushaltsdebatte noch von uns hören.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der CDU das Wort gewünscht? – Frau Nicolaus, bitte.

Kerstin Nicolaus, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie hätten das Papier hier liegen lassen können, dann hätte ich die Dinge daraus entnommen, die aber mit Sicherheit nicht zielführend sind. Doch es ist immer ganz gut, wenn man auch Ihre Argumente hört.

(Zuruf von der PDS: Da hätten
Sie was lernen können!)

Mir geht es darum, noch einmal einige Dinge klarzustellen. Zunächst meine ich, auch Hausfrau sein ist ein ganz ehrbarer Job, ein anerkannter Beruf. Das soll an dieser Stelle betont werden.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der PDS)

– Darüber werden wir uns noch unterhalten. Wir haben den Vorschlag eingebracht, dass die Anerkennung der Tätigkeit der Frau, wenn sie den Weg wählt, zu Hause für ihre Familie da zu sein, dementsprechend finanziell untersetzt wird.

(Zuruf von der PDS)

– Ja, es können auch Hausmänner sein, gar keine Frage. Diesen Punkt habe ich bei Ihnen vermisst.

Aber wir sollten zum Ernst der Sache zurückkehren. Wir lassen uns die gute wirtschaftliche Entwicklung des Freistaates Sachsen nicht schlechtreden. Denn wir haben – Sie hätten vielleicht besser zuhören sollen, als ich das vorhin betont habe – von allen neuen Bundesländern den besten Weg genommen. Wir haben die höchste Arbeitsplatzdichte zu verzeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Dafür sollten wir unseren Dank aussprechen und sollten uns als Hohes Haus nicht echauffieren und nicht alles schlechtreden, sondern die Dinge, die gut sind, hochhalten. Wir sollten nicht dazu beitragen, dass alle in Lethargie verfallen. Dass der Umgang mit Hartz IV schwer ist, hat keiner der Redner in Abrede gestellt: ich nicht, Herr Gerlach nicht, auch die Redner der anderen Fraktionen nicht. Das wird auch niemand tun. Aber wir sind gehalten, Reformen, die notwendig sind, nicht kaputtzureden, ehe sie überhaupt begonnen haben. Daran sollten wir uns orientieren. Wir sollten die Nöte der Menschen ernst nehmen und bemüht sein, die Dinge, die nicht so laufen, wie man es sich vorstellt, einer Lösung zuzuführen.

Gerade der Unterschied zwischen Ost und West ist ein Problem. Die Ministerin hat entsprechende Verhandlungen mit Herrn Clement geführt und wird das auch weiterhin tun, weil die Ermittlung der Summe von 331 Euro auf der Basis von 1998 beruht. Seitdem sind aber einige

Jahre vergangen. Jetzt geht es uns darum, dass dieser Betrag angehoben wird.

Wir wollen auch die Sorgen der Landkreise nicht verniedlichen. Aber auch dort sind wir nicht untätig, sondern es sind Bemühungen im Gange, auch diese Probleme zu lösen. Es sind sehr viele Schienen, die dabei berücksichtigt werden müssen. Es sind die Sonderbedarfszuweisungen, über die man auch stundenlang referieren könnte. Dann gibt es noch Extrazuweisungen über das Landesamt, die bis zum 5. des Monats von den jeweiligen Gebietskörperschaften beantragt werden müssen.

Natürlich müssen wir für die Zukunft unseren Blick auf die Dinge schärfen, was Hartz IV betrifft. Niemand kann Arbeitsplätze aus dem Ärmel schütteln. Aber wir sollten unsere Aufmerksamkeit auch darauf richten, Chancen für Langzeitarbeitslose zu schaffen, und sollten sie nicht dort lassen, wo sie jetzt sind, sondern sollten sie dort abholen, wo sie jetzt sind. Dafür gibt es mit Hartz IV verschiedene Instrumentarien, die wir in Zukunft nutzen sollten.

Wir sollten uns mehr darüber unterhalten, wie wir vorkommen, als die Situation schlechtzureden. Wir alle gemeinsam – dazu rufe ich hier auf – sollten die Dinge, die im Argen liegen, zu bereinigen versuchen und nicht nur herumörgeln, ohne konstruktive Beiträge zu leisten. Wir von unserer Seite jedenfalls sind darum bemüht, Probleme, die die Langzeitarbeitslosigkeit betreffen, anzupacken und zu beseitigen, um den Menschen zu helfen und nicht nur Schelte zu verteilen.

Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der SPD-Fraktion das Wort gewünscht? – Dann frage ich die NPD-Fraktion. Bitte, Herr Apfel.

Holger Apfel, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! War schon die Umsetzung von Hartz IV problematisch, so liegen die wahren Probleme noch vor uns. Als gravierendstes der auf mittlere bis lange Sicht zu befürchtenden Probleme ist zu nennen, dass Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit gezwungen werden, aber nicht in den regulären Arbeitsmarkt zurückkehren, sondern als Ein-Euro-Jobber vor allem Handwerksbetrieben Konkurrenz machen. Im unteren Lohnsegment wird das Realeinkommen weiter sinken und die Konsumnachfrage noch weiter nachlassen.

Gleichzeitig nimmt das Kapital den gnadenlosen Verdrängungswettbewerb um die wenigen verbleibenden Arbeitsplätze zum Anlass, den Bogen immer weiter zu überspannen. Auch nach massiven Protesten hielt der Industrie- und Handelskammertag zum Beispiel an seinem umstrittenen Vorschlag fest, Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose auch in Privatbetrieben zu ermöglichen. Die soziale Marktwirtschaft eines Ludwig Erhardt, eines Karl Schiller oder eines Alfred Müller-Armack wird in Deutschland ausgerechnet von der SPD zu Grabe getragen, die sich in einen Verein rotlackierter Neoliberaler verwandelt hat.

(Beifall bei der NPD)

Die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich wird weiter zunehmen, teilweise mit krassen Konsequenzen, wie wir sie von den Schwellenländern wie Brasilien und Mexiko kannten. Der Deutsche Mieterbund rechnet aufgrund der Hartz-IV-Gesetze mit dem Beginn einer beträchtlichen Umzugswelle und als Folge davon mit einer Ghettoisierung.

Meine Damen und Herren von der PDS! Es ist durchaus ehrenwert und begrüßenswert, wenn Sie nun zu einem Monat des Widerspruchs gegen Hartz IV aufrufen und Beratungsleistungen anbieten. Das kann aber nicht den Eindruck zerstreuen, dass Sie wie ein Feuerwehrmann handeln, der zum Löschen eines Brandes herbeigeeilt kommt, den er selbst zuvor gelegt hat.

(Widerspruch bei der PDS)

Wenn Sie Hartz IV wirklich als den größten Angriff auf den Sozialstaat seit der Gründung der BRD betrachten, so wie Sie es immer wieder betonen, dann wäre es Ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, wirklich alles, aber auch alles zur Verhinderung dieser Gesetze zu unternehmen. Die Landesregierungen mit PDS-Beteiligung in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin haben sich im Bundesrat eben nicht mit einem klaren Nein zu den Gesetzen geäußert, sondern man hat sich feige und bequem mit einer Enthaltung um eine klare Position gedrückt.

(Zurufe von der PDS)

Nein, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, Sie haben nicht alles genutzt, um Hartz IV aufzuhalten.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Holger Apfel, NPD: Nein, jetzt nicht mehr.

(Lachen bei der PDS)

Ich habe noch eine halbe Minute Redezeit und möchte diesen Gedanken zu Ende führen.

Sie hätten die Möglichkeit gehabt, mit einem Bruch der Koalition in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern zu drohen. Am Ende jedoch, meine sehr verehrten Damen und Herren, war Ihnen Ihre Postengeilheit wichtiger als das soziale Gewissen.

(Zurufe von der PDS)

Ihre jetzige Empörung und Ihr Versuch, das Thema für sich zu benutzen, wirken deshalb reichlich aufgesetzt und unglaubwürdig. Wer in Deutschland soziale Opposition will, der muss schon zu den Nationaldemokraten gehen.

Danke schön.

(Beifall bei der NPD –
Zuruf von der PDS: Ha, ha!)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der FDP-Fraktion das Wort gewünscht? – Herr Morlok, bitte.

Sven Morlok, FDP: Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Ich möchte auf einen Punkt eingehen, den

ich heute Morgen der Zeitung entnommen habe. Es geht um das Ansinnen, dass die Staatsregierung vorhat, die Bemessungsgrundlagen für die Auszahlung der Mittel für die Kommunen zu ändern, und zwar von der Anzahl der Bedürftigen hin zur Einwohneranzahl. Das bedeutet, dass den Großstädten, die von den sozialen Problemen am meisten betroffen sind, erhebliche Einnahmen verloren gehen. Es geht um 17 Millionen Euro in Leipzig, um 5 Millionen Euro in Dresden und um 4 Millionen Euro in Chemnitz.

Ich muss sagen, so geht es nicht. Man kann nicht – sofern der Bericht zutreffend ist – hergehen, nachdem alle kommunalen Haushalte abgeschlossen sind und sich die Kommunen viel Mühe gegeben haben, die Haushaltslage in den Griff zu bekommen, und als Staatsregierung hinterher sagen: Nein, das haben wir uns ganz anders vorgestellt, ihr müsst vor Ort damit klarkommen, wie eine Haushaltsdeckung erreicht wird!

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Morlok? – Bitte, Herr Dr. Pellmann.

Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Verehrter Herr Morlok, wir sind beide Leipziger Stadträte. Würden Sie mir Recht geben, dass die CDU offensichtlich die Großstädte schon aufgegeben hat? Ansonsten wäre das, was Sie zitiert haben, überhaupt nicht zu erklären.

(Kerstin Nicolaus, CDU: Völliger Stuss! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Sven Morlok, FDP: Ich kann Ihnen darin Recht geben, wenn wir das Leipziger Kolorit mit hineinnehmen wollen. Das ist daran zu erkennen, wie schwer sich die CDU getan hat, in Leipzig einen OB-Kandidaten zu finden. Damit wird das untermauert, was Sie eben gesagt haben.

(Beifall bei der FDP –
Zuruf des Abg. Heinz Eggert, CDU)

Präsident Erich Iltgen: Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat noch einmal die Möglichkeit, das Wort zu nehmen. – Sie verzichtet. Dann bitte für die PDS-Fraktion Frau Dr. Höll.

Dr. Barbara Höll, PDS: Herr Präsident! Verehrte Damen und Herren! Herr Apfel, kurz zu Ihrer Aufklärung: Die Landesregierungen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin haben auf Druck der PDS nicht zugestimmt. Wir haben auf keiner Ebene den Hartz-IV-Gesetzen zugestimmt, weder auf Bundes-, noch auf Landes-, noch auf kommunaler Ebene. Das zum Ersten.

Zum Zweiten. Wenn Sie sich unsere Arbeit genau anschauen, werden Sie feststellen, dass unsere Sozialsenatorin in Berlin, Frau Dr. Heidi Knake-Werner, gestoppt hat, dass Umzüge veranlasst werden, weil nach dem Hartz-IV-Gesetz einige Leute über dem Limit der Wohnungsgröße oder der Miete lagen. Wir tun, was wir können. Wir beraten, wir helfen aber auch ganz konkret auf der Ebene, wo wir können.

(Beifall bei der PDS)

Frau Nicolaus, Sie hatten zweimal die Möglichkeit gehabt zu reden. Das ist eigentlich viel. Was Sie geleistet haben, war ein bisschen wenig. Der einzige konstruktive Vorschlag von Ihnen war die Einführung des Null-Euro-Jobs als Hausfrau: keine Bezahlung, kein Rentenan-spruch, alles für ein Lächeln und vielleicht ein Dankeschön. Dafür bedanke ich mich recht herzlich.

Herr Weichert, ich bin wirklich ein wenig enttäuscht über das, was Sie hier abgeliefert haben. Es geht doch wohl nicht nur um 345 Euro oder um 331 Euro. Beide Leistungen sind viel zu niedrig.

(Beifall bei der PDS)

So hat zum Beispiel Prof. Matthias Frommann ausgerechnet, dass mindestens 445 Euro notwendig wären, hätte man nur die Sozialhilfe adäquat umgerechnet. Da aber die vielen einmaligen Leistungen willkürlich weggefallen sind und zum Beispiel der Kulturbeitrag von 85 Euro auf 35 Euro gesenkt wurde, für ein Haustier in einer Familie monatlich nur noch 4 Euro veranschlagt werden, ist dieses Hartz-IV-Gesetz nur eine heruntergerechnete schlechte und erweiterte Sozialhilfe.

(Beifall bei der PDS)

Wenn Sie sich damit schmücken wollen, ist das Ihr Problem. Ich würde es tunlichst vermeiden.

Herr Milbradt hat in der vorigen Woche das Familienwahlrecht gefordert. Es gab große Diskussionen. Kinder müssen mehr Möglichkeiten bekommen. Die Bundesfamilienministerin hat in dieser Woche ausgeführt, Deutschland müsse nicht nur familienfreundlicher und kinderfreundlicher werden, nein, Deutschland müsse das kinderfreundlichste Land Europas werden. Sehen wir uns Hartz IV genau an, ist festzustellen, dass dieses Gesetz frauen-, familien- und kinderfeindlich in einer nie gekannten Größenordnung ist.

(Beifall bei der PDS und der NPD)

Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen. Das erste Beispiel betrifft die Bedarfsgemeinschaft. Die Bedarfsgemeinschaft ist nichts anderes als die Ausweitung des konservativen Versorgungsmodells jetzt auf viele andere Konstellationen, wie sie die Bürgerinnen und Bürger leben, ob das unverheiratete Paare gleichen oder verschiedenen Geschlechts sind, ob das Konstellationen sind, bei denen betagte Eltern oder Elternteile mit Kindern oder Enkeln zusammenleben oder ob das allein erziehende Väter oder Mütter sind. Es wird jetzt auf alle ausgeweitet. Das hat eklatante Folgen. Insbesondere für Frauen: Es ist bekannt, dass die Frauenarbeitslosigkeit wesentlich höher ist als die Männerarbeitslosigkeit. Wenn die Männer noch einen Verdienst haben, fallen die Frauen oftmals aus dem Leistungsbezug heraus. Dazu müssen wir wirklich die Augen öffnen und nicht immer nur auswischen.

Ich muss natürlich auch sagen, dass die Bundesregierung konsequent gewesen ist. Die speziellen Regelungen für Berufsrückkehrerinnen, wie zum Beispiel die Frauenför-

derung nach der Familienphase, sind ganz gestrichen worden.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Hört, hört!)

Das heißt konkret, dass Frauen ihren Ehemann oder Partner um jeden Euro bitten müssen.

(Zuruf von der PDS: Betteln!)

– Genau, betteln müssen. Frau Nicolaus, wir beide haben ein eigenes Einkommen. Können Sie sich vorstellen, dass Sie um jeden Euro bitten und auch noch nachweisen müssen, wofür Sie ihn ausgegeben haben? Können Sie sich vorstellen, was das bedeutet? Wenn das nicht familienzerstörend wirkt, dann weiß ich nicht, was sonst.

(Beifall bei der PDS und der NPD)

Die Frauen haben natürlich noch weitere Probleme. Wenn sie keinen Leistungsbezug haben, dann haben sie auch keinen Rentenanspruch. Sie haben nur noch Anspruchszeiten mit null Punkten.

Ein weiteres Problem besteht bei der Krankenversicherung unverheirateter Paare. Hat ein Partner ein gutes Einkommen, erhält der andere Partner keinen Leistungsbezug und ist nicht mehr rentenversichert. Es ist also nicht nur zu verkraften, dass ein Einkommen, die Arbeitslosenhilfe, weggefallen ist, sondern es ist auch noch die Krankenversicherung für den anderen Partner zu zahlen.

(Zuruf von der PDS)

Wir haben bei der Telefonhotline Anrufe bekommen, in denen gefragt wurde, ob es nicht besser sei, sich dann von dem Partner zu trennen. Die Kehrseite ist, dass nunmehr die Kosten für die Pille nicht mehr eingerechnet werden. Wenn das die aktive Familienpolitik ist, dann schönen Dank.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Wir wollen Kinder!)

Ich möchte noch kurz auf den Aspekt der Kinder zu sprechen kommen, der sehr verheerend ist. Gerade bei allein erziehenden Müttern und Vätern – 85 % der allein Erziehenden sind Frauen – heißt das künftig, dass der Unterhalt ihrer Kinder zum Familieneinkommen gerechnet wird. Es ist tatsächlich so. Es ist so, wie das Beispiel von Herr Dr. Pellmann zeigte; die Realität ist oft noch schlimmer.

Ein Beispiel dafür: Eine Frau war verheiratet, der Ehemann ist verstorben. Die Frau ist langzeitarbeitslos und auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Ihr Kind bekommt Halbwaisenrente. Diese Halbwaisenrente wird auf ihr Familieneinkommen angerechnet. Schlimm genug, dass der Vater verstorben ist, nein, hier wird jetzt auch noch gegengerechnet. Es wird noch weniger Geld, den Kindern wird das Geld weggenommen.

Es ist ein wirklicher Systemwechsel vorgenommen worden. Bei der Arbeitslosenhilfe hatte bisher der Unterhaltsanspruch der Kinder Vorrang vor dem Anspruch des Partners, mit dem man zusammenlebt. Das ist jetzt umgekehrt. Jetzt hat die Bedarfsgemeinschaft den Vor-

rang. Wenn der eine Partner noch gut verdient, aber natürlich seine Partnerin mit versorgen muss, weil das Gesetz das so möchte, dann heißt das, dass die Kinder, die er hat, die aber bei seiner Expartnerin leben, keinen Unterhalt mehr bekommen werden.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt doch nicht!)

– Das stimmt so. Es ist genau so und das wissen Sie auch.

Wenn man selbst als Unterhaltsverpflichteter in das Arbeitslosengeld II rutscht, ist man – das wissen Sie auch – überhaupt nicht mehr unterhaltsfähig. In diesem Falle hilft auch kein Unterhaltsvorschussgesetz. Dieses gilt nämlich nur für Kinder bis zwölf Jahre und auch nur für einen Zeitraum von maximal sechs Jahren.

Das heißt, eine große Anzahl von Kindern rutscht in die Armut. Ich bin froh, dass dem PDS-Antrag auf einen Armuts- und Reichtumsbericht in Sachsen stattgegeben wird – das wurde im Ausschuss auch von den anderen Fraktionen signalisiert –, damit wir in dieser Hinsicht endlich ein klares Bild bekommen, wie schlimm die Situation ist. Es sind nicht nur ein paar Einzelschicksale, für die wir ein bisschen Mitgefühl ausdrücken können. Aber von diesem Mitgefühl können sich die Leute herzlich wenig kaufen. Die Leute brauchen konkrete Analysen und sie brauchen Änderungen, die ihnen ein ordentliches Leben ermöglichen.

Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Erich Iltgen: Wird von der CDU-Fraktion noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich frage die anderen Fraktionen. – Auch das ist nicht der Fall. Dann bitte die Frau Ministerin.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zusammenführung der bisherigen Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zur neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende ist, denke ich, ein seit langem überfälliger Reformschritt im Rahmen des Sozialrechts. Auch Sie, meine Damen und Herren von der PDS und der NPD, geben mir sicherlich Recht, wenn ich sage, dass das System der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe total überfordert war. Es gab keine andere Möglichkeit, als diese Reform zu beginnen und den ersten Schritt zu tun. Ich gebe Ihnen Recht, dass es im Zusammenhang mit Hartz IV im Vorfeld – das haben Frau Nicolaus und Herr Gerlach bereits ausgeführt – viel berechtigte Kritik gab und dass vor allen Dingen in den letzten Wochen und Monaten des Jahres 2004 die Umsetzung von Hartz IV erhebliche Probleme ausgelöst hat. Diese Probleme konnten wir aber – das sei an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt – gegen Ende des Jahres Gott sei Dank mit den Anstrengungen vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sie sind heute schon mehrfach angesprochen und gelobt worden, ich schließe mich dem an – sowohl in der BA als auch in der Arge und in den optierenden Kommunen lösen.

Ich darf dazu noch einige Zahlen nennen. Noch im Herbst des vergangenen Jahres war Sachsen Schlusslicht in Deutschland, was die Abarbeitung der Anträge betraf.

Wir konnten diese Aufgabe Gott sei Dank gegen Ende des Jahres bewältigen, sicherlich noch mit einigen territorialen Unterschieden. Aber insgesamt sind 96 % der Anträge zum Jahresende bewältigt gewesen. Ich spreche dabei von 306 000 Anträgen, von denen rund 295 000 bearbeitet waren. Ich glaube, die Quote spricht für sich.

Darüber hinaus haben wir – auch das möchte ich noch einmal deutlich sagen – nicht verhehlt, dass auch wir der Meinung sind, dass aufgrund der von mir erwähnten schwierigen Situation im Vorfeld auch mit Widersprüchen zu rechnen ist. Auch das habe ich vor einigen Wochen schon ausgeführt. Ob die Zahl, die heute hier genannt worden ist, wirklich realistisch wird, wage ich im Moment zu bezweifeln, aber es ist korrekt, dass aufgrund von vielfachen Problemlagen in der Software und in anderen Bereichen natürlich auch Fehler in der Bearbeitung der Anträge entstanden sind. Deswegen haben wir die Bürgerinnen und Bürger gebeten, ihre Bescheide sehr genau anzuschauen und bei Fragen auf die entsprechenden Einrichtungen und die zuständigen Mitarbeiter zuzugehen.

Aber unabhängig davon ist es wichtig, denke ich, dass die begonnene Reform von allen politischen Verantwortungsträgern unterstützt wird und dass nicht durch populistische Sprüche noch mehr Unsicherheit geschaffen wird. Wir haben mit den 23 Arge, die wir in Sachsen haben, gut begonnen. Die Zusammenarbeit mit der BA verbessert sich zunehmend. Auch die sechs optierenden Landkreise haben es in weniger als drei Monaten geschafft, sich auf eine neue Situation einzustellen. Sie haben nicht nur wirtschaftlich selbständige Einrichtungen geschaffen, sondern sie haben auch die Arbeiten, die im Vorfeld durch die BA erledigt worden sind, für ihre Arbeit ab 1. Januar übernommen und begleitend dazu natürlich auch die Anträge der Sozialhilfeträger bearbeitet.

Ich glaube, die geschaffenen Voraussetzungen sind gut. Ich möchte an dieser Stelle aber auf einzelne Redner eingehen und an der einen oder anderen Stelle den Ausführungen widersprechen.

Herr Dr. Pellmann, wenn Sie einzelne Fälle schildern, kann ich von hier aus nicht beurteilen, ob sie in Gänze, so wie Sie sie darstellen, realistisch sind oder nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn, PDS)

Selbstverständlich wird niemand bestreiten, dass es Härtefälle gibt. Das will ich gern akzeptieren. Auch uns ist das bekannt. Diese Härtefälle werden wir natürlich entsprechend begleiten. Wir haben auch schon sehr zeitig deutlich gemacht, dass an der einen oder anderen Stelle Nachjustierungen notwendig sind. Sie wissen, dass es dazu ein entsprechendes Arbeitsgremium beim Bundeswirtschaftsminister gibt, die so genannte Monitoringgruppe.

Ich möchte noch einmal deutlich sagen, dass wir in den vergangenen Wochen und Monaten in dieser Gruppe sehr intensiv über die Umsetzung von Hartz IV diskutiert haben, wobei wir sicherlich nicht immer einer Meinung waren. Aber ich darf auch sagen, dass Bundesminister Clement die Zusage gegeben hat, nach entsprechender Evaluierung in den nächsten Wochen,

spätestens in den nächsten Monaten zu einer Neujustierung an der einen oder anderen Stelle zu kommen. Das betrifft auch die Frage „331 und 348 Euro?“ sowie die heute angesprochene Problematik der Hinzuverdienstmöglichkeit.

Gestatten Sie mir, in einem Nebensatz darauf hinzuweisen, dass die CDU nicht nur, wie von Herrn Morlok ausgeführt, diesen Vorschlag zur Erweiterung der Hinzuverdienstmöglichkeit abgelehnt hat, sondern dass dieser Vorschlag aufgrund mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten vom BMWA abgelehnt worden ist. Das zur Richtigstellung.

Weiter möchte ich auf einzelne Redner nicht im Detail eingehen. Es war aber mehrfach davon die Rede, dass Hartz IV nicht in der Lage sei, Arbeitsplätze zu schaffen. Frau Lay, wenn Sie das denken – das war, glaube ich, eine Aussage von Ihnen –, dann haben Sie das Ziel und das Substantielle des Gesetzes nicht verstanden.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Ich glaube, es hat noch niemand behauptet, dass mit der Einführung von Hartz IV zum 1. Januar 2005 Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen werden sollen, sondern wir haben gesagt, dass Hartz IV ein erster Schritt ist und dass es natürlich notwendig ist, begleitend zu den Maßnahmen, die bei Hartz IV eine dominante Rolle spielen, auch wirtschaftspolitisch einiges zu tun. Ich glaube, daher ist es richtig zu sagen, dass der Freistaat sehr gute Voraussetzungen hat. Ich erinnere zum einen an die GAFörderung der letzten Jahre mit ihren Konsequenzen, mit der Schaffung von Tausenden von Arbeitsplätzen. Ihnen ist sicherlich auch bekannt, dass wir im Moment neben Bayern das einzige Land sind, das eine mehr als 20-prozentige Investitionsrate hat. Genau das sind die begleitenden Maßnahmen.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Wir hoffen, dass diese Maßnahmen kurz- und mittelfristig die notwendigen Arbeitsplätze schaffen werden.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Minister?

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Bitte.

Präsident Erich Iltgen: Bitte, Frau Lay.

Caren Lay, PDS: Ja, Frau Orosz, ich möchte Sie erstens fragen, ob Ihnen bekannt ist, dass wir in der Tat schon durch die vorangegangenen Hartz-Gesetze einen Rückgang von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen haben. Ich möchte Sie zweitens fragen, ob Ihnen der konkrete Titel des so genannten Hartz-IV-Gesetzes bekannt ist. Ich möchte Sie drittens fragen, ob Ihnen auch bekannt ist, dass ein so genannter Ein-Euro-Job kein Arbeitsrechtsverhältnis begründet und in diesem Sinne auch kein Arbeitsplatz ist.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Frau Lay, ich habe Ihnen gerade gesagt, dass Hartz IV nicht das probate Mittel ist, Arbeitsplätze zu schaffen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Deswegen sind Ihre Fragen hinfällig. Dass wir einen Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze haben, ist nicht auf die Einführung von Hartz IV zurückzuführen, sondern das ist eine notwendige Konsequenz daraus, dass wir Hartz IV als ersten Schritt der Arbeitsmarktreform auf den Weg gebracht haben. Völlig d'accord!

Sie müssen es nur richtig verstehen.

Meine Damen und Herren! Darüber hinaus sind Fragen zur Belastung der Kommunen angesprochen worden. Ich glaube, es war Herr Morlok, der angemerkt hat, dass es hier eine Veränderung gibt, was den Schlüssel und die Belastung der großen Städte betrifft. Zu diesem Thema gibt es heute eine Zeitungsmeldung. Dazu möchte ich einiges richtig stellen. Es gibt keine Veränderung in diesem Schlüssel. Wir haben uns im Rahmen der Diskussion zum FAG und natürlich der Verteilung der SoBEZs auf eine Finanzierungsgrundlage, nämlich den Einwohnerschlüssel, geeinigt.

Ich möchte darauf hinweisen, dass die neuerlich dazu entbrannte Diskussion noch nicht abgeschlossen ist. Zum einen ist es eine Disharmonie in der Diskussion zwischen dem Sächsischen Städtetag und dem Landkreistag. Zum Thema sind wir mit beiden Spitzenverbänden noch im Gespräch. Sie wissen, dass mein Haus eine entsprechende Gesetzesänderung derzeit vorbereitet. Es geht hier um die Umsetzung des SGB II. Wir führen derzeit noch Diskussionen genau zu den von Ihnen angesprochenen Fakten bei mir im Haus. Wir gehen davon aus, dass wir diese Diskussionen einvernehmlich beenden. Sie werden, wenn es so kommt, wie wir geplant haben, hier im Parlament Anfang Februar dieses Gesetz zu beschließen haben.

Von daher möchte ich hier ein wenig Entwarnung geben.

Die Situation der Kommunen möchte ich an den Januarzahlen kurz darstellen. Vielfach wird argumentiert, dass die Belastung der Kommunen am Ende bedeutend höher sein wird, als sie im Moment vom Bund prognostiziert wird. Ich gebe Ihnen Recht, dass die immer wieder zitierte Zahl von 2,5 Milliarden Euro, die als Entlastung am Ende bei den Kommunen ankommen soll, auch aus unserer Sicht sehr fragwürdig ist. Dazu gibt es keine andere Auffassung. Ich halte es aber für unfair und – das sage ich in Richtung PDS – für populistisch, sich jetzt, zirka 20 Tage nach Einführung von Hartz IV, hinzustellen und zu behaupten, dass diese Dinge in eine andere Richtung gehen, und mit Zahlen zu argumentieren, die niemand belegen kann.

(Dr. André Hahn, PDS: Aber die Fälle gibt es!)

Deshalb bitte ich Sie in Verantwortung für die Umgestaltung und Weiterführung der Reform ganz herzlich um entsprechende Nachsicht und Fairness in der Argumentation.

Ich darf Ihnen die Zahlen vom Januar nennen. Der Sächsische Landkreistag hat Zahlen geliefert, die besagen, dass bei den Kommunen im Jahr um 100 Millionen Euro höhere Minusbeträge ankommen, als im Vorfeld vorausgesagt wurde. Die Januarzahl sagt aus, dass wir gegenwärtig bei 51 Millionen Euro liegen. Der Landkreistag käme bei entsprechender Hochrechnung auf 70 Millionen Euro. Wir haben also bereits im Januar die Situation, dass wir um 20 Millionen Euro unter diesem Betrag liegen, als prognostiziert wurde. Deswegen lassen Sie bitte noch einige Wochen und Monate ins Land gehen und uns dann mit Fairness und Realitätssinn über diese Dinge reden. Ich glaube, es ist im Sinne der Betroffenen, wenn wir sie nicht noch mehr verunsichern.

Das heißt nicht, dass wir uns nicht der Probleme vor Ort, der Härtefälle annehmen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass uns sehr wohl bewusst ist, dass es an einigen Stellen noch Nachjustierungen geben muss. In der Monitoringgruppe, die die Vorbereitungen für die Neujustierung machen soll, werden wir sehr sachgerecht, aber auch realistisch diese Probleme vortragen. Ich denke, so macht es Sinn, Hartz IV auf dem weiteren Weg zu begleiten.

Meine Damen und Herren! Das Wichtigste ist, auch wenn es heute nur sehr wenig angesprochen wurde, dass wir nicht nur von der Zahlung der Leistungen und von der Forderung an die Bürger reden, sondern dass wir den Förderbereich als Chance und eigentlich wichtigen Reformschritt deutlich herausstellen. Hier darf ich Ihnen sagen, dass sich alle Beteiligten – sowohl die Kommunen, die in einer Arge zusammenarbeiten, als auch die Kommunen, die im Rahmen des Optionsmodells die Verantwortung übernommen haben – auf diese Projekte im Rahmen der Eingliederung vorbereiten.

Dazu werden wir Ende Januar die erste gemeinsame Gesprächsrunde für diese Vorbereitungen von Eingliederungsmaßnahmen haben. Ich denke, dass wir die Vorschläge abwarten sollten, die die Verantwortungsträger realistisch und praxisnah sowie abgestimmt mit den entsprechenden Beiräten vor Ort, in denen Wirtschaftsunternehmen, die Arbeitsagentur und auch die kommunalpolitischen Verantwortungsträger miteinander im Gespräch sind, auf den Tisch legen werden.

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir eine ähnliche Situation schon mit Tauris hatten und dies vor Ort optimal gelöst worden ist. Deswegen bin ich auch hier optimistisch, dass all diejenigen, die in diesem Zusammenhang Verantwortung tragen, dieser gerecht werden.

Ich darf abschließend darauf hinweisen, dass der Freistaat sich nicht, wie das heute in der Debatte zum Teil vorgebracht wurde, aus der Verantwortung zurückzieht, sondern dass wir uns sehr wohl bemüht haben, die Kommunen auf unsere Art und Weise zu unterstützen und zu entlasten. Nach wie vor ist der Freistaat Sachsen das einzige Bundesland, das eine Vorfinanzierung der entsprechenden Kosten, die vom Bund weitergereicht werden, vorgenommen hat. Wir zahlen also nicht erst nach Ablauf des Quartals, wie die Bundesmittel bei uns eingehen, sondern wir leiten im Vorfeld an die Kommunen sowohl die Bundesmittel als auch die eigenen Entlastungen eins zu eins weiter.

Ich glaube, mit diesem Vorgehen zeigen wir sehr deutlich, dass wir im engen Schulterschluss mit den Verantwortungsträgern das Hartz-IV-Problem lösen werden und dass wir nicht davor zurückscheuen, die Problemfälle vor Ort realistisch anzuerkennen und dafür zu sorgen, dass an der einen oder anderen Stelle nachjustiert wird.

Präsident Erich Iltgen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Frau Staatsministerin?

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Bitte.

Dr. Michael Friedrich, PDS: Vielen Dank, Frau Staatsministerin Orosz. – Sie haben eben gesagt, dass Sie für die Kommunen vorfinanzieren. Das ist korrekt.

Können Sie bestätigen, dass die Orientierung für die Haushaltsaufstellung im Jahr 2005, in der es heißt, dass Hartz IV für die Kommunen kostenneutral einzustellen ist, ob diese nun optieren oder nicht, tatsächlich für die Kommunen bedeutet, dass auf sie keine zusätzlichen Kosten zukommen?

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Ich hatte schon angesprochen, dass es zu früh ist, heute, nach 20 Tagen, zu behaupten, dass es so oder so passiert.

Der Monat Januar, wenn ich das noch ergänzen darf, ist natürlich etwas schwierig. In diesem Monat wurde das Gesetz eingeführt. Wir gehen davon aus, dass es weitere berechnete Personen gibt, die aber noch keinen Antrag gestellt haben.

Lassen Sie uns bitte der Fairness halber realistische Zeiträume abwarten und dann noch einmal im Detail darüber reden. Wir gehen im Moment davon aus, dass die Orientierung, von der Sie gesprochen haben, realistisch ist. Aber ich kann das natürlich am heutigen Tag noch nicht hundertprozentig bestätigen. Dennoch kann ich Ihnen mit auf den Weg geben, dass wir die Situation sehr genau beobachten und dass wir eingreifen werden, wenn es notwendig ist.

Ich darf noch einmal zusammenfassen, meine Damen und Herren. Ich gehe davon aus, dass dieser erste Schritt, auch wenn er bei der Einführung einige Probleme mit sich gebracht hat, für die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes notwendig war. Ich stelle noch einmal richtig, dass es nicht die einzige Aufgabe von Hartz IV sein kann, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern dass es weitere Probleme gibt, die uns sehr wohl bewusst sind, für deren Lösung wir in Sachsen aber Voraussetzungen haben und weitere schaffen.

Ich gehe davon aus, dass es uns gelingen wird, in entsprechenden Zeiträumen Arbeitsplätze zu schaffen. Ich bitte Sie, uns dabei zu unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Präsident Erich Iltgen: Meine Damen und Herren! Die Fraktionen haben Gelegenheit, jetzt noch einmal einen Redebeitrag einzubringen. Wird das gewünscht? – Bitte, Herr Pellmann.

Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Staatsministerin, ich will einige wenige Bemerkungen zu Ihrem Beitrag machen. In der Tat, was die kommunale Finanzierung betrifft, können wir heute noch nicht auf Heller und Pfennig sagen, wie es am Ende ausgehen wird. Aber ich bitte Sie, Folgendes mit auf den Weg zu nehmen.

Wir haben beobachtet, dass die Kosten der Unterkunft in den optierenden Kreisen – ich weiß nicht, warum – weit aus niedriger bemessen sind, insbesondere von Besitzern von Altenheimen, als in den anderen. Es wäre gut, wenn wir dem wirklich nachgehen würden, um vielleicht auch den Verdacht auszuräumen, dass es sich eventuell um Sparmaßnahmen in diesem Kreis handeln könnte. Es gibt eine Reihe von Beispielen, die das bestätigen.

Was die Sache insgesamt betrifft, dazu Folgendes. Sie hatten gesagt, Hartz IV sei nicht in erster Linie dafür da, Arbeitsplätze zu schaffen. Dann muss ich natürlich schon die Frage stellen dürfen, wofür es dann da ist. Ist es nur dafür da, dass man sozusagen von den Betroffenen immer mehr fordert, ihren Lebensstandard abzusenken? Das kann doch nicht sein. Ich habe es zumindest aus offiziellen Bundesregierungskreisen anders gehört – im Osten geht das nicht auf –, dass es in erster Linie darum gehen würde, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir müssen uns schon einmal verständigen, worum es hier geht.

Schließlich sei noch Folgendes angeführt: Ich glaube, wir werden in den nächsten Wochen und Monaten – da stimmen wir überein – selbstverständlich weiter verfolgen müssen, wie sich die Dinge entwickeln. Eines kann ich aber heute schon mit Bestimmtheit sagen: Das, was man erwartet, dass es nämlich wirklich eine Reform ist, die uns nach vorne bringt, wird auf keinen Fall zu treffen.

Mein letzter Satz. Meine Damen und Herren! Die PDS hat keinen Grund, auch nach der heutigen Debatte, von ihrer großen Skepsis, dass es sich hier um ein schlechtes Gesetz handelt, das uns nicht weiterbringen wird, in irgendeiner Weise abzurücken. Wir werden uns – da sind wir Demokraten genug – auf das Gesetz einstellen, das müssen wir. Aber wir werden immer wieder beobachten und kritisieren und zumindest in den nächsten Wochen und Monaten – vielleicht finden wir da Mehrheiten, ich hoffe es – die schlimmsten Auswirkungen der Novellierung über Bundesratsinitiativen angreifen und möglichst beseitigen.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Aktuelle Debatte abgeschlossen und auch der Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 2**Fortführung der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements****Drucksache 4/0356, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD**

Die Fraktionen können wie immer dazu Stellung nehmen. Es beginnt die Fraktion der CDU, danach SPD, PDS, NPD, FDP, GRÜNE; Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile den Antragstellern der Fraktionen der CDU und der SPD als Einreicherinnen das Wort. Wer nimmt es wahr? – Frau Nicolaus, bitte.

Kerstin Nicolaus, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt, mit dem wir uns jetzt per Antrag beschäftigen, enthält Dinge, die unbemerkt geschehen, die oft zu wenig gewürdigt werden, aber für die Gesellschaft unverzichtbar sind. Es geht um das Ehrenamt. Es hat viele Facetten. Ich werde gleich darauf eingehen, in welchen Bereichen sich das Ehrenamt widerspiegelt und oftmals gar nicht so richtig wahrgenommen wird.

Den größten Teil des Ehrenamtes oder der ehrenamtlichen Arbeit nimmt zweifelsohne – das ist durch Untersuchungen festgehalten, niedergeschrieben, untersucht – der Sport ein. Fast bis zu 70 % der ehrenamtlichen Arbeit geschehen in diesem Bereich. Der Sport hat eine besondere Funktion, was die Kinder- und Jugendarbeit wie auch die Sportgemeinschaften betrifft. Hier muss man daran denken, dass vieles, was gerade in den kleinen Sportgemeinschaften praktiziert wird, dazu beiträgt, dass die jungen Leute aus der Breitensportbewegung heraus sogar zum Leistungssport geführt werden. Dafür haben wir viele gute Beispiele, wo das so geschehen ist. Aber auch der Breitensport hat eine herausragende Position zur körperlichen Ertüchtigung, zum Gesundhalten, zum Fithalten. Das wird natürlich in einer Gesellschaft, in der man sich immer weniger bewegt, noch vordergründiger zu betrachten sein.

Nach dem Sport kommen die Feuerwehren und das DRK. Unter den Feuerwehren kann man sich ja etwas vorstellen. Zu den Jugendfeuerwehren werde ich noch etwas ausführen.

Aber denken wir auch an dieser Stelle an Menschen, die fast nie erwähnt werden, die in der Hospiz-Arbeit tätig sind, wie die Sterbebegleitung im ehrenamtlichen Bereich – es gibt nicht nur stationäre Hospize, sondern auch ehrenamtliche Vereine, die diese Sterbebegleitung praktizieren. Da sind es die Betreuungsvereine – natürlich gibt es hauptamtliche Betreuer, aber es gibt auch viele unbeachtete Menschen, die ebenfalls gewürdigt werden sollten, die diese Betreuung, sprich Lebenshilfe, im Ehrenamt durchführen.

Genauso ist es beim Kleingartenwesen, bei Gemeinderäten. Was wäre denn unsere Demokratie auch hier im Freistaat Sachsen ohne die ehrenamtlichen Gemeinderäte oder Stadträte? Das wäre kaum vorstellbar.

Aber es gibt auch sorbische Vereine, die Prüfausschüsse der IHK und vieles mehr. Ehrenamtliche tragen Verantwortung in Vereinen, Parteien, Verbänden, Organisationen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbänden und in anderen Einrichtungen, die für das Gemeinwohl engagiert sind und diese

Aufgaben, mehr als es notwendig wäre, zum Wohle der Gemeinschaft wahrnehmen.

Ich denke, Sie sind alle hier im Hause meiner Meinung, dass wir all denjenigen danken sollten, die diese Aufgaben, ohne zu fragen, was sie dafür bekommen, wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch einmal auf das Beispiel der Jugendfeuerwehren zurückkommen, weil mir dies am Herzen liegt, denn in dem Bereich wird es ganz deutlich. Die Jugendfeuerwehren, die Jungfeuerwehrleute nehmen eine Aufgabe wahr, indem sie Verantwortung zu tragen lernen und gemeinschaftlich orientierte Beiträge leisten, um dann gut vorbereitet in die jeweilige Feuerwehr eintreten zu können. Sie tragen, wie schon ausgeführt, Verantwortung und lernen auch, gemeinsam tätig zu sein.

Im Freistaat Sachsen sind das immerhin 1,1 Millionen Menschen, die diese Aufgaben im Ehrenamt in Gänze wahrnehmen. Ich habe nur bruchstückhaft bestimmte Bereiche herausgenommen, denn man kann hier nicht alle aufzählen.

Natürlich ist ein wichtiger Aspekt bei dem Ehrenamt die Anerkennung. Es gibt viele Beispiele auf Landesebene. Die Regierung hat auch auf kommunaler Ebene vieles mit Preisen gewürdigt wie bei kreisangehörigen Kommunen oder in den jeweiligen Landkreisen oder Kreisfreien Städten.

Vor diesem Hintergrund, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben sich die Koalitionspartner natürlich auch der Frage gestellt, wie es mit der Förderung der „Aktion 55“ und der Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den sozialen Bereichen weitergeht – was wird zum Beispiel aus „Tauris“? –, weil Anreize geschaffen werden sollen, nicht, dass wir aus dem Ehrenamt ein Hauptamt machen wollen.

Aber um weitere Anreize für das Ehrenamt zu schaffen, haben wir uns dazu bekannt – deswegen werbe ich auch um Zustimmung für unseren Antrag –, dass diese Förderprogramme weitergeführt werden: in dem ersten halben Jahr die „Aktion 55“ und die Förderung des Ehrenamtes noch getrennt, dann wird eine Zusammenführung erfolgen – darüber werden wir mit Sicherheit hier im Hohen Hause noch einmal diskutieren. Wie wir mit der „Tauris“-Förderung weiterhin umgehen, müssen wir in Zukunft betrachten. Das hängt auch von der vorangegangenen Diskussion über Hartz IV ab, ob man dort nicht Belange mit einfließen lässt und zur Unterstützung der Langzeitarbeitslosen tätig wird, wie das bisher der Fall war.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen die Diskussion natürlich auch weiterführen, und meine beiden Kollegen aus der Koalition werden noch den einen oder anderen Aspekt der ehrenamtlichen Arbeit beleuchten.

Wir als Koalition stehen fest hinter den ehrenamtlich engagierten Menschen im Freistaat Sachsen und wollen deswegen die Ehrenamtsförderung, die Anreize weiterhin stimulieren. Deshalb werbe ich für unseren Antrag der Koalition der SPD- und CDU-Fraktion.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der Staatsregierung)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der SPD das Wort; Herr Gerlach, bitte.

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein großer Demokrat Deutschlands, Theodor Heuss, hat einmal gesagt: „Die Demokratie lebt vom Ehrenamt“.

In der DDR war neben der Familie die Arbeitsstelle der Ort des sozialen Treffpunkts und Ausgleichs – manchmal auch der Ort des gemeinsamen Schimpfens –; aber wie auch immer, sie war ein Ort, wo soziale Beziehungen anders entfaltet wurden, als es heute der Fall sein kann und der Fall ist.

(Beifall des Abg. Jürgen Schön, NPD)

Mit der Wende kam auch für viele Menschen eine Sinnwende. Für manche hieß das Haltlosigkeit; es kam zu Überforderungen bis zur Sinnleere. Es brachen viele staatliche Versammlungsräume weg und die Menschen mussten sich in sehr kurzer Zeit auf eine vollkommen neue Situation einstellen.

Wo finden die Menschen heute Halt? Sie finden Halt in kleinen Strukturen – bei Vertrautem, bei Erprobtem, bei Freunden,

(Dr. André Hahn, PDS: ... bei der SPD!)

– bei der SPD auch, Herr Hahn, sehr richtig; fast hätte ich's vergessen; das hatte ich in meinem Manuskript gar nicht stehen, danke schön –, in Vereinen, in Klubs und in Treffs und man könnte noch vieles aufzählen. Das heißt, wir haben hier, um das aufzufangen und auch neu zu gestalten, was wir uns mit der Wende 1989/90 geschaffen haben, noch eine Menge Arbeit vor uns, um Angelegenheiten besser und inhaltsreicher zu gestalten.

Der Einstieg ins Ehrenamt wurde von vielen oft als Befreiung von den eigenen Ängsten empfunden. Nahezu ideal vermischt sich oft bei Gruppen von Überforderten die Übernahme von Verantwortung durch diejenigen, die stark genug sind, Hilfe zu leisten und die diese Hilfe oft aus eigener Betroffenheit leisten. Solche Gruppen sind für manche Tankstellen der Hoffnung. Ihr persönlicher Einsatz ist in der Regel sehr, sehr hoch. Ich habe Ehrenamtliche getroffen, die schier Übermenschliches leisten – unter Bedingungen, die alles andere als optimal sind.

Ich möchte als einziges Beispiel – nach dem, was schon aufgezählt wurde und sicher auch noch aufgezählt werden wird – einmal die Hospizarbeit benennen. Dort arbeiten Menschen, die andere auf dem letzten Lebensabschnitt begleiten – unter Bedingungen, die für sie oft

auch an die psychische Grenze gehen, unter einer Menge Einsatz –, und das in der Regel alles im Ehrenamt.

(Vereinzelt Beifall bei allen Fraktionen und der Staatsregierung)

In den letzten 15 Jahren sind viele Strukturen neu entstanden oder sie haben sich mit denselben Aktiven neu angepasst. Dieses gilt es zu erhalten und zu verbessern und hier setzt auch die Koalitionsvereinbarung an. Wir wollen eine öffentliche Anerkennung. Frau Nicolaus hat es schon angesprochen: Es geht nicht um die Bezahlung als solche oder darum, dass ein Beruf daraus wird; das ist in der Regel nicht der Fall – dem soll zum Beispiel auch die Prüfung des Ehrenamtsnachweises dienen –, sondern um die finanzielle Unterstützung dort, wo es manchmal einfach nur ums Fahrgeld geht oder um die Kosten für bestimmte Aufwendungen für Papier oder Ähnliches.

Wir brauchen eine strukturelle Unterstützung gemeinsam mit den Kommunen. Wir wissen, dass das natürlich auf der kommunalen Ebene auch läuft. Wir brauchen eine Absicherung der Aktiven, die eine gewisse Absicherung haben möchten, zum Beispiel durch das Schließen von Versicherungslücken. Es gibt jetzt dieses Bundesvorhaben, aber wir sind der Meinung, dass dort das eine oder andere vielleicht noch korrigiert oder ausgefüllt werden kann. Wir wollen die Anregungen, die aus den verschiedenen Aktionen, speziell aus der „Aktion 55“, gekommen sind, aufnehmen und sie in dieses neue Paket einzubinden und zu optimieren versuchen. Wir wollen auch eine Weiterentwicklung dieser Programme, zum Beispiel was die Alters- oder Programmbeschränkungen heute noch betrifft.

Was ist unsere Aufgabe als Koalition? Unsere Aufgabe ist es, den Aktiven das Ausüben des Ehrenamtes möglichst leicht zu machen und ihnen auch mehr Erfolgserlebnisse als bürokratische Hemmnisse – Stichwort Fördergelder oder Ähnliches – zukommen zu lassen. Eine gewisse Verlässlichkeit brauchen diese Menschen und wir werden uns Mühe geben, ihnen diese zu schaffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen und der Staatsregierung)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der PDS das Wort; Herr Dr. Pellmann, bitte.

Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten in diesem Hohen Hause in der Vergangenheit sehr oft Gelegenheit, über das bürgerschaftliche Engagement zu sprechen und denen, die sich daran beteiligen, zu danken. Genau deshalb möchte ich heute für die PDS noch einmal deutlich sagen – und ich denke, das dürfte bei den meisten hier auch Konsens sein –: Bürgerschaftliches Engagement ist eine der Hauptsäulen unseres Gemeinwesens; ohne diese geht es nicht.

Insofern – das will ich gleich vorab sagen – werden wir selbstverständlich Ihrem Antrag, verehrte Koalition, zustimmen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU
und der Staatsregierung)

– Sehen Sie, so kann man Beifall bekommen, selbst von der Regierung.

Aber ich wäre nicht Opposition, meine Damen und Herren, wenn ich nicht doch etwas Wermut in den Kelch hineingeben möchte. Denn mir ist beim Lesen nicht klar geworden, weshalb es dieses Antrages überhaupt bedurfte. Ich erinnere Sie: Wir hatten am 24. Juni vergangenen Jahres – da haben übrigens die gleichen Leute wie heute gesprochen – einen Antrag der SPD, der erstaunlicherweise auch angenommen wurde, in dem klar geregelt war, dass die „Aktion 55“ weitergeführt, ja, sogar ausgebaut werden soll. Wenn nun die Staatsregierung – die ja damals schon mit einer etwas anderen Vorlage hineingegangen war – der Auffassung ist, es bedürfe einer neuen Verwaltungsvorschrift; bitte schön, dann kann sie diese doch gern erlassen.

Wir sind auch der Auffassung – und unser Herzblut hängt nicht an der „Aktion 55“ –, dass man die beiden Fördertöpfe „Aktion 55“ und soziales Ehrenamt zusammenfügen sollte. Allerdings, meine Damen und Herren: Mit „Tauris“ haben wir nach wie vor unsere Probleme. Beerdigen wir dieses Projekt, es hat es verdient. Außerdem kann man dieses Projekt überhaupt nicht mit dem bürgerschaftlichen Engagement und seiner Förderung zusammennutzen; das sind zwei völlig unterschiedliche Welten.

Eines möchte ich allerdings anfügen: Wir sollten bitte bei der neuen Förderrichtlinie – die ich mit Sehnsucht erwarte – nicht etwa eine Vermischung zwischen bürgerschaftlichem Engagement und den unter Hartz IV segelnden, eben besprochenen Ein-Euro-Jobs zulassen. Hier erwarte ich eine klare Trennung. Deshalb meine ich zwar, der Antrag ist nicht nötig, aber wenn er der Wahrheitsfindung dient, werden wir ihm zustimmen, denn die PDS ist für Wahrheit.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der NPD das Wort; Herr Baier, bitte.

Klaus Baier, NPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren der demokratischen Parteien! Unter bürgerschaftlichem Engagement verstehen wir in erster Linie eine gelebte Solidarität, bei welcher das Gemeinwohl und nicht das Eigeninteresse im Vordergrund steht. Die Motivation der Menschen für ein solches sollte eine der Hauptaufgaben aller Verantwortlichen in Politik, Bildung, Kultur, Umwelt, Sport und auch in der Arbeitswelt sein.

Es steht außer Frage, dass bei uns in Sachsen über eine effektivere Ehrenamtsförderung nachgedacht werden muss. In diesem Sinne begrüßen wir die Äußerung von Frau Orosz vom 28.4.2004, eine bessere Abstimmung der verschiedenen Projekte für ehrenamtlichen Einsatz vornehmen zu wollen. Uns würde aber interessieren, welche

Schritte durch die Staatsministerin bisher in diese Richtung unternommen wurden.

(Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Nachlesen!)

Bis zu einer Neufassung durch das Staatsministerium für Soziales darf es unter keinen Umständen zu einer Einstellung der Ehrenamtsförderung kommen. Es wäre sicher das falsche Signal, wenn aufgrund bürokratischer Hürden der ehrenamtliche Einsatz im Freistaat Sachsen geschmälert würde.

Daher wird unsere Fraktion den vorliegenden Antrag unterstützen.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion der FDP das Wort. Frau Schütz, bitte.

Kristin Schütz, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion begrüßt diesen Antrag, denn es ist wichtig, dass die Bürger unseres Landes wissen, wie ihr bürgerschaftliches Engagement in der Zukunft von der Staatsregierung wahrgenommen und begleitet werden wird. Im Bericht wünschen wir uns als Liberale, dass die Gestaltung in Zukunft keine weiter wachsende Bürokratie bedeutet, sondern den Abbau bürokratischer Hemmnisse. Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur die Wahrnehmung von bestehenden Ehrenämtern oder ehrenamtlichen Diensten, sondern das sind für uns auch die Jugendgemeinderäte, Kinder und Jugendliche in Jugendparlamenten, der ehrenamtliche Einsatz von Bürgerinnen und Bürgern im Sport als Trainer, Übungsleiter, Kampf- und Schiedsrichter. Und bürgerschaftliches Engagement kennt weder Ruhestand noch Altersgrenze. In dem Zusammenhang sei auf die „Aktion 55“ hingewiesen, über die Altersgrenze 60 Jahre nachzudenken.

Bürgerschaftliches Engagement heißt auch Ausbau der Bürgerbeteiligung. Hier denken wir Liberale zum Beispiel an das aktive Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahren bei Kommunalwahlen.

Des Weiteren muss es selbstverständlich sein, wenn wir uns ehrlich zum Thema Fortführung der Förderung bürgerschaftlichen Engagements äußern, dass wir bis zur Klärung die Fortführung der bestehenden Regelungen beibehalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Erich Iltgen: Ich erteile der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Frau Herrmann, bitte.

Elke Herrmann, GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Themen bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt sind angesichts hoher Arbeitslosigkeit und knapper Mittel für freiwillige Aufgaben in den Kommunen in letzter Zeit stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Aus einer repräsentativen Umfrage des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2000 geht hervor, dass ein Drittel der Bundesbürger dafür mehrere Stunden wöchentlich tätig sind, Tendenz

steigend. Sie widmen sich diesen Aufgaben ohne Aufwandsentschädigung.

Folgt man dem klassischen Begriff des Ehrenamtes, der durch freiwillige und unentgeltliche Tätigkeit für die Gemeinschaft gekennzeichnet ist, so finden sich vielfältige Motive – Frau Nicolaus ist darauf schon eingegangen –, die Menschen dazu bewegen, ehrenamtlich tätig zu werden. Sie finden dort den Raum für soziale Kontakte, sie finden Anerkennung außerhalb des Berufs, sie können andere, neue Gestaltungsmöglichkeiten nutzen. Im Umgang mit neuen Anforderungen können sie ihre Kenntnisse und Kompetenzen erweitern.

Davon abzugrenzen sind aber, und hierbei beziehe ich mich auf einen Beitrag von Prof. Dr. Peter Richter und Diplompsychologin Susann Mühlport von der TU Dresden, geförderte Maßnahmen zur Integration Erwerbsloser in gemeinnützige Tätigkeiten, wie zum Beispiel das „Tauris“-Projekt. Diese Projekte sind eher auf Erwerbstätigkeit orientiert. Die Evaluation des „Tauris“-Projektes zeigt, dass die Aufwandsentschädigung, die die Menschen in diesem Projekt erhalten, häufig ein bedeutendes Motiv für die Teilnahme am Projekt ist. Für die Teilnehmer drückt sich darin die Wertschätzung aus, die ihrer Arbeit entgegengebracht wird. Diese als Integrationsmaßnahmen angelegten Projekte führen vor allem dann zu längerem Engagement, wenn auch eine längerfristige Perspektive für diese Arbeit besteht. Ähnliches trifft auch für die „Aktion 55“ zu.

Deshalb können wir uns dem vorliegenden Antrag im Punkt 2 anschließen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist aber der Auffassung, dass bürgerschaftliches Engagement weit über die beschriebenen Projekte hinausreicht und deshalb in Punkt 1 des Antrages auch umfassender zu betrachten ist, und zwar unter der Maßgabe eines Satzes, den ich in der Koalitionsvereinbarung gefunden habe: „Ziel der Politik ist eine aktive Bürgergesellschaft, die zu demokratischer Teilhabe ermutigt.“

Ich möchte dazu zwei Beispiele bringen. Da ist zum einen die Jugendverbandsarbeit. Der Dachverband Kinder- und Jugendring Sachsen hat in den letzten beiden Jahren jeweils 17 % weniger Zuweisungen erhalten, dabei können Kinder und Jugendliche dort soziale Kompetenzen erwerben und stärken. Das sind Kompetenzen wie Toleranz, Umgang mit Konflikten und Übernahme von Verantwortung. Besonders wichtig ist, dass Jugendliche dort demokratisches Denken und Handeln kennen lernen und einüben können. Im Übrigen erfüllen sie diese Aufgaben freiwillig, ehrenamtlich und selbstorganisiert und entsprechen damit dem klassischen Bild des Ehrenamtes.

Ein zweites Beispiel sind Freiwilligendienste. Nicht erst seit dem Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 werden diese Dienste auch im Zusammenhang mit der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements Heranwachsender diskutiert. Dort finden Jugendliche zum einen den Raum, wo sie zwischen Schule und Beruf psychosoziale Schlüsselkompetenzen erwerben können, die sie zur Zukunftsbewältigung befähigen. Zum anderen ist das der Lernort, der das soziale und gesellschaftliche Engagement fördert. In der Novellierung des FSJ-Gesetzes 2002 drückt sich das Anliegen einer Weiterentwicklung dieser Dienste hinsichtlich neuer attraktiver Einsatzberei-

che aus. Deshalb müssen auch in Sachsen Träger, die neue Projekte entwickeln, die über den sozialen Einsatz hinausreichen, stärker gefördert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft vor Augen, deshalb verstehen wir bürgerschaftliches Engagement als einen wesentlichen Ausdruck demokratischer Kultur. Wir fordern daher, in eine Neugestaltung der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement auch den Aufbau einer Engagement fördernden Infrastruktur einzubeziehen. Dadurch kann eine bessere Vernetzung und Beratung erreicht werden. Wir schlagen unter anderem die Einrichtung einer Servicestelle Bürgerschaftliches Engagement beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen oder der Geschäftsstelle Ehrenamtsförderung des Landes Rheinland-Pfalz vor. Außerdem ist die Qualifizierung als Teil einer umfassenden Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln. Es ist zu überlegen, im bürgerschaftlichen Engagement erworbene Qualifikationen für Ausbildung und Beruf anzuerkennen. Darüber hinaus gilt es, bürgerschaftliches Engagement als Bildungsziel zu verankern. Wie kann bürgerschaftliches Engagement besonders in Kindheit und Jugend gelernt werden?

Wir erwarten, dass diese Gesichtspunkte beim Bericht der Staatsregierung und bei einer Neugestaltung eine Rolle spielen.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Erich Iltgen: Wird von den Fraktionen noch das Wort gewünscht? – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Krauß.

Alexander Krauß, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Willst du froh und glücklich leben, lass kein Ehrenamt dir geben. „Willst du nicht zu früh ins Grab, lehne jedes Amt gleich ab.“ – So weit Wilhelm Busch.

Studien besagen heute genau das Gegenteil. Wer sich ehrenamtlich engagiert, der lebt länger, ist zufriedener, er ist gesünder, er ist leistungsstärker und erfolgreicher. Das Ehrenamt macht nicht reich, aber es bereichert, den Einzelnen und die Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Die Politik ist deshalb gut beraten, alles zu tun, damit dies so bleibt. Das wollen wir mit diesem Antrag erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Ehrenamt blüht in Sachsen wie im Frühjahr die Krokuswiesen in Drebach. Jeder dritte Sachse ist ehrenamtlich engagiert. Das sind zirka 1,3 Millionen Menschen. Dazu zähle ich auch diejenigen, die sich am „Tauris“-Projekt beteiligen. Ich würde Herrn Pellmann gern einmal einladen, auch diese Projekte kennen zu lernen, wo sich zum Beispiel Leute in der Pflege engagieren, wo sie spazieren gehen usw.

(Dr. André Hahn, PDS: Wir sind da sehr aktiv!)

Das ist ein ganz tolles ehrenamtliches Engagement. Dass Sie auch dort einmal vorbeischauen, freut mich.

Ich möchte noch auf die Jugendlichen ganz speziell eingehen. Auch viele Jugendliche sind ehrenamtlich engagiert. Der Kinder- und Jugendring in Sachsen hat im vergangenen Jahr eine Umfrage gemacht. Danach sind 46 000 junge Leute freiwillig tätig.

Auf ein Beispiel möchte ich noch speziell eingehen. Das ist die evangelische Jugend in Sachsen. Dort engagieren sich allein 9 600 junge Menschen. Tausend von ihnen haben die Jugendleiterkarte erworben, also haben sich in ihrem Ehrenamt qualifiziert.

Wir müssen aber gar nicht weiter herumschauen, um Beispiele für das Ehrenamt zu finden. Wir können hier in diesem Saale bleiben, denn wohl jeder von uns ist in irgendeiner Art und Weise ehrenamtlich engagiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie wir zum Ehrenamt stehen, das zeigt auch, welches Gesellschaftsbild wir haben. Diktaturen hatten immer Vorbehalte gegen das Ehrenamt.

(Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Das ist Quatsch!)

Der Staat misstraute dem Engagement seiner Bürger. Der Staat wollte steuern. Das Ehrenamt sollte gelenkt, geführt und kontrolliert sein. Letztlich sollte also der Staat die Gesamtverantwortung haben.

Wir wollen keine Liegestuhlgesellschaft, in der der Staat für alles die Verantwortung übernimmt. Ein perfektes staatliches Sicherungssystem garantiert zwar den monatlichen Scheck, ist aber nicht in der Lage, für die Nähe und das Mitgefühl zu sorgen, das am Krankenbett und im Alter mindestens genauso wichtig ist wie die materielle Absicherung.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen nicht, dass anstelle von Nächstenliebe, Solidarität und menschlicher Wärme der Staat als Fernwärmesystem tritt. Für uns als CDU-Fraktion ist klar: Wir wollen die Wir-Gesellschaft mit einem blühenden Ehrenamt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Erich Ilgen: Wird von den Fraktionen weiter das Wort gewünscht? – Wenn das nicht der Fall ist, bitte Frau Ministerin Orosz.

Helma Orosz, Staatsministerin für Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon fast alles von den Vorrednern ausgeführt, gestatten Sie mir aber trotzdem ein paar Worte zur Geschichte des hier mit Anerkennung belegten bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen.

Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Sachsen hat, wie wir ja wissen, eine lange und überaus erfolgreiche Tradition. Allein an der „Aktion 55“ haben seit der Einführung im Jahr 1993 rund 120 000 ältere Bürgerinnen und Bürger teilgenommen. Für dieses Programm hat der Freistaat in diesem Zeitraum mehr als 108 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind, wie wir ja wissen, in zahlreiche unterschiedliche

und heute schon angesprochene Projekte und Bereiche geflossen: außerschulische Betreuung von Kindern und Jugendlichen und – auch ganz wichtig – Begleitung von Arbeitsloseninitiativen, aber auch Verkehrs- und Umwelterziehung, um nur einige der wichtigsten Bereiche zu nennen.

Eine zusätzliche Fördermöglichkeit – wenn Sie sich erinnern – wurde aus Anlass des Internationalen Jahres der Freiwilligen im Jahr 2001 geschaffen, die so genannte Ehrenamtsförderung; ergänzend dazu auch – heute schon debattiert – kam dann die Initiative „Tauris“, die ich mit einer besonderen Anerkennung erwähnen möchte, zum einen weil sie über bürgerschaftliches Engagement von älteren Langzeitarbeitslosen erreicht hat, diese wieder in die Gesellschaft zu integrieren und zur Teilhabe an der Gesellschaft zu gewinnen und damit auch einen Wert zu erzielen, den jeder einzelne Bürger für die Gesellschaft leisten kann.

Die Initiative „Tauris“, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist nach wie vor einmalig in Deutschland. Lange bevor die so genannten Ein-Euro-Jobs in die Diskussion gekommen sind, konnte mit dieser Initiative „Tauris“ schon der Beweis angetreten werden, dass Langzeitarbeitslose durch freiwilliges Engagement ihre Chancen zur Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt deutlich verbessern können.

All diesen Förderprogrammen, meine Damen und Herren, ist gemeinsam: Es wurden für das bürgerschaftliche Engagement Leistungen von Bürgern für Bürger erbracht. Ohne diese Leistungen wäre eine Vielzahl davon nicht möglich gewesen. Diese engagierten Bürgerinnen und Bürger haben dabei natürlich auch eine neue soziale Anerkennung erfahren, die ihnen selbst sicherlich als Bereicherung für ihr eigenes Leben dient. Das sind positive Erfahrungen, die wir selbstverständlich weiter als Grundlage für das bürgerschaftliche Engagement nutzen möchten und auch in der Weiterführung von Förderprogrammen berücksichtigen.

Zur Frage von Herrn Dr. Pellmann, warum eigentlich eine neuerliche Debatte stattfindet: Sie ist, glaube ich, dafür wichtig, dass wir die Veränderungen, die ich hier sehr deutlich ansprechen möchte, auch öffentlich kommunizieren. Es ist wahrlich so, dass ich im vergangenen Jahr im Sommer sehr deutlich gesagt habe, dass die Zusammenführung dieser Förderprogramme dringend notwendig ist. Dazu stehen wir heute nach wie vor. Aber wir müssen auch nach der Aktuellen Debatte deutlich sagen, dass mit der Förderung des „Tauris“-Projektes auch derzeit eine Überlappung und entsprechende Schnittstellen zur Förderung im Rahmen von Hartz IV entstanden sind. Um das sehr dezidiert zu beobachten und die Fördermöglichkeit für Arbeitslose nicht generell ad absurdum zu führen, ist es wichtig, dass wir uns in den nächsten Wochen und Monaten sehr deutlich mit dieser Situation auseinander setzen, natürlich auch realistisch feststellen: Wo können wir ein bürgerschaftliches Engagement in diesem Bereich fortsetzen und wie können wir die Zielgruppen besser erreichen?

Deutlich wird im Moment nur, dass die Zielgruppe „Tauris“ mit der Zielgruppe „Hartz IV“ identisch ist. Das ist eigentlich der Grund, warum wir uns berechtigterweise im vorigen Jahr davon verabschiedet haben,

einen Schnellschuss zu starten, der nicht im Interesse des bürgerschaftlichen Engagements gewesen wäre. Deswegen bitte ich auch um Verständnis, dass wir noch einige Wochen bzw. einige Monate mit dieser Zusammenführung abwarten wollen.

Ich kann feststellen, dass eine adäquate Differenzierung eine entsprechende Zeit braucht. Aber es ist auch heute schon deutlich geworden, dass wir – das noch einmal als Antwort an Sie, Frau Schütz – sehr wohl die „Aktion 55“ und das Ehrenamt aus vielerlei Gründen zusammenlegen werden, zum einen – Herr Gerlach hat das schon angesprochen –, um die „lästigen Zugangsvoraussetzungen“ zu minimieren. Das sind auch Kritiken der Basis, die wir in diesem Zusammenhang sehr ernst nehmen.

Ein weiterer Punkt, den Sie angemahnt haben, der Bürokratieabbau, wird mit einer transparenten Förderstruktur bei der Zusammenführung dieser beiden Programme eine wichtige Rolle spielen. Wir werden auch versuchen, die einzelnen, doch teilweise sehr stringenten vorgeschriebenen Bereiche zu lockern, um dort das Feld entsprechend weiter zu fassen und die einzelnen Möglichkeiten der Teilnahme zu verbessern.

Darüber hinaus werden wir natürlich auch die Situation mit „Tauris“ beobachten. Wir stellen uns im Moment vor, dass es möglich ist, ein ehrenamtliches Engagement als Lösung zusätzlich zu Hartz IV oder eventuell als Ergänzung anzubieten. Aber hier ist es wichtig, da „Tauris“ auch mit ESF-Mitteln gespeist wird, natürlich die Zuwendungsvoraussetzungen sehr deutlich zu berücksichtigen, um nicht im Nachhinein Probleme wegen Nachrangigkeit der Fördermittel zu erhalten.

Wichtig ist – das möchte ich hier noch einmal sehr deutlich sagen –, dass der Freistaat im Haushalt unter Berücksichtigung der von mir gerade angemerkten Schnittstellen zu Hartz IV einen Betrag für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements ausgewiesen hat, der sich weitgehend an dem bisherigen Gesamtfördervolumen orientiert, dass wir innerhalb des finanziellen Rahmens die Weiterführung der bisher geförderten gemeinnützigen Projekte gewährleisten und heute geförderte Teilnehmer auch zukünftig eine Aufwandsentschädigung erhalten werden.

Hier wird es aber – wie gesagt – zu einer Angleichung kommen. Denn wir wissen, dass im Moment alle drei genannten Förderprogramme unterschiedliche Aufwandsentschädigungen zahlen. Auch das wird an der Basis als ungerecht empfunden.

Bis zur Vorstellung des in Aussicht gestellten neuen Förderkonzeptes in den nächsten Monaten wird die Förderung nach Maßgabe der im letzten Jahr geltenden Förderbedingungen fortgesetzt. Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung wurden den Landkreisen und Kreisfreien Städten bereits die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt. Alle Städte und Gemeinden sind von dieser Verfahrensweise auch rechtzeitig informiert worden.

Ich denke, damit sind zunächst die Voraussetzungen für eine lückenlose Fortsetzung des bürgerschaftlichen Engagements, welches wir dringend brauchen und das auch die Sächsische Staatsregierung maßgeblich und ausdrücklich weiter unterstützen wird, geschaffen worden.

Bei der geplanten Neufassung des Förderkonzeptes werden wir uns – wie gesagt – nicht nur darauf beschränken, die materielle Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements zu modernisieren, sondern auch die eben schon genannten Kriterien. Darüber hinaus werden wir auch einem Hinweis der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ folgen und die unterschiedlichen Aktivitäten des Freistaates Sachsen auf dem Gebiet des bürgerschaftlichen Engagements aufnehmen und unter einer neuen Dachmarke präsentieren. In Kürze starten wir dafür die Kampagne „Wir für Sachsen – Bürgerschaftliches Engagement in Sachsen“.

Unter diesem Motto wird ein Internet-Portal eingerichtet, das nicht nur über die entsprechenden Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements informiert. Es enthält auch eine Freiwilligenbörse, in der alle Träger ihre ehrenamtlichen Projekte vorstellen können. Zudem werden wir mit der Herausgabe eines Bürgerheftes jedem ehrenamtlich Tätigen den Nachweis seines Engagements erleichtern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Tausende Bürgerinnen und Bürger haben sich in den letzten Jahren in Sachsen freiwillig und selbstlos in den Dienst der Gesellschaft gestellt. Für das bisher Geleistete möchte ich hier die Gelegenheit nutzen, allen Beteiligten meinen herzlichen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.

Die gewaltigen Herausforderungen, vor denen Deutschland in einer globalisierten und sich auch demografisch verändernden Welt zukünftig steht, werden wir nicht bewältigen, wenn es uns nicht gelingt, noch breitere Bevölkerungsschichten für das bürgerschaftliche Engagement zum Nutzen für das Gemeinwohl zu gewinnen. Dazu bedarf es der Anerkennung, dass die Probleme der Gesellschaft nicht allein durch den Staat, sondern auch durch ein umfangreiches Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu lösen sind. Aber dafür brauchen wir einen aktivierenden Staat – richtig! –, der die notwendigen Rahmenbedingungen schafft, damit sich dieses bürgerschaftliche Engagement auch frei entfalten kann und natürlich die Teilhabe jedes Einzelnen gestärkt wird. Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann ich Ihnen heute zusagen, ist und bleibt Kernaufgabe der Sächsischen Staatsregierung.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage, ob es aus den Fraktionen noch Redebedarf gibt.

(Zuruf von der CDU: Schlusswort!)

Dann erteile ich das Schlusswort Herrn Gerlach, SPD-Fraktion.

(Dr. André Hahn, PDS: Kurz!)

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuerst bei der Frau Ministerin für den sehr ausführlichen Bericht bedanken, der schon fast den Punkt 1 vorweggenommen hat. Trotzdem werden wir über Punkt 1 ab-

stimmen lassen, um den Auftrag an die Staatsregierung noch einmal ganz klar zu formulieren.

Ich möchte eigentlich nur noch auf zwei Punkte eingehen, die hier in der Diskussion genannt wurden. Das ist einmal, Frau Herrmann, dass Sie nicht ganz unberechtigt angemahnt haben, dass aus Ihrer Sicht bei dem, was wir in der Koalitionsvereinbarung geschrieben haben, diese aktive Bürgergesellschaft nicht vergessen werden darf. Aber das war natürlich nicht die vordergründige Zielrichtung dieses Antrages. Ich kann Ihnen versichern, dass wir, wenn das in diesem Antrag so nicht drinsteht, schon sehr genau darauf achten werden, dass wir das, was so dringend notwendig ist, um demokratische Prozesse in unserem Staatswesen nach vorn zu bringen, auch entsprechend umsetzen werden. Ich denke, ich spreche hier im Namen vieler Kollegen.

Mir fallen bei dem, was Sie genannt haben, natürlich noch ganz andere Institutionen ein. Man könnte die „Thüringer Ehrenamtsstiftung“ nennen. Man könnte bundesweit nennen das „Bundesnetzwerk bürgerschaftliches Engagement“. Man könnte den Expertenpool des Projektes „Erfahrungswissen für Initiativen“, „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ und viele andere nennen. Wir wissen, dass es das alles in der Bundesrepublik gibt.

Wir werden auch darauf mit zu achten haben, dass es der Freistaat Sachsen in dem Sinne, wie ich es vorhin versucht habe zu benennen, den Menschen, die das Ehrenamt leisten, ein Stück leichter macht, dass wir ihnen die Möglichkeit geben, die entsprechenden Verbindungen zu finden. Aber das kann natürlich nicht alles staatlich organisiert werden. Doch der Staat hat die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Ich denke, da

war das, was die Ministerin eben gesagt hat, sehr eindeutig.

Herr Pellmann, eine kurze Bemerkung zu Ihnen, weil Sie noch einmal sehr deutlich angemahnt haben – auch in Ihrer Kleinen Anfrage an die Ministerin –, wie das aussieht, ob wir inzwischen alles vergessen haben, was wir als Antrag einmal gestellt hatten. Der Antrag ist damals einstimmig – wenn ich mich richtig erinnere – vom Landtag angenommen worden.

Ich sehe aus der jetzigen Sicht nichts, was der Intention, den Buchstaben und dem, was wir damals gewollt haben, auch nur anscheinend entgegenwirkt. Wir werden sehr darauf achten, dass das genau in diese Richtung kommt. Das kann ich Ihnen zusichern. Ich bin gern bereit, mich von Ihnen, der Sie Opposition sind – und ich gehöre jetzt zur Regierungsfraktion –, sehr genau kontrollieren zu lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU –
Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Da sehe ich
immer genau hin!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur Abstimmung über die Drucksache 4/0356. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist die Drucksache 4/0356 beschlossen und wir können diesen Tagesordnungspunkt beenden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 3

Unverzögliche Sicherstellung des Unterrichts an den Grundschulen

Drucksache 4/0301, Antrag der Fraktion der PDS

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: PDS als Einreicherin, CDU, SPD, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile der Einreicherin das Wort. Frau Falken.

Cornelia Falken, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dringliche Anträge haben den Charme, Aufmerksamkeit zu erwecken, habe ich gestern in diesem Plenum gehört. Ich erwähne das deshalb, weil dieser Antrag, den wir heute hier beraten, im Dezember als Dringlicher Antrag von der PDS-Fraktion eingebracht worden ist.

Wenn das immer so funktioniert, werde ich mich bemühen, diese Anträge nach Möglichkeit stets dringlich zu machen. Denn es gibt ein neues Schreiben aus dem Regionalschulamt Dresden, dieses Mal vom Direktor des Regionalschulamtes, zeitgleich mit der Einbringung unseres Antrages hier im Plenum. Ob er allein darauf gekommen ist oder ob er beauftragt worden ist, weiß ich nicht. Vielleicht kann uns der Minister nachher etwas dazu sagen.

Die größten Schärpen sind aus der Festlegung, wie Unterricht in Zukunft im Grundschulbereich stattzufinden hat, herausgenommen. Ich möchte es nur benennen, weil ich das schon für sehr wichtig halte.

Ethik und Religion sollen also nun nicht zusammengelegt werden, was auch sehr sinnvoll ist. Die Anrechnungsstunden für Fachberater und weitere Tätigkeiten im Grundschulbereich sollen auch nicht gestrichen werden.

Der Grundbereich soll abgesichert und der zusätzliche Grundbereich nur in Notfällen gestrichen werden. Der Ergänzungsbereich kommt in diesem Schreiben gar nicht mehr vor. Ich gehe also davon aus, dass darüber überhaupt nicht mehr gesprochen wird. Ich finde es trotzdem positiv, dass ein Dringlicher Antrag eine solche Reaktion hervorruft.

(Beifall bei der PDS)

Das Problem, das wir im Grundschulbereich bezüglich des Unterrichtsausfalls haben, ist damit natürlich überhaupt nicht gelöst; denn er existiert trotzdem. Ich hätte mir gewünscht, dass man hier Zuweisungen von Stellen

bzw. von Unterrichtsstunden für die Grundschulen erwägt und damit das Problem eindeutig klärt. Es ist nach wie vor so, dass wir an den Grundschulen – nicht nur im Regionalschulamt Dresden, sondern auch in anderen Regionalschulämtern – Unterrichtsausfall haben und ein Ergänzungsbereich an Schulen zum Teil überhaupt nicht ausgereicht worden ist.

Ich möchte schon einmal kurz auf den Änderungsantrag der FDP eingehen, ich komme nachher noch einmal darauf zu sprechen. Nur den planmäßigen Unterrichtsausfall abzudecken halte ich für extrem minimal. Das ist das Minimum vom Minimum; denn wenn uns das nicht gelingt, wird es sehr problematisch.

Unsere Schüler haben ein Recht und einen Anspruch auf Bildung. Dieses Recht und diesen Anspruch auf Bildung sollen und müssen wir ihnen auch gewähren. Dazu gehört für mich ganz klar, dass der Unterricht, der auf der Stundentafel ausgewiesen ist, auch gehalten wird und die Förderung der einzelnen Schüler über den Ergänzungsbereich gewährleistet wird.

Die Umsetzung der Sonntagsreden, die wir hier im Landtag von der CDU und – leider Gottes – auch von der SPD hören, die da heißen: Mehr für den Grundschulbereich, mehr für die Vorschulerziehung, großes Spektrum für die Betreuung der Schüler im Grundschulbereich!, ist eigentlich hier überhaupt nicht gegeben. Die Unglaubwürdigkeit im Bildungsbereich, bezogen auf die CDU, ist in unserem Freistaat hinlänglich bekannt. Dass sich nun auch die SPD einreihet, halte ich für äußerst bedenklich.

(Zuruf der Abg. Rita Henke, CDU)

Im Übrigen: Eine gute Schule funktioniert nur, wenn Lehrerinnen und Lehrer motiviert und engagiert arbeiten. Unter den Bedingungen, die derzeit an den Grundschulen herrschen, ist dies überhaupt nicht möglich.

(Rita Henke, CDU: Das ist ja haarsträubend, was Sie da sagen! –

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Sie ist Lehrerin an einer Grundschule!)

Wir haben im Ausschuss für Schule und Sport den Antrag „Neuverhandlung der Teilzeitvereinbarungen der Grundschullehrer“ behandelt. Leider haben wir feststellen müssen, dass sowohl CDU als auch SPD diesen Antrag abgelehnt haben. Es gibt von den Gewerkschaften nunmehr die dritte Aufforderung zur Verhandlung der Teilzeitvereinbarungen im Grundschulbereich. Sie ist wieder ablehnend beantwortet worden. Ich denke, es wird langsam Zeit, im Grundschulbereich etwas zu tun.

(Beifall bei der PDS und der Abg. Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich erteile der CDU-Fraktion das Wort. Herr Abg. Colditz.

Thomas Colditz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Falken, was Sie als Unglaubwürdigkeit der CDU in der Schulpolitik deklarieren, hat immerhin dazu geführt, dass sich in Sachsen in den zurückliegenden Jahren ein Schulsystem etabliert

hat, das über die Landesgrenzen hinaus anerkannt und gewürdigt wird,

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn, PDS)

und dazu, dass Sachsen im nationalen Bildungsvergleich immerhin Platz 3 belegt hat.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

– Herr Kollege Porsch, meine Damen und Herren, wir haben völlig zu Recht in der zurückliegenden Zeit mehrfach Entwicklungsbedarfe und damit verbundene Voraussetzungen für die Entwicklung an unseren Grundschulen diskutiert. Liebe Frau Falken, wir haben es nicht bei Diskussionen allein belassen, sondern wir haben dem auch parlamentarische Initiativen folgen lassen, die Sie bezeichnenderweise jedoch abgelehnt haben. Wir haben gesetzliche Rahmenvorgaben gesetzt, um diesen Entwicklungsbedarfen gerecht zu werden. Anerkennenswerte personelle Mehrbedarfe werden im Rahmen der anstehenden Haushaltsdiskussion weiter zu erörtern sein.

Ungeachtet dessen, meine Damen und Herren – das haben Sie dankenswerterweise auch in Ihrem Schreiben dokumentiert, Frau Falken –, hat die Schulverwaltung auch Anstrengungen unternommen, um die bedarfsgerechte Unterrichtsversorgung über die Zeit hinweg zu gewährleisten. Ich werde dies noch einmal anhand von Zahlen konkret belegen.

Der vorliegende Antrag basiert nach eigener Darstellung – in der Begründung des Antrages ist es nachzulesen – auf einer Pressemitteilung vom 2. Dezember 2004, wonach das Regionalschulamt Dresden die Grundschulen über eine angespannte Personalsituation im Regionalschulamtsbezirk informiert hat und organisatorische Maßnahmen zur Unterrichtsplanung an den Schulen anregt bzw. anordnet. Ich will an dieser Stelle weniger auf das Zustandekommen dieses Schreibens eingehen als vielmehr die statistischen Erhebungen darstellen, die im Berichtszeitraum bis Oktober vorigen Jahres analysiert wurden,

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn, PDS)

und ich denke, dass diese Erhebungen ein wesentlich anderes Bild vermitteln, als dies die Begründung Ihres Antrages glaubhaft machen will. So lag zum Beispiel der planmäßige Unterrichtsausfall im Berichtszeitraum in Dresden bei null Prozent, der außerplanmäßige Unterrichtsausfall bei 0,7 %. Oder Beispiel Leipzig: Dort lag der planmäßige Unterrichtsausfall bei 0,1 %, der außerplanmäßige Unterrichtsausfall bei 1,7 %. Auch in den anderen Regionalschulamtsbezirken können Sie ähnliche Zahlen nachvollziehen bzw. nachlesen.

Meine Damen und Herren! Ungeachtet dieser Darstellung ist uns natürlich auch bewusst, dass mit der Weiterentwicklung der Aufgaben, die aktuell und perspektivisch an die Grundschulen gestellt werden, personelle Mehrbedarfe durchaus vorhanden sind. Ich denke hier im Besonderen an die Kooperation von Grundschule und Kindergarten, die Optimierung der Schuleingangsphase, die Vermittlung einer Fremdsprache ab der drit-

ten Klasse sowie an notwendige Fort- und Weiterbildungsangebote, um die pädagogische Kompetenz der Grundschullehrer weiter entsprechend den neuen Herausforderungen zu stärken. Wir haben das an anderer Stelle bereits intensiv diskutiert und sind uns natürlich darüber im Klaren, dass all dies nicht zum Nulltarif zu haben ist. Gerade vor diesem Hintergrund ist auch die im Koalitionsvertrag genannte Anhebung der personellen Ausstattung der Grundschulen um 800 Stellen begrüßenswert. Zum angemessenen Selbstverständnis auch des Gesetzgebers gehört aber, meine Damen und Herren, dass diese Maßgaben wirksam im Haushalt diskutiert und eingebracht werden.

Im Übrigen kann man wohl genau diesen Zusammenhang auch im Hinblick auf ihren vorgelegten Antrag nicht ausblenden und vernachlässigen. Wenn die Staatsregierung aufgefordert wird, mit ihrem Antrag die unverzügliche Sicherstellung des Unterrichts an Grundschulen zu realisieren, dann kann sie das, wie gesagt, natürlich zunächst nur im Rahmen des bislang geltenden Haushaltes. Insofern ist Ihre Forderung nach mehr Stellenzuweisungen, Frau Falken, schlichtweg nicht praktikabel.

(Cornelia Falken, PDS: Aber notwendig!)

Dass es aber dennoch möglich war, die Unterrichtsversorgung zu garantieren, haben die von mir erbrachten Zahlen dargestellt bzw. noch einmal belegt. Im Übrigen ist auch davon auszugehen – das haben wir bereits im Ausschuss sehr intensiv diskutiert, Frau Falken –, dass der aktuelle Beschäftigungsumfang über den 57 %, die im Teilzeitvertrag vereinbart waren, liegt, das heißt, wir reden schon über eine gewisse Mehrzuweisung, die bereits jetzt realisiert worden ist.

(Cornelia Falken, PDS:
Das reicht aber nicht aus!)

Meine Damen und Herren! Darüber hinausreichende Handlungsbedarfe müssen naturgemäß aus unserem Selbstverständnis heraus Gegenstand von Haushaltsverhandlungen sein. Wir gehen als Koalitionsfraktion davon aus, dass der Regierungsentwurf die Koalitionsvereinbarung zur Stellenanhebung im Grundschulbereich beinhaltet, und werden dies auch im vorgelegten Haushalt unterstützen.

Ihrem vorgelegten Antrag können wir so nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU und
vereinzelt bei der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Dulig.

Martin Dulig, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zweifellos ist die umfassende Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in allen Schularten, insbesondere aber im Förderschul- und berufsbildenden Bereich, ein großes Problem. Vor diesem Hintergrund überrascht es schon, wenn sich der Antrag eben wieder nur auf die Grundschulen bezieht und die akuten Problemfälle Förderschulen und berufsbildende Schulen ausblendet. Uns ist der Handlungsbedarf bewusst.

Wir haben im Rahmen des uns Machbaren für das neue Schuljahr deutliche Verbesserungen beschlossen. 800 zusätzliche Stellen entsprechen immerhin einem Aufwuchs von 12,3 % der Stellen im Grundschulbereich zur Verbesserung der Schuleingangsphase.

(Dr. André Hahn, PDS: Aber keine neuen Lehrer!)

Dazu kommen 100 zusätzliche Stellen im Förderschul- sowie weitere 100 im berufsbildenden Bereich. Während Sie, Frau Falken, das als Sonntagsreden abtun, ist es uns ernst um die Stärkung des Primarbereichs.

(Beifall bei der SPD)

Die Diskussion um Unterrichtsausfall, Lehrerstellenabbau und Schulschließungen ist immer schmerzlich. Das merken wir auch aktuell. Aber hier verkürzt man eine Bildungsdebatte wieder auf Ressourcen und auf Strukturen. Im Rahmen unserer Bemühungen um eine Qualitätsverbesserung der sächsischen Schulen denken wir daher auch über neue Konzepte des Lehrereinsatzes nach. Wir müssen doch die wichtige Ressource Lehrererbeitszeit viel besser zur individuellen Förderung unserer jungen Menschen einsetzen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Es muss uns klar sein: Unterrichtszeit ist nicht gleich Lernzeit und noch weniger gleich individuelle Förderung. Wenn wir weiterhin dieser Fiktion hinterherlaufen, machen wir unsere Schulen immer teurer, ohne dass wir die Bildung verbessern. Wir wollen also die wirkliche Lernzeit der Schülerinnen und Schüler deutlich steigern.

Aber kommen wir zurück zur Gegenwart und zu dem Antrag. Die derzeitige Situation ist eine Folge von Beschlüssen der letzten Legislaturperiode, und zwar konkret auch des letzten Haushalts, weil das 2. Schuljahr nach wie vor zum alten Haushalt gehört. Die Möglichkeiten des Ministeriums, hier in Ihrem Sinn zu reagieren, sind also beschränkt, wenn der Gesetzgeber nicht im Haushaltsvorgriff dazu ermächtigt. Aber dazu ist weder dieser Antrag geeignet, noch würde dies das Problem lösen. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Für die NPD-Fraktion spricht Frau Schüßler.

Gitta Schüßler, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Seit längerem schon drängen Interessenverbände und Gewerkschaften auf eine Neuverhandlung der Teilzeitvereinbarungen. An den sächsischen Grundschulen ist es seit Jahren gängige Praxis, dass die Lehrerinnen und Lehrer über den eigentlichen bezahlten Beschäftigungsumfang von 16 Stunden hinaus unterrichten. Die Personalpolitik, wie sie hier betrieben wird, ist katastrophal. Auf dem Rücken unserer Kinder werden die Sparzwänge des Landes Sachsen ausgetragen. Herr Minister Flath nennt es „Optimierungsbedarf“, gemeint ist aber der Abbau von knapp 3 000 Lehrerstellen bis 2006.

Dabei ist die Aufforderung des Regionalschulamtes Dresden, auch wenn sie jetzt zurückgezogen worden ist, ver-

mutlich erst der Anfang. Anstatt aus dieser Situation zu lernen, soll der Kurs jetzt auf Mittelschulen und Gymnasien übertragen werden. Ich weiß aber nicht, ob die Schließung von 25 Gymnasien und 100 Mittelschulen die sanfte Schulnetzplanentwicklung ist, von der im Koalitionsvertrag gesprochen wurde.

Die Staatsregierung spricht ständig von einem „modernen und zukunftsorientierten Sachsen“. Unsere Zukunft sind unsere Kinder. Es muss also oberste Priorität haben, dass es an den Grundschulen keinen Unterrichtsausfall gibt und dass der Ergänzungsbereich weder gekürzt noch gestrichen wird. Hier sind wir über die Parteigrenzen hinaus gefordert, gemeinsam Konzepte für die Behebung des unhaltbaren Zustandes im Hinblick auf die Bildung an Grundschulen zu entwickeln.

Deshalb wird meine Fraktion dem Antrag der PDS zustimmen.

(Beifall bei der NPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich rufe die FDP-Fraktion auf. Herr Abg. Herbst, bitte.

Torsten Herbst, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Unterrichtsausfall ist zweifellos ein Punkt, dem wir auch in diesem Plenum besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Statistisch – da hat Herr Colditz recht –, zumindest nach der amtlichen Statistik, ist das Thema Unterrichtsausfall an den Grundschulen weniger gravierend als an anderen Schultypen. Aber ich sage auch: Statistik darf nicht über die praktischen Probleme hinwegtäuschen.

Ich bin auch etwas misstrauisch geworden zumindest gegenüber der amtlichen Statistik. Wenn man den Rechnungshofbericht liest, der den Unterrichtsausfall an Mittelschulen untersucht hat, stellt man fest, dass einfach einmal über 600 000 Unterrichtsstunden, die nicht gegeben wurden, in der amtlichen Statistik unter den Tisch gefallen sind. Man weiß nicht, wie es im Grundschulbereich ist. Aber die Informationen, die jedenfalls unsere Fraktion hat, und zwar von den Problemlagen in den Schulen vor Ort, zeigen, dass es schon Unterrichtsausfall gibt. Auch wenn er statistisch nicht so gravierend auf Landesebene ist, ist er vor Ort doch praktisch vorhanden.

Das Schreiben des Regionalschulamtes Dresden, auch wenn es jetzt korrigiert ist, ist schon erschreckend. Es ist immerhin ein amtliches Schreiben, das einen Offenbarungseid darstellt. Es gibt eben nicht nur vom Regionalschulamte Dresden diese Informationen. Es gab im letzten Jahr auch aus dem Regierungsbezirk Leipzig Informationen, dass Förderunterricht und AGs wegfallen müssen, weil man Mühe hat, die normale Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

Ich glaube, wir sind uns über alle Fraktionen hinweg einig, dass wir den Grundschulen insgesamt mehr Aufmerksamkeit widmen müssen. Als Stichworte „optimierte Schuleingangsphase, Fremdsprache“ nur zwei Punkte, die zeigen, dass wir eigentlich höhere Anforderungen an die Lehrer, an die Unterrichtsversorgung, auch an die Unterrichtsqualität gerade in den Grundschulen haben. Diese größere Herausforderung bezieht sich auch darauf, dass wir mit der Heterogenität der

Schüler, mit der Leistungsdifferenzierung mit größerem Aufwand umgehen müssen. Das heißt, der einzelne Lehrer braucht jetzt schon mehr Zeit, um sich individuell um Schüler zu kümmern.

Wir können also nicht davon ausgehen, dass mit der Situation, wie sie jetzt ist, die neuen Anforderungen, die auch die Staatsregierung, auch der Bildungsminister stellt, erfüllt werden. Dazu müssen die Rahmenbedingungen für die Grundschule geändert werden. Es reicht eben nicht aus, hierzu etwas in die Koalitionsvereinbarung zu schreiben, sondern es ist wichtig, wirklich an die Umsetzung zu gehen.

Bis heute ist nicht klar, wie die 800 Stellen, von denen gesprochen wird, wirklich geschaffen werden. Wie viele Neueinstellungen gibt es? Wie viele Teilzeitverträge und mit welchem Umfang werden entsprechend verlängert? Man verweist auf die Haushaltsdebatte. Nur, meine Damen und Herren, wie viele Veränderungen an den Grundschulen notwendig sind, haben wir doch nicht erst nach den Landtagswahlen erkannt. Zumindest wir haben sie vorher erkannt. Wir waren nicht in diesem Plenum, aber Sie als CDU hatten doch viele Jahre Zeit, sich auf diese neuen Anforderungen einzustellen, das heißt, dies auch schon im letzten Haushalt entsprechend zu berücksichtigen.

Ich will aber auch etwas zur Ehrenrettung der Staatsregierung sagen. Es ist auf der anderen Seite illusorisch, den Stundenausfall generell zu unterbinden. Dass in einem Jahr keine Stunde an einer sächsischen Grundschule ausfällt, ist eine Illusion.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Das muss aber Ziel sein!)

– Ja. Ziel ist es auch, dass wir versuchen, für jeden Sachsen eine Arbeitsstelle zu schaffen. Ziel ist auch, dass kein Sachse Opfer von Kriminalität wird. Das alles sind ehrenwerte Ziele. Aber ich muss sie praktisch erreichen können. Deshalb stellen wir als FDP auch einen entsprechenden Änderungsantrag, der versucht, dies auf eine realistische Stufe zu bringen. Wir wollen das Ansinnen der PDS, den Unterrichtsausfall an Grundschulen möglichst zu verhindern, unterstützen, weil dieses Anliegen wichtig ist und wir es auch für richtig erachten.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Torsten Herbst, FDP: Gern.

Cornelia Falken, PDS: Geben Sie mir Recht, Herr Herbst, dass wir, wenn im Grundschulbereich der gesamte Ergänzungsbereich ausgereicht werden würde, so wie es eigentlich sein müsste, auch keinen Unterrichtsausfall im Grundschulbereich hätten? Denn das lässt sich plantechisch natürlich ohne Probleme realisieren. Dann hätte man wenigstens einen kleinen Puffer, aber er reicht mir noch nicht. Ich möchte eigentlich Stunden haben, die zusätzlich zur Verfügung stehen. Aber wenn wir dieses Minimum hätten, bräuchten wir keinen Unterrichtsausfall hinzunehmen. Aber das existiert nicht.

Torsten Herbst, FDP: Ich kann Ihre Frage kurz beantworten. Natürlich ist es möglich, auch den bisher vorhandenen Unterrichtsausfall zu reduzieren, überhaupt keine Frage. Aber es ist illusorisch – ich sage es noch einmal – zu verhindern, dass wirklich keine Stunde irgendwo ausfällt. Das muss man auch in der PDS-Fraktion anerkennen. Dieser Anspruch ist im Antrag absolut formuliert.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Herbst, es gibt eine weitere Zwischenfrage.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Herr Herbst, es ist absolut formuliert als Ziel. Ist Ihnen bekannt, dass in der Sächsischen Verfassung das Ziel der Vollbeschäftigung ebenfalls formuliert ist?

Torsten Herbst, FDP: Natürlich, Herr Porsch. Auch Sie als Fraktionsvorsitzender werden wissen, dass es Unterschiede zwischen Verfassungszielen und Zielen, die man in konkreten Plenumsanträgen stellt, gibt. Sie sitzen zumindest länger im Parlament als wir. Ich bin damit am Ende meines Redebeitrages. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es aus den Fraktionen weiteren Redebedarf? – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Günther-Schmidt, bitte.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Auslöser für den heutigen Antrag zur unverzüglichen Sicherstellung des Unterrichts an Grundschulen war die Berichterstattung in der Presse zum Jahreswechsel. Wir haben gehört, dass es spontan eine Verbesserung gegeben hat. Die Lage scheint sich entspannt zu haben. Nichtsdestotrotz geht es hierbei um ein grundsätzliches Problem, das seit Jahren bekannt ist, hartnäckig ignoriert wird und heute wieder einmal thematisiert werden soll: Unterrichtsausfall an Schulen, heute an Grundschulen.

Mit dem flächendeckenden Teilzeitkompromiss für Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer von 1997 wurden die Stundenumfänge für die Lehrerinnen und Lehrer in drei Stufen bis zum Schuljahr 1999/2000 auf 57,14 % des Stundendeputats von vollzeitbeschäftigten Lehrkräften mit entsprechenden Einkommensreduzierungen gesenkt. Seitdem ist es notwendig, durch so genannte Aufstockungsstunden die Unterrichtsversorgung sicherzustellen.

Bis zum Jahre 2000 wurden diese Aufstockungsstunden nach Bedarf geplant, seitdem werden sie nur noch in Einzelfällen bei dringlichem Bedarf genehmigt. Das Rotationsprinzip an den Schulen ist gang und gäbe. Fast alle Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer haben inzwischen Aufstockungsstunden, allerdings sind diese regional unterschiedlich, verteilt. Der Schwerpunkt liegt im Bereich des Regionalschulamtes Zwickau, wo im Durchschnitt fünf bis sieben Unterrichtsstunden pro Lehrkraft zusätzlich erteilt werden. Aufstockungsstunden finden im Stellenplan keinen Niederschlag. Würde man die tatsächlich geleisteten Aufstockungsstunden als reguläre

Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen und Lehrer im Stellenplan verankern, hätte man die im Koalitionsvertrag verankerten 800 Stellen schon aufgestockt. Von „zusätzlich“ kann also keine Rede sein. Das ist eine Frage der Ehrlichkeit und der Haushaltstransparenz.

Obwohl Aufstockungsstunden geleistet werden, obwohl ausreichend Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer vorhanden sind, fällt nach wie vor Unterricht aus. Der prozentuale Anteil ist zwar im Vergleich zu anderen Schularten relativ gering, kann aber dennoch nicht hingenommen werden. Besonders hoch ist der planmäßige und außerplanmäßige Unterrichtsausfall in den Fächern Ethik und Religion sowie beim Förderunterricht, der zur Absicherung der Unterrichtsversorgung im Grundbereich häufig ausfällt.

(Dr. André Hahn, PDS: Leider!)

Damit ist das Ziel des Förderunterrichts infrage gestellt und ad absurdum geführt. Darüber hinaus machen die veränderten Rahmenbedingungen im Grundschulbereich die tatsächliche Ausweisung zusätzlicher Planstellen und die Rücknahme des Teilzeitkompromisses notwendig.

Erstens zur Entwicklung der Schülerzahlen. Innerhalb von zwei Jahren ist die Zahl der Grundschüler um 10 % gestiegen, von 95 000 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2002/2003 auf 104 000 Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2004/2005. Der Trend setzt sich fort.

Zweitens. Gleichzeitig sank der Lehrkräftebestand stärker als vom SMK prognostiziert. Angenommen wurde ein Rückgang von knapp 12 500 Lehrkräften im Schuljahr 1997/98 auf zirka 11 000 im Schuljahr 2003/2004. Tatsächlich reduzierte sich im gleichen Zeitraum der Lehrkräftebestand von 11 750 auf zirka 9 900 Lehrkräfte.

Drittens zur Altersstruktur. Das Durchschnittsalter der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer ist mit 47,9 Jahren das höchste in allen Schularten.

(Dr. André Hahn, PDS: Ja, so ist es!)

Im Jahre 2004 waren 873 Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen zwischen 60 und 65 Jahre alt, was einer jährlichen Verrentungsrate von 120 Vollzeitstellen entspricht.

Viertens: neue Aufgaben für die Grundschulen. Mit dem Schuljahr 2004/2005 sind neue Lehrpläne in Kraft getreten. Innere Differenzierungen sowie Diagnostik und Analyse zur individuellen Lernförderung finden mehr Berücksichtigung. Notwendige Kooperationen zur Realisierung des fächerübergreifenden Unterrichts und die neuen Anforderungen des Projektlernens ziehen einen Fortbildungsbedarf nach sich, der ebenfalls stundenmäßig abgefangen werden muss. Änderungen in der Stundentafel, eine verbesserte Schuleingangsphase und verpflichtende Kooperationen zwischen der Grundschule, dem Kindergarten und dem Hort verschärfen die personellen Probleme. Statt den zusätzlichen Bedarf an Lehrkräften seriös zu finanzieren, hören wir vom neuen Kultusminister Stichworte wie Schulschließungen und Lehrerstellenabbau.

Wir sind der Auffassung, dass die genannten Umwälzungen wesentlich konstruktiver genutzt werden müssen: Erhalt eines dichten Netzes von Grundschulen,

kleine Klassen, kurze Schulwege, Zwergschulen auf dem Lande. In der Grundschule wird die Basis für eine erfolgreiche Schullaufbahn gelegt. Beste Bedingungen für die frühe Bildung sind also nicht nur eine Frage der Haushalts- und Finanzpolitik, sondern eine Frage der weissen Vorausschau, nicht zuletzt unter demografischen Aspekten.

Durch eine verantwortungsvolle und ehrliche Personalpolitik des SMK ließen sich die positiven Ansätze, die mit den genannten Reformen durchaus zu erkennen sind, in eine moderne Schulpolitik fortentwickeln. Leider scheinen die Potenziale auch dieses Mal ungenutzt zu bleiben.

Ich möchte kurz auf den Änderungsantrag der FDP-Fraktion eingehen. Wir können diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. Gerade der Unterschied zwischen geplantem Unterrichtsausfall und nicht geplantem Unterrichtsausfall ist der entscheidende Punkt. Es geht um die Frage, ob wir es uns leisten wollen, einen Personalpuffer vorzuhalten, um eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung zu garantieren. Mit der Formulierung der FDP-Fraktion im Änderungsantrag würde das nicht mehr möglich sein. Stattdessen werden wir dem Antrag der PDS-Fraktion zustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS –
Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Sehr richtig!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage die Staatsregierung, ob das Wort gewünscht wird. – Herr Staatsminister Flath.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Es ist jetzt gar nicht so leicht, auf das einzugehen, was von den einzelnen Fraktionen an Themen aufgeworfen worden ist. Eigentlich wäre es notwendig, dazu eine Regierungserklärung zu halten.

(Dr. André Hahn, PDS:
Dazu haben Sie noch ein bisschen Zeit!)

Das werde ich sicherlich eines Tages auch tun, aber jetzt möchte ich mich auf den Antrag konzentrieren und auf den Ausgangspunkt zurückkommen. Der Ausgangspunkt war ein Brief einer Mitarbeiterin aus dem Regionalschulamt an die Grundschulen. Dieser Brief wurde in der „Sächsischen Zeitung“ der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Er war zu dieser Zeit, im Dezember, ein Thema, das will ich gern bestätigen. Die Gewerkschaft GEW hatte sich mit dem Anliegen an die Staatsregierung gewandt, die Koalitionsvereinbarung einzuhalten und unverzüglich Gespräche aufzunehmen. Das ist alles richtig.

Ich denke, die PDS-Fraktion wollte mit dem Antrag einfach den Anlass nutzen, um auf die Regierung einen gewissen Druck auszuüben, damit sie mit der Gewerkschaft ins Gespräch kommt.

(Dr. André Hahn, PDS: Das ist unsere Aufgabe!)

Das haben Sie in der letzten Ausschusssitzung getan. Ich kann auch heute nur darauf antworten, dass es Gespräche geben wird. Es wurde der 8. Februar 2005 als Erörterungstermin vereinbart.

Ich kann die Verhandlungen, die mit den Gewerkschaften zu führen sind, nicht vorwegnehmen. Die Gewerkschaft hat das Anliegen, im Grundschulbereich etwas zu tun. Die Staatsregierung hat das Anliegen, den Anpassungsprozess unserer Schullandschaft im Mittelschulbereich und im Gymnasialbereich zu besprechen. Diesen Termin sollten wir abwarten. Ich hoffe, dass wir zu schnellen Ergebnissen und zu einem guten Ergebnis kommen werden.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Ja, bitte.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Frau Falken, bitte.

Cornelia Falken, PDS: Herr Staatsminister, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie den Gewerkschaften ein Angebot gemacht haben, über die Teilzeitregelung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer zu sprechen, oder haben Sie ein Angebot gemacht, über den Stellenabbau im Mittelschul- oder im Gymnasialbereich zu sprechen? Mein Kenntnisstand ist ein anderer.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Verehrte Frau Abgeordnete, es ist so, dass die Gewerkschaft etwas formuliert hat, worüber sie reden will. Auf der anderen Seite hat die Staatsregierung formuliert, worüber sie reden will. Ob darüber gesprochen wird, wird erst zum Erörterungstermin, zu dem jeder sein Anliegen vorträgt, besprochen. Wahrscheinlich wird sogar erst danach entschieden, welche Verhandlungen tatsächlich stattfinden. Deshalb wäre das heute vorweggenommen. Ich will Ihnen überhaupt nicht bestätigen, dass die Staatsregierung etwa schon erklärt hätte, dass sie bereit ist, mit den Gewerkschaften über den Grundschulbereich zu sprechen.

Es wurde angeführt, die Koalition habe hier etwas vereinbart. Ja, die Koalition hat nicht nur etwas vereinbart, sondern mittlerweile sind wir einen Schritt weiter. Wir haben tatsächlich die verbesserte Stellenausstattung im Grundschulbereich inzwischen im Kabinett verabschiedet. Sie wird demnächst hier im Haus debattiert und ich gehe davon aus, dass es in diesem Punkt mit Sicherheit Zustimmung geben wird. Wie das im Einzelnen dann umzusetzen ist, kann ich heute beim besten Willen noch nicht sagen.

Aber eines kann ich doch schon sagen: Wir haben mit im Blick, dass wir innerhalb dieser Stellenmehrung auch an einen Einstellungskorridor denken. Auf der anderen Seite ist es so – auch dieses Signal kann man heute bereits geben –, dass der eine oder andere Grundschullehrer tatsächlich damit rechnen kann, dass sein Teilzeitvertrag verbessert wird. Mehr wird aufgrund der zur Verfügung stehenden Stellen, wenn der Landtag dies beschlossen hat, ganz einfach nicht machbar sein.

Ich möchte aber diese Gelegenheit nutzen, allen Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern ein Dankeschön zu sagen. Ich glaube, es ist kaum jemandem so richtig bewusst, was dort in den letzten sieben Jahren stattgefunden hat. Im Grundschulbereich hat es einen gewal-

tigen Prozess der Anpassung an die demografische Entwicklung gegeben. Da dieses Problem für meine Begriffe immer wieder etwas verniedlicht wird, will ich die Zahlen noch einmal nennen: Innerhalb von sieben Jahren hat sich die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der Grundschule mehr als halbiert. Wenn man sich vor Augen hält, was für einen Anpassungsprozess das bedeutet hat, kann man, nachdem wir das im Grundschulbereich durchgestanden haben, nur ein herzliches Dankeschön für die Arbeit in dieser Zeit sagen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Jetzt in Richtung NPD gesagt: Dass das jetzt der Mittelschule und den Gymnasien bevorsteht – und man kann heute schon sagen, dass die Zeit kommen wird, wo dieses Problem auch in den beruflichen Schulen angekommen sein wird –, ist doch nicht eine Sache, die die Staatsregierung herbeigeführt hat, sondern das ist ein logischer Ablauf.

(Uwe Leichsenring, NPD: Etablierte Politik!)

Es ist klar, dass das sehr schwierig wird und dass ein solcher Anpassungsprozess nicht dazu beiträgt, den Unterrichtsausfall zu verringern.

Ich stimme mit allen Fraktionen in der Ansicht überein, dass Unterrichtsausfall an einer Schule gelegentlich Schüler freut – das weiß ich jedenfalls aus meiner Schulzeit –, aber die Eltern außerordentlich besorgt macht. Ich habe das in der Zeit, in der ich bisher als Kultusminister tätig sein konnte, sehr eindringlich mitbekommen; denn ich lese die vielen Briefe von Eltern, die an mich gerichtet werden. Dort ist das entscheidende Kriterium dafür, wie Eltern die Schule beurteilen, ob der Unterricht, der im Stundenplan steht, auch tatsächlich gehalten wird. Deshalb sage ich: Im gesamten Schulsystem sind die Schulen für mich das Wichtigste und an den Schulen ist das Wichtigste, dass der Unterricht tatsächlich stattfindet.

(Dr. André Hahn, PDS: Da können Sie doch unserem Antrag zustimmen!)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Ja, bitte.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte.

Torsten Herbst, FDP: Herr Staatsminister, könnten Sie mir kurz erläutern, auf welcher Datenbasis die offizielle Erhebung des Stundenausfalls an den Grundschulen erfolgt, weil das anders ist als beispielsweise bei den Mittelschulen, bei denen der Rechnungshof kritisiert hat, dass vom Schuljahresbeginn quasi auf das gesamte Jahr hochgerechnet wird, obwohl bekannt ist, dass der Unterrichtsausfall zu Beginn des Schuljahres deutlich geringer ist?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Herr Abgeordneter, ich kann es Ihnen nicht erklären, weil ich mich noch nicht näher damit befasst habe. Vom Kollegen Colditz ist aber erwähnt worden, dass ausgerechnet im

Grundschulbereich laut Statistik der Unterrichtsausfall das geringste Problem darstellt. Mir ist auch bekannt – aber auch damit habe ich mich noch nicht näher befassen können –, dass der Rechnungshof zu anderen Ergebnissen kommt. Deshalb sage ich vorläufig: Das kann alles sein. Aus den Briefen, die ich bekomme, geht hervor, dass der Unterrichtsausfall größer zu sein scheint, als zunächst aus der Statistik hervorgeht. Woran das liegt, will ich einfach offen lassen, weil ich glaube, dass das insgesamt auch eher zweitrangig ist. Auch die Unterscheidung nach planmäßigem und außerplanmäßigem Unterrichtsausfall wird die besorgten Eltern im Land gar nicht so sehr interessieren. Sie wollen nämlich konkret, dass möglichst wenig Unterricht ausfällt. Das muss deshalb das Ziel sein. Bisher ist es eben auch so, dass die Regionalschulämter die Aufgabe haben, in der Organisation alles dafür zu tun, dass wir diesem Ziel möglichst jedes Jahr ein Stück näher kommen und uns nicht etwa von ihm entfernen.

Ich denke schon – auch das will ich nur andeuten –, dass es dafür bessere Organisationsmöglichkeiten gibt. Ich habe mir neulich die Versuche erklären lassen, die mit einer Budgetierung an Gymnasien hier in der Region gemacht worden sind. Das war doch sehr viel versprechend. Ich glaube, wenn die offenen Fragen im Haus geklärt sind, werden wir den Versuch einer Budgetierung unternehmen. Damit wird die Verantwortung der Schule deutlicher. Wir werden also der Schule für einen überschaubaren Zeitraum Lehrer zur Verfügung stellen. Die Schulen werden dann selbst dafür verantwortlich sein, den Unterrichtsausfall möglichst gering zu halten. Mir scheint, dass das sicherlich Erfolg versprechender ist als der Versuch, eine zentrale Steuerung vorzunehmen. Aber es kann auch sein – das sage ich, weil es hier vereinzelt Beifall dazu gibt –, dass ein solches System andere Nachteile mit sich bringt. Das müssen wir uns genauer anschauen.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Herr Staatsminister, es gibt den Wunsch nach einer weiteren Zwischenfrage.

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Ja, bitte schön.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Bitte.

Cornelia Falken, PDS: Herr Staatsminister, ich möchte gern auf unseren Antrag zurückkommen und dazu eine ganz konkrete Frage stellen; denn wir haben von Ihnen jetzt schon viel Allgemeines gehört. Wir haben gehört, dass der Haushalt mit den zusätzlichen Stellen, die darin fixiert sind, erst im kommenden Schuljahr greift. Wie die Stellen wirklich fixiert sind, werden wir uns anschauen, wenn wir den Haushaltsplan in der Hand haben.

Für mich ist die klare Frage an Sie: Wie sichern Sie im zweiten Halbjahr dieses Schuljahres im Grundschulbereich den Unterricht ab vor dem Hintergrund, dass es bis jetzt schon nicht reicht und dass im zweiten Halbjahr in Größenordnungen Kollegen ausscheiden, die zurzeit richtig im Unterricht sind?

Steffen Flath, Staatsminister für Kultus: Zunächst möchte ich den Vorwurf, nur allgemein gesprochen zu haben, zurückweisen.

(Dr. André Hahn, PDS:
Das war eine klare Frage!)

Sie hätten es nämlich auch konkreter machen können. Wenn Sie in Ihrem Antrag behaupten, dass die Unterrichtsversorgung gefährdet sei, hätten Sie auch eine Schule ganz konkret ansprechen können, denn dann könnten wir der Sache nachgehen. Ihr Antrag hat für mich eine neue Qualität. Zumindest war ich es bisher nicht gewöhnt, dass ein Zeitungsartikel Anlass für einen Antrag ist. Darüber lässt sich dann unheimlich schwer sprechen.

(Dr. André Hahn, PDS:
Ein Brief einer Behörde!)

– Den Brief hatte ich ja zugegeben. Das ist ja inzwischen, denke ich, auch günstiger gelöst worden.

Jetzt zu der Frage nach dem zweiten Halbjahr: Es ist in der Tat so, dass ich ein Mehr an Stellen erst ab 1. August zur Verfügung habe. Dessen war sich auch die Koalition bewusst und so haben wir das auch im Haushaltsplan eingestellt. Das heißt, wir müssen in diesem Halbjahr ganz einfach mit den Ressourcen, die uns zur Verfügung stehen, auskommen. Im Übrigen hat auch eine Oppositionspartei zugegeben, dass das Problem wohl im Moment nicht mehr so groß ist, wie es im Dezember war.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf Folgendes hinweisen: Das Problem, dass Krankheiten zu bestimmten Zeiten gehäuft auftreten, werden wir wahrscheinlich auch künftig haben. Wir streben an, organisatorisch eine Möglichkeit zu finden, dafür immer auch einen Pool zur Verfügung zu haben, um so etwas auszugleichen. Ob es tatsächlich gelingt, wissen wir noch nicht.

Aber um zusammenfassend noch einmal auf Ihren Antrag einzugehen: Ich glaube, der Druck auf die Staatsregierung ist überhaupt nicht notwendig. Der Erörterungstermin wird am 8. Februar stattfinden. Danach hoffe ich auf zügige Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich frage, ob es in der allgemeinen Aussprache noch Redebedarf gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann erhält die PDS das Wort zum Schlusswort. Herr Abg. Dr. Hahn.

Dr. André Hahn, PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Staatsminister! Wenn Sie eben gesagt haben, Ihr vordringlichstes Ziel sei, den vorgesehenen Unterricht zu sichern und Unterrichtsausfall zu verhindern, dann müssten Sie eigentlich dem vorliegenden Antrag der PDS-Fraktion zustimmen. Anders kann ich Ihre Aussage nicht verstehen.

Herr Flath, wir haben Ihnen bei Amtsantritt zugesichert, dass Sie auch im neuen Amt die 100-Tage-Schonfrist haben sollen. Deshalb will ich nicht ins Detail gehen. Aber eines möchte ich doch sagen: Mit Ihren Ankün-

digungen von 7 500 Lehrerentlassungen, der Schließung von weiteren mehr als 100 Schulen und der Aussage, dass es in Sachsen überhaupt keine dünn besiedelten Gebiete für Ausnahmegenehmigungen gebe, haben Sie einen glatten Fehlstart hingelegt. Das will ich Ihnen schon zu Beginn sagen.

Ich hätte mich im Übrigen gefreut, wenn Sie sich hier für den Brief des Regionalschulamtes Dresden entschuldigt hätten. Er war der Anlass für diesen Antrag. In diesem Brief einer nachgeordneten Behörde des Kultusministeriums standen Dinge, die das Parlament nicht hinnehmen kann. Das war der Grund, warum wir das im Landtag thematisiert haben.

Herr Colditz, wenn Sie zum wiederholten Male vom dritten Platz Sachsens sprechen, dann muss ich wiederholt antworten. Deutschland liegt bei „Pisa“ im hinteren Mittelfeld, ist also international unteres Mittelmaß. Da dürfen wir uns mit dem dritten Platz in der innerdeutschen Rangliste nicht zufrieden geben. Die PDS jedenfalls tut dies nicht. Im Übrigen hat das auch die SPD bisher nicht getan.

Dass sich unser Antrag mit den Grundschulen befasst, hat natürlich damit zu tun, dass hier die Probleme am größten sind und dass durch diese Probleme die Schaffung der Grundlagen für das gesamte weitere Leben der Schüler akut gefährdet ist.

Zum tatsächlichen Unterrichtsausfall und der Statistik hat Kollege Herbst das Notwendige gesagt.

Der vorliegende Antrag ist ein Musterbeispiel dafür, wie die Regierung und auch die Koalition mit vernünftigen Anträgen der Opposition umgehen. Wir haben diesen Antrag im Dezember gestellt. Da haben Sie die Dringlichkeit abgelehnt. Es sei nicht notwendig, darüber zu reden. Eigentlich gebe es auch keine Probleme. Nachdem der PDS-Antrag abgebügelt war, begann eine hektische Betriebsamkeit im Kultusministerium. Man versuchte wenigstens einen Teil der Probleme zu korrigieren, damit es nicht gar so schlimm wird, wenn wir hier darüber sprechen. Das ist lobenswert. Aber das ist eigentlich nur aufgrund des PDS-Antrages passiert. Dadurch sind Sie zum Handeln gezwungen worden.

Im Übrigen gab es auch im Schulausschuss den Antrag zur Neuverhandlung der Teilzeitvereinbarung. Hier liegt der gleiche Fall vor. Wir müssen Sie zum Jagen tragen. Wir tun das, weil es notwendig ist. Der Antrag ist im Schulausschuss mit neun zu elf Stimmen sehr, sehr knapp gescheitert.

Wir haben heute gemeinsam die Chance, mit der Annahme des PDS-Antrages die Grundlagen dafür zu schaffen, dass an den Grundschulen erfolgreicher Unterricht geleistet wird. Deshalb bitte ich Sie abschließend: Stimmen Sie dem PDS-Antrag zu und tun Sie damit den jüngsten Schulkindern in Sachsen einen guten Dienst.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der PDS und der
Abg. Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Meine Damen und Herren! Zu dem Antrag Drucksache 4/0301 gibt es einen Änderungsantrag der FDP-Fraktion in der Ihnen ausge-

reichten Drucksache 4/0585. Ich frage die FDP-Fraktion, ob sie ihn einbringen möchte.

Torsten Herbst, FDP: Ich glaube, im Redebeitrag bin ich darauf eingegangen. Deshalb verzichte ich hier auf eine weitere Begründung.

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Ich danke Ihnen und frage die Fraktionen, ob es dazu Redebedarf gibt. – Für die PDS-Fraktion Herr Prof. Dr. Porsch.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gegen diesen Änderungsantrag sprechen.

Herr Herbst, es gibt jede Menge Gesetze und Verordnungen, die nur Zielstellungen beinhalten, obwohl sie normierende Texte sind. Nehmen Sie einmal die Straßenverkehrsordnung mit den dort formulierten Geschwindigkeitsbeschränkungen und Parkverboten und dann gehen Sie hinaus auf die Straße.

Der Antrag selbst zeugt davon, wie gefährlich Unterrichtsausfall ist, ob planmäßig oder anders bedingt.

Es muss beim Antragsteller Unterricht ausgefallen sein, und zwar erstens in Grammatik. Denn sonst hätten Sie hier den Dativ und nicht den Akkusativ verwendet. Der Satz müsste in Ihrer Änderung heißen, dass es nicht zu geplantem Unterrichtsausfall kommt. Dann wäre er grammatisch richtig.

Es muss zweitens auch Wortschatzarbeit bei Ihnen ausgefallen sein, denn sonst wüssten Sie, dass es in bestimmten Bereichen Terminologien gibt, die dafür sorgen, dass die Aussagen eindeutig sind. In dem Bereich haben wir einen Terminus, der heißt planmäßiger Unterrichtsausfall. Also müsste der Satz terminologisch berichtigt heißen, dass es nicht zu planmäßigem Unterrichtsausfall kommt.

(Zuruf des Abg. Torsten Herbst, FDP)

Jetzt ist der Satz lexikalisch und grammatisch richtig.

Es muss aber drittens auch Stilistik bei Ihnen ausgefallen sein. Denn dass es nicht zu planmäßigem Unterrichtsausfall kommt, ist zwar grammatisch in Ordnung, aber stilistisch ist es wesentlich eleganter, dass es zu keinem planmäßigen Unterrichtsausfall kommt. Da hätten Sie übrigens Ihr „n“ wieder gerettet.

Ziehen Sie den Antrag zurück! Unterrichtsausfall ist immer schädlich. Wir müssen uns das Ziel stellen, ihn generell abzuschaffen.

(Beifall bei der PDS und der
Abg. Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es aus anderen Fraktionen noch Redebedarf dazu? – Das kann ich nicht erkennen. Dann kommen wir zunächst zur Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion, Drucksache 4/0585. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen – Gibt es Gegenstimmen? – Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei einigen Zustimmungen und Stimmenthaltungen ist dieser Änderungsantrag von der Mehrheit abgelehnt worden.

Nun bringen wir den ursprünglich eingebrachten Antrag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/0301, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen? – Danke. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen und Stimmen dafür ist dieser Antrag dennoch abgelehnt worden.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 beendet.

Meine Damen und Herren! Es ist jetzt gleich 13:00 Uhr. Ich schlage Ihnen vor, dass wir die Tagesordnung für die Mittagspause unterbrechen und uns 14:00 Uhr wieder hier einfinden.

(Unterbrechung von 12:56 Uhr bis 14:01 Uhr)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

– Aufrechterhaltung der GA-Wirtschaftsförderung

Drucksache 4/0468, Antrag der Fraktion der FDP

– Gewährleistung einer zielgerichteten GA-Wirtschaftsförderung

Drucksache 4/0357, Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD

Hierzu können die Fraktionen wieder Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: FDP, CDU, Herr Staatsminister Jurk hat um das Wort gebeten, PDS, NPD und DIE GRÜNEN. Ich erteile nun der einreichenden Fraktion das Wort. Die FDP-Fraktion, bitte. Herr Abg. Dr. Schmalfuß, bitte.

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die GA-Förderung ist das wichtigste Förderinstrument zur Unterstützung der Finanzierung von Investitionen im Freistaat Sachsen. Eine Unterscheidung der GA-Förderung ist zum einen in

die Investitionszulage sowie in den GA-Zuschuss möglich. Sie wissen, bei der Investitionszulage haben Sie einen Rechtsanspruch, der über das Finanzamt ausgeübt wird, und zwar ein Jahr, nachdem die Investition abgeschlossen ist. Beim GA-Zuschuss – das ist das Thema, über das wir heute sprechen – gibt es keinen Rechtsanspruch. Sie können den GA-Zuschuss über die Sächsische Aufbaubank beantragen.

Ich möchte zum Ersten eine kurze Bestandsaufnahme zur bisherigen Förderpraxis der GA-Förderung bringen. Wir haben eine Verringerung der GA-Förderung. Im Haushaltsjahr 1997 standen noch 982 Millionen Euro,

davon für die einzelbetriebliche Investitionsförderung 553 Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben eine starke Verringerung. Im Jahr 2003 standen nur noch 399 Millionen Euro zur Verfügung, dafür für die einzelbetriebliche Förderung 321 Millionen Euro. Noch dramatischer ist es beim Zuschussvolumen für kleine und mittelständische Unternehmen gemäß EU-Definition 96 280 EG, das heißt, Unternehmen, die weniger als 250 Beschäftigte haben und nicht Tochtergesellschaften von größeren Konzerngesellschaften sind. Im Haushaltsjahr 1997 betrug das Zuschussvolumen, das, was beim Mittelstand angekommen ist, lediglich 52 %, umfasste aber 90 % aller Bewilligungen. Noch dramatischer sah es im Jahr 2001 aus. Hier erhielt der sächsische Mittelstand nur 38 % des gesamten Zuschussvolumens, aber 92 % aller Bewilligungen. Im Haushaltsjahr 2003 ist es etwas angestiegen auf 60 % und umfasste 93 % aller Bewilligungen.

Wenn wir uns die Zahlen ansehen, erkennen wir, dass in der Vergangenheit eigentlich der Mittelstand und die sächsische Wirtschaft überwiegend mittelständisch geprägt sind. Wir haben es mit kleinen Unternehmen zu tun, das heißt, Größenklassen von 50, 100, 150 Mitarbeitern. Dass diese teilweise weniger als 50 % des gesamten GA-Fördervolumens erhalten haben, ist, glaube ich, eine Benachteiligung kleiner und mittelständischer Unternehmen des Freistaates Sachsen.

Wie ist denn der aktuelle Stand der GA-Förderung? Neue Verpflichtungsermächtigungen für künftige Haushaltsjahre mit Fälligkeit 2005 bis 2007 stehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zur Verfügung. Verpflichtungsermächtigung – um den Sachverhalt einmal darzustellen – bedeutet, dass die Sächsische Aufbaubank, wenn sie Verpflichtungsermächtigungen hat, GA-Förderanträge genehmigen kann. Verpflichtungsermächtigungen aus den Vorjahren sind bereits vollständig durch entsprechende Förderzusagen aus der Vergangenheit gebunden. Für das Haushaltsjahr 2005 sind 309 Millionen Euro gebunden, für das Haushaltsjahr 2006 232 Millionen Euro und für das Haushaltsjahr 2007 102 Millionen Euro.

Eine Feststellung, die wir hier treffen können, ist, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein finanzieller Rahmen für weitere Bewilligungen im Rahmen der GA-Förderung vorhanden ist. Wir haben einen Stau von vorhandenen Anträgen auf GA-Förderung bei der Sächsischen Aufbaubank. Zum 1.1.2004 waren das 747 GA-Fördermittelanträge. Hier gebe ich meinem Kollegen Lämmel Recht, wenn er in der „Freien Presse“ vom 19. Januar 2005 berichtet: „Leere Programme machen keinen Sinn.“ Es sind einfach für GA-Förderung keine finanziellen Mittel mehr da. In der heutigen „Freien Presse“ wird berichtet, dass bei der Sächsischen Aufbaubank aktuell zum 1.1.2005 680 GA-Fördermittelanträge mit einem Volumen von 380 Millionen Euro nicht befürwortet worden sind. Meine Damen, meine Herren! Das sind Investitionen, die der Mittelstand im Freistaat Sachsen umsetzen will, um wachsen zu können. Wir haben einen Riesenstau, eine Antragsflut, und wir haben eine Verhinderung von Investitionen.

Was sind die Gründe für die eingetretene Situation? Im Haushaltsjahr 2001 erfolgte eine Entnahme von 279 Millionen Euro aus der einzelbetrieblichen Investitionsförderung, die überwiegend zur Sanierung maroder Abwas-

serzweckverbände eingesetzt wurde. Darüber hinaus erfolgte in diesem Zusammenhang eine 50-prozentige Kürzung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung. Wir hatten ursprünglich 360 Millionen Euro; 279 Millionen Euro sind zweckentfremdet verwandt worden. Es verblieben 351 Millionen Euro für die aktuelle Strukturfondsperiode.

Zur verständlichen Darstellung der Mittelverwendung des Europäischen Strukturfonds: Wir haben für die Strukturfondsperiode 2000 bis 2006 rund 5 Milliarden Euro zur Verfügung, davon werden aber lediglich 10 % dieser Strukturfondsmittel für die einzelbetriebliche Investitionsförderung verwandt. Ich will das einmal kurz aufstripfen:

- für den Europäischen Sozialfonds, für Arbeitsmarkt rund eine Milliarde Euro
- für EAGFL ländlicher Raum 700 Millionen Euro
- für EFRE Investition F + E Infrastruktur 3 Milliarden Euro; diese 3 Milliarden Euro splitten sich wieder auf für Infrastruktur 1,3 Milliarden Euro, für Umweltschutz 0,74 Milliarden Euro, für die gewerbliche Wirtschaft 0,9 Milliarden Euro, davon nur für die Investitionsförderung, also für unsere GA-Förderung, 350 Millionen Euro.

Am 21. Dezember 2004 fasste ein GFK-Begleitausschuss – für diejenigen, die nicht wissen, was GFK heißt: Gemeinschaftliches Förderkonzept – den Beschluss, aus dem EFRE-Fonds und dem ESF Mittel zugunsten der einzelbetrieblichen Investitionsförderung umzuschichten. Hier frage ich mich, warum man nur 224 Millionen Euro umgeschichtet hat, obwohl die Deckungslücke wesentlich größer ist.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Tino Günther, FDP: Wie hoch ist denn die aktuelle Deckungslücke?

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Wir gehen davon aus, dass die Deckungslücke in der aktuellen Strukturfondsperiode, also in den Jahren 2005 bis einschließlich 2006, mehr als 500 Millionen Euro beträgt.

Wie soll denn die zukünftige GA-Förderung strukturiert werden? Wir schlagen Ihnen dazu ein Zweisäulenmodell vor, das wie folgt aussehen könnte: Die eine Säule – hier möchten wir die Errichtung eines eigenen Haushaltstitels, eines so genannten Leertitels für größere Neuansiedlungen und Großinvestitionsprojekte mit einem Zuschussvolumen von größer fünf Millionen Euro. Die zweite Säule ist die Nutzung der ursprünglichen GA-Förderung zur kontinuierlichen Bewirtschaftung und Bewilligung von GA-Förderanträgen von Unternehmen mit Betriebsstätte in Sachsen und Neuansiedlungen mit einem Volumen kleiner fünf Millionen Euro. Als dritten Punkt – das war schon im Antrag der CDU-/SPD-Koalition enthalten – ist eine wesentlich größere Steigerung des Förderrahmens für Neubewilligungen erforderlich – denn derzeit haben wir keinen Förderrahmen dafür – durch eine stärkere Umschichtung innerhalb des vorhandenen EU-Strukturfonds. Es kann nicht sein, dass weniger als 10 % der zur Verfügung stehenden Mittel für die Investitionsförderung ausgegeben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir bitten Sie, dem Antrag der FDP-Fraktion zuzustimmen, damit der sächsische Mittelstand erstens Planungssicherheit, zweitens Verlässlichkeit und drittens Kalkulierbarkeit hinsichtlich der GA-Förderung in der aktuellen Strukturfondsperiode erhält.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die CDU-Fraktion, bitte; Herr Abg. Petzold.

Jürgen Petzold, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wolfgang Heinze, seines Zeichens Präsident der Vereinigung Sächsischer Wirtschaft, selbst gestandener Mittelständler, sagte vorgestern zum Empfang des VSW zwei unbestrittene Tatsachen:

1. Die sächsische Wirtschaft ist unbeirrt auf Wachstumskurs. Das verarbeitende Gewerbe nimmt mit hohen, teilweise zweistelligen Zuwachsraten die Spitzenreiterrolle unter allen Bundesländern ein.

2. Die Zuschüsse der GA, Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur, sind das Instrument der Wirtschaftsförderung und müssen auf möglichst hohem Niveau weiter an unsere Unternehmen fließen. Der Freistaat hat diese Mittel – sei an dieser Stelle eingefügt – besser eingesetzt als andere Regionen. Damit konnten weit über 40 Milliarden Euro an privaten Investitionen getätigt und weit über 450 000 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. erhalten werden. Größere Flops oder Investruinen wie in anderen Bundesländern hat sich Sachsen nicht geleistet – auch dank einer fundierten Begleitung durch SMWA und SAB.

Die im Vergleich zu unseren Europäischen Mitbewerbern, besonders aus den Beitrittsländern, teilweise beträchtlich niedrigeren Lohnstückkosten hindern ausländische Investoren nicht daran, bei uns ihre Zelte aufzuschlagen oder aufschlagen zu wollen. Ein Grund dafür sind die attraktiven Investitionsbedingungen, sprich: GA-Zuschüsse und Investitionszulagen; mein Vorredner hat es bereits angesprochen.

Genauso notwendig brauchen unsere ansässigen sächsischen Unternehmen für Wachstum und Beschäftigung diese Beihilfen. Ihr Kapitalstock ist einfach zu gering, um aus eigenen Kräften Investitionen in der von uns allen gewünschten Größenordnung zu stemmen. Natürlich müssen wir auch über alternative Finanzierungsinstrumente nachdenken – das sei nur am Rande bemerkt.

Lassen Sie mich bitte zwei Bemerkungen entgegentreten, die durch ständige Wiederholungen nicht richtiger werden. Eine hat mein Vorredner noch einmal genannt, und zwar, bei der GA-Förderung würden im Freistaat a) bestimmte Regionen und b) kleine und mittelständische Unternehmen benachteiligt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Jeder genehmigungsfähige Antrag würde und wird, wie ich denke, auch künftig zur Bewilligung gebracht. Entsprechend den Indikatoren im jeweiligen Rahmenplan zur GA genießen

Investitionen in strukturschwachen Regionen erste Förderpriorität mit Höchstfördersätzen. Und schließlich: Der Anteil der kleinen und mittelständischen Unternehmen an der Bewilligungsanzahl lag 2003 bei 93 %, der Anteil am Zuschussvolumen bei 60 %.

Die immer zügig erfolgte Abarbeitung der Anträge hat sich im Laufe des letzten Jahres tatsächlich verzögert. Die Ursachen liegen aber beileibe nicht auf dem Tisch der Staatsregierung. Leider sind im Bundeshaushalt immer weniger GA-Mittel eingestellt worden. Aufgrund der Umverteilung von 100 Millionen Euro Anfang 2004 in die alten Bundesländer verringerte sich der Bewilligungsrahmen für Sachsen noch weiter. Vom Bund ausgesprochene Haushaltssperren erschwerten die Situation zusätzlich.

Der Freistaat hat demgegenüber alle zur Verfügung stehenden Mittel kofinanziert. Von anderen Bundesländern nicht abgerufene Mittel – sei es aufgrund fehlender Finanzen oder fehlender Investoren – wurden vom Bund eingeworben, kofinanziert und den Unternehmen auch sofort ausgezahlt.

Die im Dezember 2004 durch sächsische Kofinanzierung auf 87 Millionen Euro aufgestockten GA-Mittel wurden unverzüglich an kleine und mittelständische Unternehmen – an kleinere Unternehmen – ausgereicht; ich denke, das war eine richtige Entscheidung der Staatsregierung, wurde doch damit die Anzahl der nicht bewilligten Anträge wesentlich reduziert.

Wir sind uns einig, Herr Dr. Schmalfuß: Die zügige Abarbeitung der noch nicht realisierten Anträge ist eine Aufgabe von höchster Priorität. Schließlich wartet der Kunde nicht; er verlangt pünktliche und vertragstreue Zulieferungen. Demzufolge müssen Gebäude hingestellt, Maschinen und Anlagen gekauft werden.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Jürgen Petzold, CDU: Gerne.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Dr. Schmalfuß, bitte.

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Aus welchen finanziellen Mitteln sollen die vorhandenen Anträge finanziert werden, die bei der Sächsischen Aufbaubank liegen?

Jürgen Petzold, CDU: Ich komme noch dazu.

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Wir haben seit 1997 durchschnittlich etwa 800 bis 900 unbearbeitete Anträge bei der Sächsischen Aufbaubank liegen.

Jürgen Petzold, CDU: Herr Dr. Schmalfuß, der Antragsstau hat sich erst im letzten Jahr ergeben aufgrund einer gottlob ungebrochenen Investitionsneigung der sächsischen Unternehmen und weil es zwei Finanzierungsquellen gibt – das eine sind die Strukturfonds und das andere sind die Zuweisungen vom Bund, die kofinan-

ziert werden. – Ich komme noch darauf; ich bitte um etwas Geduld und Verständnis.

(Dr. Andreas Schmalfuß, FDP,
steht zu einer weiteren Nachfrage am Mikrofon.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Sie gestatten jetzt keine Zwischenfrage?

Jürgen Petzold, CDU: Im Moment gestatte ich keine Zwischenfrage; ich möchte meine Ausführungen erst einmal zu Ende bringen.

Ein wesentlicher Baustein der Gesamtfinanzierung ist der GA-Zuschuss. Wird er über längere Zeit nicht ausgereicht, müssen zwangsläufig teure Zwischenkredite aufgenommen werden, mit denen vor allem unsere Mittelständler bei neuen Investitionen von vornherein in eine missliche Lage kommen.

Folgende Lösungsansätze sehen wir: Erstens dürfen wir nicht nachlassen, den Bund aufzufordern, die GA-Mittel deutlich anzuheben. Er ist als Erster in der Pflicht, damit zu einem schlussendlich selbsttragenden Aufschwung im Osten beizutragen. Zweitens: In den anstehenden Haushaltsberatungen, in der Beschlussfassung und auch im Haushaltsvollzug sind alle Spielräume für die einzelbetriebliche Investförderung auszunutzen. Ein Kernpunkt dabei ist die Umschichtung der EU-Strukturfonds zugunsten der Förderung produktiver Investitionen. Wir begrüßen den Anfang Dezember in Brüssel von der Staatsregierung gestellten Änderungsantrag zum operationellen Programm, bei dem durch Umschichtung aus dem ESF und Verschiebungen innerhalb eines anderen Strukturfonds, von EFRE, 224,4 Millionen Euro für die einzelbetriebliche Förderung frei wären. Wir bitten die Staatsregierung um hartnäckige Einflussnahme, damit der Antrag sobald wie möglich genehmigt wird. Auch sollten wir Spielräume zu weiteren Umschichtungen nicht aus den Augen verlieren.

(Beifall des Abg. Heinz Lehmann, CDU)

Wichtig ist es, dass nunmehr eine möglichst schnelle Lösung zur Abfinanzierung der bereits seit längerem vorliegenden Anträge gefunden wird. Unsere Unternehmen benötigen Planungssicherheit bei ihren Entscheidungen. Wir werden uns auch damit beschäftigen müssen, wie im Rahmen der maximal möglichen Finanzierung die Förderrichtlinien so angepasst werden, dass eine kontinuierliche und zeitnahe Abarbeitung der künftigen Anträge sichergestellt wird. Dabei sollten keine Brancheneinschränkungen erfolgen, so dass weiter alle Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes und der produktionsnahen Dienstleistungen auch förderbar sind. Maßstab muss ein Maximum an Beschäftigung und Wachstum sein.

Mit der Annahme und Umsetzung unseres heutigen Antrages – der FDP-Antrag geht in dieselbe Richtung – ist das Land gut aufgestellt, unsere Unternehmen auf ihrem Weg wirkungsvoll zu flankieren.

(Beifall bei der CDU und
der Staatsregierung)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die SPD-Fraktion ist mir Herr Nolle angekündigt worden. – Gut, ich wollte nur die Koalition zusammenfassen, aber wenn es so gewünscht wird, dann spricht als Nächster Herr Staatsminister Jurk.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Das war ein Missverständnis!)

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Nein, es gibt keine Missverständnisse, Kollege Porsch.

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! – Herr Porsch, vielleicht hören Sie zu, dann erübrigen sich die Missverständnisse, die Sie in Ihrer Fraktion offensichtlich haben. Ich will einmal darauf hinweisen, dass wir vielleicht auch noch die neue Geschäftsordnung ausprobieren, und wenn ich mir gerade anschau, dass die FDP einen Wunsch hatte nach einem Bericht der Staatsregierung und ich der zuständige Minister bin, so wollte ich ursprünglich erst einmal den Bericht geben, denn so sieht auch Ihr Antrag aus. Sie haben natürlich viele Antworten versucht vorwegzunehmen. Ich freue mich darüber, dass Sie schon auf Details eingegangen sind, aber ich glaube schon, dass es doch nur Sinn macht, dass die antragstellende Fraktion ihren Antrag vorstellt, dass der Bericht erstattet wird, weil wir ein neues Verfahren wählen, das nämlich darin besteht, dass bereits jetzt darüber gesprochen werden kann, ohne die Stellungnahme der Staatsregierung abzuwarten. Anschließend kann über den Bericht debattiert werden. Das ist meine Auffassung, wie wir mit diesem Instrument sinnvollerweise umgehen.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bereits über die Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur – bekannt als GA – als wichtigstes Instrument für die regionale Wirtschaftsförderung gesprochen worden. Mit diesem Förderprogramm können wir direkt die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Unternehmen unterstützen. Umso wichtiger ist es, dass wir im Jahr 2005 kontinuierlich fördern können. Davon, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehe ich aus. Klar ist dabei allerdings auch, dass dies bei einer insgesamt geringeren Mittelausstattung und einer erfreulicherweise weiter anhaltenden regen Investitionstätigkeit der Unternehmen eine zunehmende Schwerpunktsetzung erfordern wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie ist die Situation im Moment? Da wir noch keinen beschlossenen Haushalt 2005/2006, sondern eine vorläufige Haushaltsführung haben, können wir derzeit keine Bewilligungen vornehmen. Hier hindert uns die Sächsische Verfassung daran, der Entscheidung des parlamentarischen Gesetzgebers durch das Eingehen von Rechtsverpflichtungen während dieses Interimszeitraums vorzugreifen. Dies haben wir also zu respektieren. Die Antragsbearbeitung bei der SAB geht dennoch normal weiter. Mehr als 50 Fälle sind seit Jahresbeginn schon bewilligungsfähig und können unmittelbar nach Verabschiedung des Haushaltes 2005/2006 beschieden werden.

Für die Situation im Jahr 2004 möchte ich klarstellen:

1. Dass die Mittelausstattung bei der GA-Förderung bei nach wie vor reger Investitionstätigkeit der Unternehmen seit Jahren sinkt, ist nichts Neues, aber bedauerlich. Sachsen hat bereits 1992 mit eigenen Prioritäten auf derartige Entwicklungen reagiert. Seit Anfang Januar 2004 sind Anpassungen der Förderrichtlinie für die gewerbliche GA-Förderung in Kraft getreten, die weitere erhebliche Änderungen beinhalteten. So werden seitdem nur noch Investitionsvorhaben gefördert, bei denen neue Arbeitsplätze entstehen. Gleichzeitig wurden die Kapazitätsgrenzen für förderfähige Kosten bei Erweiterungsinvestitionen und grundlegenden Rationalisierungen deutlich abgesenkt. Ziel dieser Änderungen war, die Förderung noch stärker auf das Wesentliche, nämlich auf neue Arbeitsplätze, zu konzentrieren.

2. Zur Erinnerung. Nachdem mit dem Bundeshaushaltsplan 2004 erstmals den westdeutschen Ländern keine GA-Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden sollten, wurden im Februar 2004 100 Millionen Euro von den neuen Ländern an die alten umverteilt. Damit verringerte sich der Bewilligungsrahmen der ostdeutschen Länder von 700 Millionen Euro auf 600 Millionen Euro. Dies hatte für Sachsen zur Folge, dass sich die ursprünglich geplanten Bundesmittel um gut 25 Millionen Euro verringerten. Ebenfalls im Februar 2004 fiel die Entscheidung der Europäischen Kommission, die modifizierten staatlichen Beihilfen und damit die GA-Zuschüsse für die Investition der AMD Fab 36 in voller Höhe zu genehmigen.

3. Fast zeitgleich mit der Entscheidung zur Kürzung der GA-Mittel für die neuen Länder legte der Bund auf seinen GA-Anteil eine teilweise Haushaltssperre, die erst nach und nach gelockert wurde. Anfang März wurden von den 600 Millionen Euro 42,5 % und erst im Juli 2004 insgesamt 90 % der Mittel freigegeben. Ende November 2004 hat der Bund die restlichen Verpflichtungsermächtigungen entsperret, so dass der Freistaat zusätzliche Bewilligungen in Höhe von insgesamt 29 Millionen Euro mit Fälligkeit 2005 aussprechen konnte.

4. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie wissen, dass die Sächsische Staatsregierung aufgrund der geschilderten Lage mehrfach bei der Bundesregierung interveniert und gleichzeitig Bedarf an zusätzlichen Mitteln angemeldet hat. Ende des Jahres 2004 teilte die Bundesregierung daraufhin Sachsen zusätzliche Barmittel – das ist ja besonders wichtig, weil wir das auszahlen können – in Höhe von 43,5 Millionen Euro zu, die andere Länder nicht in Anspruch genommen hatten. Damit standen mit den zusätzlich vom Freistaat aufgebrauchten Kofinanzierungsmitteln nochmals insgesamt 87 Millionen Euro für Bewilligungen zur Verfügung, mit denen über 130 Investitionsvorhaben von – und das ist mir besonders wichtig – kleinen und mittleren Unternehmen und drei Vorhaben von größeren Unternehmen gefördert werden konnten.

Ich will die Gelegenheit auch nutzen, den Bundesministern Eichel und Clement, aber auch meinem Kollegen Finanzminister Metz für Bereitstellung der Mittel und Kofinanzierung durch den Freistaat zu danken. Dieses Geld hat zur Entspannung der Lage beigetragen. Allerdings wird damit die nach wie vor bestehende Diskrepanz zwischen dem Bewilligungsrahmen und dem

Bedarf jedoch nicht vollständig aufgelöst. Der Freistaat Sachsen hat im Dezember 2004 einen Änderungsantrag bei der Europäischen Kommission eingereicht, mit dem – es wurde bereits darauf hingewiesen – 224,4 Millionen Euro an EU-Mitteln aus dem EFRE- und ESF-Fonds zugunsten der Maßnahme „Förderung produktiver Investitionen“ umgeschichtet werden sollen. Dafür wurde der derzeit noch zur Verfügung stehende freie EU-Mittelrahmen maximal genutzt. Ich betone ausdrücklich, dass es ein freier Rahmen ist, und alle anderen Mittel – Sie haben es angesprochen – sind natürlich bereits gebunden. Ich stelle jetzt fest, dass wir mit dieser Erhöhung, was die Frage der einzelbetrieblichen Förderung anbelangt, 224 Millionen Euro mehr zur Verfügung haben können – ich hoffe, dass die EU notifiziert – und damit bei 625,59 Millionen Euro landen. Das heißt, 18,3 % aller EFRE-Mittel werden dann für die einzelbetriebliche Förderung zur Verfügung stehen.

Zur Herkunft des Geldes möchte ich sagen, dass die von mir genannten 224,4 Millionen Euro in Höhe von 153,3 Millionen Euro aus dem ESF und in Höhe von 71,1 Millionen Euro eben durch jene EFRE-interne Umschichtung erbracht werden. Die Hinweise der Europäischen Kommission zur Umschichtung innerhalb des EFRE sind mit dem Änderungsantrag aufgegriffen worden.

Auch im Jahr 2005 werden wir eine Reihe von Maßnahmen in Angriff nehmen müssen, um kontinuierlich fördern zu können und gleichzeitig die Haushaltslage zu entspannen. Auch künftig werden wir die für unsere sächsische Wirtschaft so wichtigen Ansiedlungen aus dem In- und Ausland mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln, vor allem aus der Gemeinschaftsaufgabe, maximal unterstützen. Gleichzeitig müssen wir auch die einheimische Wirtschaft bestmöglich bei ihren Investitionen begleiten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und insbesondere die Eigenkapitalbasis nachhaltig zu stärken. In diesem Spannungsfeld werden wir uns auch 2005 weiter bewegen, deshalb werden wir zusätzlich zu den Umschichtungen bei den EU-Strukturfonds erneut bei der Bundesregierung unseren Bedarf an zusätzlichen Mitteln anmelden. Gleichzeitig, und auch das möchte ich sagen, werden wir weiterhin die Schwerpunkte der GA-Förderung in Sachsen auf Basis des bereits Erreichten prüfen und gegebenenfalls neu ausrichten.

Ich habe mit Interesse den FDP-Antrag gelesen, der von uns einen detaillierten Bericht verlangt. Das wird auch noch einmal im Detail erfolgen, denn nicht alles kann man in zehn Minuten Redezeit darstellen. Ich will nur auf einen Punkt eingehen. Wir sollten bei den Haushaltsverhandlungen darüber sprechen, ob wir Ihrem Anliegen nicht folgen sollten, und uns verständigen, dass insbesondere bei großen Investitionen über 5 Millionen Euro ein neuer Titel eingefügt wird. Ich weise allerdings gleichzeitig darauf hin, dass ich mich umgehört habe. Die FDP stellt ja in Sachsen-Anhalt den Wirtschaftsminister, meinen geschätzten Kollegen Rehberger. Einen solchen Titel gibt es in Sachsen-Anhalt übrigens nicht. Vielleicht liegt es aber auch daran, das will ich ausdrücklich bekräftigen, dass wir erfreulicherweise Großinvestitionsvorhaben wie DHL, BMW, AMD haben, die natürlich

sehr, sehr viel Geld kosten. Das bringen wir aber gern auf, weil wir uns Effekte für die Zulieferindustrie und damit verbunden für kleine und mittelständische Unternehmen in Sachsen versprechen. Deshalb sollte man nicht das eine tun und das andere lassen, sondern beide sollten unterstützt werden. Insofern lassen Sie uns bei den Haushaltsberatungen noch einmal darauf eingehen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Möchte die SPD-Fraktion jetzt sprechen? – Herr Abg. Nolle, bitte.

Karl Nolle, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren der demokratischen Parteien!

(Vereinzelt demonstrativer Beifall bei der NPD)

Jeder, der ein Unternehmen führt, weiß, wie unverzichtbar wichtig dieses Instrument der GA gerade für unsere mittelständischen Unternehmen im produzierenden Gewerbe, aber auch für die regionale Wirtschaftsförderung überhaupt ist. Fakt ist, der Bund hat seinen Teil der Mittel für die GA verringert, wohl nicht ganz verwunderlich bei der bekannten Haushaltslage. Fakt ist weiterhin, dass ein Großteil der GA-Mittel – wie heißt das – „durch in den Vorjahren eingegangene Verpflichtungen vollständig gebunden sind.“ Das sind, wie wir wissen, meine Damen und Herren, vor allem AMD und DHL in Sachsen.

Herr Kollege Lämmel, Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU, ich verrate Ihnen jetzt mal ein Geheimnis. Als Thomas Jurk noch davon träumte, einmal die Geschicke des Wirtschaftsstandortes Sachsen zu lenken, hatten Georg und Martin schon Festlegungen getroffen, die uns bis in die nächsten Jahre hinein binden. Das sollten Sie der Ehrlichkeit halber mit uns zusammen feststellen.

Glücklicherweise sind andere Bundesländer weder so fleißig und noch weniger erfolgreich beim Ankurbeln ihrer Wirtschaft. So konnten unsere guten Argumente die Berliner überzeugen und Sachsens neuer Wirtschaftsminister erhielt Ende 2004 vom Bund zusätzliche Barmittel von mehr als 43 Millionen Euro, die andere Länder nicht in Anspruch genommen hatten. Der Freistaat griff daraufhin tief in die eigene Tasche und legte Kofinanzierungsmittel in gleicher Höhe auf den Tisch. Das macht summa summarum 87 Millionen Euro, kein Grund zum Übermut – das gebe ich zu –, aber manchem sein Ganzes.

Über notwendige Umschichtungen innerhalb des EU-Strukturfonds wurde bereits lange vor dem Tag diskutiert, an dem Herr Kollege Zastrow seine Unterschrift unter den Antrag 4/0468 setzte. Der Vorwurf der FDP, es sei nicht oder nicht entschlossen genug gehandelt worden, greift folglich ins Leere und kann Thomas Jurk schon lange nicht meinen.

(Beifall bei der SPD)

Dessen ungeachtet hat die FDP eine fachlich fundierte Vorlage auf den Tisch gelegt. Das muss man schon sagen. Auch wir sind dafür, dass der Förderrahmen für Neubewilligungen durch Umschichtungen innerhalb des

EU-Strukturfonds erhöht wird. Wir haben im Grundsatz keine Probleme mit dem FDP-Antrag.

Ich möchte an dieser Stelle bei aller Wertschätzung für die fachliche Arbeit aber anmerken, dass diesem Antrag aus den Reihen der FDP natürlich ein typischer Antagonismus innewohnt. Einerseits ist Ihre Partei immer vorneweg, wenn es darum geht, die Rolle des Staates zu reduzieren. Aber ich sage Ihnen, wer immer „Steuer runter!“ ruft, darf sich dann nicht wundern, wenn weniger Steuereinnahmen fließen.

Es ist Ihr gutes Recht, meine Damen und Herren der FDP, dies zu fordern, aber es passt so gar nicht, wenn Sie gleichzeitig unaufhörlich mehr Geld vom Staat zur Investitionsförderung wollen, und mit Subventionsabbau hat das natürlich überhaupt nichts zu tun. Mehr Geld für Schulen, mehr Geld für Universitäten, mehr für Wirtschaftsförderung, mehr, mehr, das konnten wir im Wahlkampf alle lesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen mit den drei Punkten!

(Zurufe von der FDP: Die gibt es schon lange nicht mehr!)

– Sie verstehen schon, was ich meine! Auch ich will dieses Mehr. Aber welcher Staat soll eigentlich dieses Mehr bezahlen, wenn er es nicht aus Steuereinnahmen bezahlen kann und bei aller Leistung, die sich lohnen muss?

Ich bin für eine Millionärssteuer, dafür, dass die Besserverdienenden mit ihren breiten Schultern mehr tragen als die schmalen Schultern der kleinen Leute.

(Beifall bei der PDS)

Ich bin für eine Vermögensteuer auf größere Vermögen. Ich bin für eine richtige Erbschaftsteuer. Ich bin nicht dafür, dass die Einkommen aus unselbständiger Arbeit seit Jahren stagnieren und die Einkommen der Unternehmen explodieren. Das ist auch ein Thema von Wirtschaftsförderung.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Ich sage Ihnen als mittelständischer Unternehmer: Wer nehmen will, muss auch geben.

Noch ein Wort zur Widersprüchlichkeit von Förderpolitik, meine Damen und Herren: In einer Talkshow sagte vor Jahren Kajo Schommer: „Herr Nolle, ein gutes Unternehmen braucht doch gar keine Fördermittel!“ Meine Antwort war damals: „Na klar, Herr Schommer, Siemens, VW, AMD und Infineon sind offensichtlich keine guten Unternehmen.“

Wichtig ist – um auf die GA zurückzukommen –, dass der GA-Bewilligungsstau jetzt zügig abgearbeitet werden kann. Die begrenzten Mittel müssen auf die Schaffung neuer, aber auch im Sinne von Nachhaltigkeit zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze vor allem im sächsischen Mittelstand konzentriert werden. Das ist eine inhaltliche Frage und nicht nur eine Volumenfrage.

Was eben nicht passieren darf, meine Damen und Herren, ist, dass uns jemand verspricht, eine gläserne Fabrik zu bauen, 74 Millionen Euro Förderung einatmet und

dann bedauerlicherweise nur 400 der 800 Arbeitsplätze auch schafft.

(Beifall bei der FDP)

74 Millionen Euro sind ein bisschen viel für Mode- und Museumsschauen, Konzerte, Opernaufführungen, Talkshows in einer schicken gläsernen Fabrik. Dazu passt ein weiser Satz von Voltaire: „Man kann von den Propheten nicht verlangen, dass sie immer irren.“ Für die Politik und die Wirtschaftsförderung gilt das natürlich auch.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die PDS-Fraktion bitte, Herr Abg. Zais.

Karl-Friedrich Zais, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Jurk hat im Prinzip ausgeführt, dass er dem Antrag der FDP schon durch seine jetzige Arbeit Rechnung trägt. Herr Nolle hat ihn geschützt. Die PDS hat dieses Thema schon in der 1. Sitzung des Wirtschaftsausschusses zum Thema gemacht. Herr Schmalfuß hat das bestens dargelegt, aber nicht gesagt, wogegen es gehen soll. Das bleibt jetzt noch mein Thema.

Herr Schmalfuß, Sie fordern die Investitionsförderung zugunsten weiteren Abbaus des ESF. Die Anträge der CDU und SPD sowie FDP ähneln sich ja, um Schadensbegrenzung zu beschreiben, zumal die FDP berechtigterweise viel mehr wissen will. Ich bin auch auf die Ausführungen des Ministers zu Ihren Fragen gespannt. Aber, Herr Schmalfuß, so ausführlich, wie Sie es erklärt haben, es ändert sich mit einem Berichtsantrag nichts. Wenn Sie es aufrechnen, bedeutete das weniger ESF-Mittel oder höhere Verschuldung. Sie sind einfach nicht darauf eingegangen, woher Sie das Geld nehmen wollen. Zu welchen Lasten soll es gehen?

Ich muss noch etwas zur CDU sagen. Herr Petzold, Sie wussten sicher auch schon vor der Wahl über den Stand der Verpflichtungsermächtigungen bestens Bescheid. Der Grund für den Antragsstau ist fehlendes Geld. Den Vertretern Ihrer Parteien im Bundestag ist es nicht gelungen, im Bundeshaushalt für 2005 die Mittel des so genannten Korbes II des Solidarpakts, nämlich Wirtschaftsförderung, bedarfsgerecht in dem Haushaltstitel bereitzustellen.

Das ist die Fehlleistung, unter der wir jetzt in der Mittelstandsförderung leiden. Wir leben vom Zufallsgeschäft, dass andere Länder nicht vollständig GA-Mittel abrufen können. Fazit: Der Kanzler persönlich hat den Dohnanyi-Bericht in die Ecke gelegt und den Osten wie so oft alleine gelassen. Nun mehren sich die Rufe, dass der Freistaat unabhängig vom Bund mehr Geld bereitstellen muss. Ja, die Situation soll durch die Umschichtung der 224 Millionen Euro ESF-Mittel in EFRE-Mittel entschärft werden.

Ich sage Ihnen, die Kürzung der ESF-Mittel kann nicht der Weg für die Zukunft sein. Die FDP fordert im Punkt 2 ihres Antrages, sogar den Förderrahmen durch die Umschichtung weiter deutlich zu erhöhen. Sagen Sie es laut, wenn Sie den Europäischen Sozialfonds als Europäisches Förderinstrument zukünftig nicht mehr wollen, Herr Schmalfuß!

Gleichzeitig halte ich Ihnen die Stellungnahme der Evaluatoren zur Halbzeitbewertung des ESF und des EFRE in der Stellungnahme der Staatsregierung zu Konsequenzen der Halbzeitbewertung zur Strukturförderung im Freistaat entgegen – sie liegt auch Ihnen vor –: „Gemessen an den Zielgrößen der Wiedereingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt, Stabilität der Arbeitsplätze, Verwertbarkeit vermittelter Qualifikation im Arbeitsprozess und Wirtschaftsnähe, eine Konzentration auf Existenzgründung, Einstellungszuschüsse, Vollzeitqualifizierung für Arbeitslose, QRS nach dem Chemnitzer Modell, berufsbegleitende Qualifizierung.“

Herr Schmalfuß, das alles sind Maßnahmen, die wieder nur den Unternehmen zugute kommen. Deshalb frage ich, ob die Minderung der ESF-Mittel den mittelständischen Firmen wirklich nutzt. Der oft beklagte fehlende Facharbeiternachwuchs lässt hier grüßen. Denken Sie an Ausbildungsplätze, Qualifizierung. Hat sich die Wirtschaft in diesen Feldern nicht schon weitgehend zurückgezogen, und das bei hohem Bedarf, den wir in Sachsen an Ausbildungsplätzen haben?

Fazit: Ein Loch wird gestopft, indem ein anderes aufgerissen wird. Mit uns geht das für die Zukunft nicht.

In beiden Anträgen kommt nicht vor, wo sie fördern wollen und welchen Bedarf wir nach Branchen in der einzelbetrieblichen Förderung haben. Für uns liegt der Schwerpunkt in der Innovationsförderung von mittelständischen Unternehmen, die auf Wachstumskurs sind, die durch Netzwerke und Kooperation den Aufbau von F + E-Kapazitäten schaffen, um auf dem Markt bestehen zu können, wie Herr Jurk ja auch gerade ausführte.

Bei 5,4 F + E-Beschäftigten pro 1 000 Erwerbstätigen liegen wir noch erheblich unter dem gesamtdeutschen Wert. Und hier müssen wir von den billigen Zulieferern wegkommen, die wir in den mittelständischen Betrieben in Sachsen haben. Wir brauchen Know-how in diesen Firmen.

Zum Abschluss: Herr Jurk, nutzen Sie die Chance, mehr Transparenz in das Geschäft der Förderung zu bringen.

Ich gehe davon aus: Der Ministerpräsident hat sich überhoben. Der Bedarf an einzelbetrieblicher Mittelstandsförderung und die Förderung von Großvorhaben wie zum Beispiel das Leipziger Drehkreuz sind mit den Haushaltsansätzen der GA und des EFRE nicht abdeckbar. Das verlangt Prioritäten zu setzen. Für uns wäre das die Abfinanzierung der einzelbetrieblichen Mittelstandsförderung im Sinne der weiteren Verschiebung der Richtlinien zugunsten technologieintensiver Firmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Da kann ich Ihnen nur zustimmen, Herr Wirtschaftsminister: Förderung muss neue Arbeitsplätze ausweisen.

Zweitens ist über die Finanzierung von Großvorhaben und die dazu erforderlichen finanziellen Beiträge der Gesellschafter eben auch grundsätzlich neu nachzudenken.

Frau Präsidentin, wir bitten um Punktabstimmung beider Anträge.

(Beifall bei der PDS)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Jetzt bitte die NPD-Fraktion, Herr Abg. Gansel.

Jürgen Gansel, NPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren der sächsischen Blockparteien! Die vorliegenden Anträge der Fraktionen der CDU und der SPD sowie der FDP-Fraktion sollen eine möglichst nutzbringende Umsetzung der GA-Wirtschaftsförderung sicherstellen. Dabei begnügen sich die Fraktionen von CDU und SPD mit der rührend schlichten Aufforderung an die Landesregierung, Lösungen zu finden, während der FDP-Antrag immerhin auf ein vernünftiges Auskunftsbegehren hinausläuft.

Es muss aber schon schlecht um den Freistaat Sachsen bestellt sein, wenn die Regierung erst per Beschluss dazu aufgefordert werden muss, den Erfolg von Förderprojekten sicherzustellen und das Versiegen von Geldmitteln nicht zuzulassen.

Beide in der Debatte stehenden Anträge stellen überwiegend eine Ansammlung von Allgemeinplätzen dar, die im Kern aber ein richtiges Anliegen betreffen, nämlich

- a) die Bedeutung der Wirtschaftsförderung aus der GA für den so genannten Aufbau Ost sicherzustellen,
- b) die Investitionsdynamik sächsischer Unternehmen durch eine zielgerichtete Investitionsförderung zu sichern und
- c) die Förderpolitik generell transparenter zu machen.

Zu Recht wurde im Sächsischen Staatsministerium der Finanzen die Kürzung der GA-Mittel durch die rot-grüne Bundesregierung missbilligt. Die Verringerung der Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2005 um 35 % würde nach Angaben des sächsischen Finanzministeriums zum Wegfall eines Fördervolumens von rund 170 Millionen Euro führen. Das führt dazu, dass – wie die heutige Ausgabe der „Freien Presse“ mitteilt – 680 Anträge auf Investitionsförderung bislang unbewilligt sind.

Auf diesen Missstand kann die Landesregierung natürlich damit reagieren, dass auf eine Umschichtung der EU-Strukturfonds gesetzt wird. Dies ist immer ein probates Mittel für solche politischen Parteien, die in der EU-Fremdbestimmungslogik kein Problem sehen und Brüssel unkritisch als Umverteilungsapparat deutscher Steuermittel anerkennen. Es ist klar, dass die Vertreter der Kompetenzabtretungsparteien überhaupt kein Problem darin sehen, Brüssel über die Verwendung deutscher Nettozahlungen zu befragen.

Im Hinblick auf die Erhöhung der einzelbetrieblichen Investitionsförderung wirken sich die Mittelkürzungen auch insofern problematisch aus, als sich die Zuweisungen der GA-Wirtschaftsförderung aus dem Korb II des Sozialpaktes II speisen. Mit dem Solidarpaket II ist auch der Auftrag verbunden, bis zum Jahre 2019 den infrastrukturellen Aufholprozess abzuschließen. Von daher sind bei weiter sinkender Mittelzuweisung die Zielkonflikte hinsichtlich der Förderprioritäten vorprogrammiert und werden bei Haushaltsdebatten auch in Zukunft allgemeines Interesse finden.

Unbestritten hängt die Zukunftsfähigkeit Sachsens von der Kapitalversorgung ab. Wir Nationaldemokraten begrüßen deshalb grundsätzlich jede Förderpolitik einschließlich der GA-Wirtschaftsförderung. Unser besonderes Augenmerk legen wir allerdings im Rahmen der nationalorientierten Volkswirtschaft und der raumorien-

tierten Volkswirtschaft auf die Förderung regionaler Wirtschaftsstrukturen.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Meine Fraktion hält den Antrag von CDU und SPD für einen Schönwetterantrag mit wenig bis keiner Substanz. Sie wird allerdings dem FDP-Antrag zustimmen, da hier ein vernünftiges Auskunftsbegehren vorliegt. Ich betone aber, dass wir damit allein die Probleme im Freistaat Sachsen im Hinblick auf die Investitionsförderung noch nicht als gelöst ansehen.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Frau Abg. Hermenau für die GRÜNEN, bitte.

(Antje Hermenau, GRÜNE:
Es spricht Herr Weichert.)

Entschuldigung, dann Herr Abg. Weichert.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Sagen Sie etwas zu kleinkariert und raumorientiert!)

Michael Weichert, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das zentrale Instrument der Wirtschafts- und der wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung in den neuen Ländern ist die Gemeinschaftsaufgabe für regionale Wirtschaftsförderung, die so genannte GA-Förderung.

Der Schwerpunkt liegt dabei in der Förderung überregionaler Wirtschaftskreisläufe. Die Gemeinschaftsaufgabe ist ein effizientes arbeitsplatzerhaltendes und arbeitsplatzschaffendes Instrument mit einer hohen Zielgenauigkeit.

Wir möchten gern, gerade auch hier in Sachsen, dass GA-Mittel stärker in Zukunftsbranchen und in Dienstleistungsbranchen fließen. Dann nämlich leistet dieses Instrument einen gezielten Beitrag zum Entstehen neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren! Im Zuge der Föderalismusdebatte wird die Gemeinschaftsaufgabe von einzelnen Kommissionsmitgliedern infrage gestellt. Hier sagen wir entschieden Nein – Sie hoffentlich alle auch –, genauso im Hinblick auf die Veränderungen in der EU-Strukturpolitik, die die Erweiterung der Gemeinschaft einfach mit sich bringen.

Wir wollen die Finanzausstattung der Gemeinschaftsaufgabe in den neuen Ländern im Rahmen der Vorgabe aus dem Solidarpaket II verstärken. Statt die bis 2006 befristete Investitionszulage zu verlängern, halten wir die Gemeinschaftsaufgabe für das bessere Instrument. Da muss man auch den alten Bundesländern, die die GA-Förderung abschaffen wollen, die Stirn bieten. Die Investitionszulage in ihrer jetzigen Form bewirkt zu hohe Mitnahmeeffekte und ist damit nicht zielgenau.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen das von der EU für die jetzigen Ziel-1-Gebiete vorgesehene „Phrasing-out-Verfahren“ für den kommenden EU-Finanzplanzeitraum 2007 bis 2013. Falls es dabei zu einem Abbau

der EU-Förderung kommt, muss über eine zeitnahe nationale Kompensation entschieden werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Auch der ökologische Strukturwandel trägt maßgeblich zum Entstehen neuer Arbeitsplätze bei. In Deutschland sind im Bereich erneuerbarer Energien bislang mehr als 130 000 Arbeitsplätze entstanden, ein beträchtlicher Teil davon im Osten.

In Magdeburg beschäftigt ein Windkraftanlagenbauer über 2 000 Mitarbeiter. In Lauchhammer, wo früher Braunkohle abgebaut wurde, werden Rotorblätter für Windräder produziert. Im sächsischen Freiberg und in Erfurt haben sich Firmen der Solarwirtschaft angesiedelt. In Neustadt-Glewe entstand ein modernes Geothermiekraftwerk. Das sind sichtbare Zeichen für den Einstieg in eine nachhaltige Energieversorgung. Damit tun wir etwas für den Klimaschutz und schaffen neue Arbeitsplätze.

Selbstverständlich gilt das auch für andere Zukunftsbranchen, wenn wir beispielsweise in Sachsen an die Entwicklung der Biotechnologie oder der Nanotechnologie denken.

Meine Damen und Herren! Mit der Aufrechterhaltung und Gewährleistung einer zielgerichteten GA-Wirtschaftsförderung in Sachsen können wir einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung zukunftsfähiger Arbeitsplätze leisten. Meine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Einzelbeifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von den Fraktionen weiterhin das Wort gewünscht? – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Die Staatsregierung? – Herr Staatsminister Jurk, bitte.

Thomas Jurk, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will nur noch kurz auf das hier Debattierte eingehen. Ich denke, dass wir die vorliegenden Anträge als Staatsregierung umfassend beantworten werden. Ich habe bereits in meinem Eingangsstatement versucht, bestimmte Fragen aufzugreifen und Antworten darauf zu geben. Aber vielleicht haben Sie mir doch nicht richtig zugehört und ich will es noch einmal deutlich sagen.

Die 224 Millionen Euro, die wir zusätzlich für die einzelbetriebliche Förderung aus EU-Strukturfondsmitteln bereitstellen, setzen sich nicht ausschließlich aus ESF-Mitteln zusammen, sondern 153,3 Millionen Euro kommen tatsächlich aus der Umschichtung vom ESF zu EFRE und 71,1 Millionen Euro – ich habe es wirklich noch einmal geprüft und hatte es erst schon gesagt – kommen aus EFRE. Da gibt es eine interne Umschichtung.

Es ist völlig zu Recht darauf hingewiesen worden, dass für uns entscheidend ist, in Sachsen Unternehmen zu haben, von denen wir wissen, dass sie erst dann langfristig hier bleiben, wenn sie über eine entsprechende F- und E-Ausstattung verfügen. Insofern setzen wir gerade dort einen Förderschwerpunkt. Gemeinsam mit EFRE und GA sorgen wir – gerade bei den künftigen

Forschungskapazitäten – insgesamt für ein Finanzvolumen von 100 Millionen Euro bei der Technologieförderung. Das ist uns als Staatsregierung besonders wichtig, daher ist dies ein Förderschwerpunkt. Ich will ausdrücklich darauf hinweisen, dass beispielsweise an dem bewährten Gründerwettbewerb „Future sax“ festgehalten wird. Warum sage ich das? Gerade dort können sich Existenzgründer, aber auch junge Unternehmen, die bereits am Markt sind, im Businessplanwettbewerb messen. Wir werden in der nächsten Woche zehn Preisträger auszeichnen. Übrigens wird dieser Wettbewerb auch von der Wirtschaft unterstützt, was mir besonders wichtig ist, damit man sieht: Man unterstützt diejenigen, die gute Ideen haben und technologieorientiert sind, auch mit Hilfe aus der Wirtschaft.

Eines muss ich allerdings sagen, als ich mir die vorhergehenden Reden angehört habe. Es stellt sich schon die Frage, die auch Kollege Zais aufwarf: Wenn man sagt, mit Ansiedlungen wie DHL hätte sich der Freistaat übernommen – wie wollen wir anders an solche Investoren kommen? Wir befinden uns in einem weltweiten Wettbewerb und es ist eine großartige Sache für den Freistaat Sachsen, dass wir die DHL-Ansiedlung bekommen haben, und wir wollen diese DHL-Ansiedlung auch

(Beifall bei der SPD, der CDU und der NPD)

mit den Fördergeldern des Freistaates absichern, eben weil es natürlich Folgewirkungen auf kleine und mittelständische Unternehmen gibt. Deshalb bin ich froh – wie auch Kollege Dr. Metz schon sagte –, dass wir das Geld haben, das andere Länder nicht haben, um ein solches Investitionsvorhaben zu unterstützen.

Herr Weichert von den GRÜNEN hat zu Recht darauf hingewiesen, und ich glaube auch, dass die GA wesentlich zielsicherer als die Investitionszulagen ist. Kollege Dr. Schmalfuß hat darauf hingewiesen: Auf die Investitionszulage gibt es einen Anspruch, aber mit der GA können wir natürlich aufgrund unserer eigenen Entscheidung über die Förderkriterien zielorientiert fördern. Deshalb gehe ich davon aus, dass die Investzulage nach 2006 nicht mehr gewährt wird und wir dann aufpassen müssen, dass das Geld nicht an uns vorbeiläuft und man es im Bundeshaushalt für andere Dinge einsetzt, sondern dass die Mittel, die eigentlich als Steuervorteil ausgereicht werden, tatsächlich in die GA fließen. Das wird noch ein harter, verdammt anstrengender Kampf, aber wir setzen alles daran, dass wir das Instrument GA dann verstärken können, wenn die Investitionszulage nicht mehr gezahlt wird.

Ein Letztes – und das sage ich als Wirtschaftsminister gern: Ich freue mich insbesondere über Unternehmen wie Porsche – aber auch viele unserer Handwerker –, die ganz ohne staatliche Förderung auskommen und sich eigenständig am Markt behaupten. Am Ende ist es das, was einen richtig guten Wettbewerb ausmacht. Dennoch werden wir nicht umhin kommen, staatlich zu unterstützen, weil nicht nur Großinvestitionen gefördert werden müssen, sondern weil wir auch dafür Sorge tragen wollen, dass die Eigenkapitalbasis unserer Unternehmen ge-

stärkt wird, damit sie investieren und Arbeitsplätze schaffen können.

(Beifall bei der SPD, der CDU,
der FDP und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das Schlusswort haben die Fraktionen der FDP und danach der CDU und der SPD. Die FDP-Fraktion, bitte. Herr Dr. Schmalfuß.

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Staatsminister Jurk, herzlichen Dank dafür, dass Sie ad hoc Teile unseres Antrages versucht haben zu beantworten. Insbesondere freut sich die FDP-Fraktion, dass Sie den Vorschlag, einen separaten Haushaltstitel für Großprojekte und Neuansiedlungen oberhalb 5 Millionen Euro aufzulegen, prüfen und gegebenenfalls als eigenen

(Zuruf des Staatsministers Thomas Jurk)

Haushaltstitel einstellen wollen.

Lassen Sie mich vielleicht noch zwei oder drei Fragen beantworten, die in der Diskussion aufgekommen sind. Herr Zais, wir haben die Finanzierung doch ganz klar herausgearbeitet. Stärkere Umschichtungen aus dem ESF und EFRE – der Staatsminister ist darauf eingegangen. Wir müssen die GA-Förderung auf das verarbeitende Gewerbe und die unternehmensnahen Dienstleister konzentrieren – auf die Unternehmen, die ihre Betriebsstätte und den Sitz im Freistaat Sachsen haben. Zielsetzung muss es sein, unsere eigenen sächsischen Leuchttürme zu schaffen, und dahin sollten alle unsere gemeinsamen Anstrengungen in den nächsten Jahren gehen.

Darüber hinaus sollten wir gemeinsame Anstrengungen unternehmen, den Stau der Fördermittelanträge, deren Zahl in den letzten Jahren durchschnittlich 700 bis 800 unbearbeitete Anträge zur GA-Förderung betrug, zu beseitigen. Ich bitte Sie deshalb, diesem Antrag zuzustimmen, den sowohl die CDU/SPD als auch die FDP ins Plenum eingebracht haben, und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Das Schlusswort für die Koalition hält der Abg. Lämmel.

Andreas Lämmel, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sachsen wurde im September letzten Jahres als das dynamischste deutsche Bundesland ausgezeichnet und, meine Damen und Herren, diese Dynamik müssen wir aufrechterhalten; –

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn, PDS)

– Herr Hahn, halten Sie doch mal die Klappe und lesen Sie lieber, was da steht!

(Heiterkeit bei der CDU und der NPD)

– denn man wird ganz schnell innerhalb von zwei Jahren vom ersten Platz auf den fünften oder sechsten Platz verdrängt. Meine Damen und Herren! Das Thema „GA“

ist in diesem Hause kein neues Thema, und dass die FDP diesen Antrag einbringt, folgt dem, was wir hier schon oft diskutiert haben.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Wenn wir seinen Antrag ansehen, dann geht es in ihm darum, dass wir einfordern, die Koalitionsvereinbarungen eins zu eins umzusetzen. In der Koalitionsvereinbarung steht ganz klar: „... zeitnahe Abfinanzierung des Antragsberges bei der GA“.

(Der Abg. Dr. Johannes Lichdi, GRÜNE,
steht am Mikrofon.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Lämmel?

Andreas Lämmel, CDU: Nein, im Moment nicht. Ich komme nachher noch zu den GRÜNEN.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

– Herr Nolle, vielleicht zur Erinnerung an Sie, da Sie ja schnell mal etwas vergessen: Seit 1998 haben sich die GA-Mittel halbiert. Sie sind nicht nur gesunken, sie haben sich halbiert – Punkt 1.

Punkt 2: Es ist nicht gelungen, in den Verhandlungen zum Korb II die darin enthaltenen 51 Milliarden Euro gesetzlich zu verankern. Im Gegenteil: Herr Müntefering und der Bundeskanzler haben sich strikt dagegen gewehrt, diese Mittel aus dem Korb II festzuschreiben.

Nun komme ich zu den GRÜNEN, die bei den Verhandlungen zum Korb II auch eine sehr unrühmliche Rolle gespielt haben. Die GRÜNEN sind im Deutschen Bundestag aufgetreten und haben ausgeführt, dass die Verankerung der Mittel des Korbes II in einem Gesetz womöglich ein zusätzliches Risiko für den Bundeshaushalt darstelle.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Herr Lämmel –

Andreas Lämmel, CDU: Nein, ich habe nicht so viel Zeit.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: – Sie gestatten keine Zwischenfrage? Sie wissen aber, dass die Zeit gestoppt wird, Herr Lämmel? Das ist also kein Argument.

(Beifall bei der PDS, der NPD und der FDP)

Andreas Lämmel, CDU: – Ja. Okay! – Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen: Die GRÜNEN sehen es als Haushaltsrisiko an, die Hilfen Ost gesetzlich zu verankern.

Jetzt komme ich zu den „viertelprofessionellen“ Halbzeitparlamentariern der FDP.

(„Oh“ bei der CDU –
Beifall bei der SPD)

Vielleicht, Herr Zastrow, ist Ihnen entgangen, dass die FDP-Fraktion im Bundestag bei den Haushaltsverhandlungen in namentlicher Abstimmung dagegen votiert hat, die Verpflichtungsermächtigungen für die GA um 146 Millionen Euro für die Jahre 2006 und 2008 aufzustoßen. Das muss man hier ganz klar sagen.

Zu Ihrem Antrag, Herr Zastrow: Wir werden ihm zustimmen, auch wenn er ziemlich dünn ist, denn er ist nach hinten gerichtet. Außerdem: Wissen Sie eigentlich, warum Sie hier im Parlament sitzen bzw. welches die Rechte der Parlamentarier sind? Sie werden den Haushalt verabschieden, und Sie fordern von der Staatsregierung, sie solle Leertitel einfügen. Offensichtlich sind Sie sich überhaupt nicht im Klaren, dass das Parlament den Haushalt verabschiedet, und Sie hätten sagen müssen: Wir als Parlamentarier werden einen Leertitel einfügen. Aber das werden Sie noch lernen. Ich denke, Sie haben noch einige Jahre Zeit.

Meine Damen und Herren! Der Antrag der Koalition ist eigentlich der einzige, der nach vorn weist. Es geht darum, das Problem zu lösen; denn hinter jedem dieser Anträge, die bei der SAB liegen, steht ein konkretes Investvorhaben, und, meine Damen und Herren, man kann kein kleines oder mittleres Unternehmen ein halbes oder ein Dreivierteljahr warten lassen, bis eine Entscheidung über einen Antrag fällt.

(Karl Nolle, SPD: Ein Jahr!)

– Oder ein Jahr, noch viel schlimmer! Das kann einfach nicht der Zustand sein. Man sollte die Diskussion andersherum führen: Wir sind doch in Sachsen hervorragend, meine Damen und Herren! Wir haben jeden Heller GA-Mittel ausgegeben.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Wirtschaft bringt solch eine starke Leistung, dass sie mehrere hundert Millionen an Investitionshilfen zusätzlich braucht. Das ist doch ein Riesenerfolg. Alle anderen neuen Bundesländer beneiden uns darum, dass wir hier in Sachsen auf diesem Wege weitergehen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion wird natürlich erst einmal dem Antrag der Koalition zustimmen

und ich hoffe, dass ihm auch das Hohe Haus zustimmt. Dem FDP-Antrag werden wir ebenfalls zustimmen. Wir werden den Bericht genau lesen. Aber, meine Damen und Herren von der FDP, etwas mehr Professionalität –

(Lachen bei der FDP)

– Lachen Sie ruhig, Sie lachen doch über sich selbst!
– können Sie bei den nächsten Anträgen sicherlich an den Tag legen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Ich frage Herrn Zais noch einmal: beide Anträge punktweise oder nur einen?

Karl-Friedrich Zais, PDS: Frau Präsidentin, den von der FDP bitte punktweise.

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gut. Dann rufe ich die Drucksache 4/0468 auf, Antrag der Fraktion der FDP, und lasse über den Punkt 1 abstimmen. Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gibt es Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Punkt 1 stattgegeben.

Ich rufe Punkt 2 auf. Wer möchte diesem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Auch dem Punkt 2 wurde stattgegeben.

Nun rufe ich den Antrag insgesamt auf. Wer dem Antrag der FDP-Fraktion, Drucksache 4/0468, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Es gibt eine Reihe von Stimmenthaltungen. Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun den Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion, Drucksache 4/0357, auf. Wer möchte ihm die Zustimmung geben? – Gibt es Gegenstimmen? – Eine Gegenstimme. Enthaltungen? – Eine Anzahl von Enthaltungen. Dem Antrag der Koalitionsfraktionen wurde mehrheitlich zugestimmt. Wir beenden diesen Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 5

„Entwicklungszusammenarbeit als dauerhafte Aufgabe des Freistaates Sachsen“

Drucksache 4/0472, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Hierzu können die Fraktionen Stellung nehmen. Die Reihenfolge in der ersten Runde: GRÜNE, CDU, PDS, FDP, NPD, FDP und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile nun der Abg. Frau Hermenau das Wort.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kollegen! Auch wenn einige fluchtartig den Saal verlassen, weil sie annehmen, die Wirtschaftsdebatte sei zu Ende, kann ich Ihnen versichern, dass das mitnichten der Fall ist. Wenn wir heute über Entwick-

lungszusammenarbeit sprechen, reden wir auch in ganz erheblichem Maße über die wirtschaftlichen Perspektiven des Freistaates Sachsen. Es geht nicht mehr nur darum, dass man Nothilfe leistet, wie es noch im letzten Jahrhundert, als die Entwicklungshilfe skizziert wurde, der Fall gewesen ist. Wir sind inzwischen weiter.

Ich habe wohl vernommen, dass Ministerpräsident Milbradt in seiner Neujahrsansprache den guten Vorsatz formulierte – ich zitiere -: „Aber es kann nicht nur um kurzfristige Hilfe bei der Linderung der akuten Not ge-

hen. Die von der Flut betroffenen Staaten brauchen noch jahrelang die Unterstützung der übrigen Welt.“ Das ist hoffentlich mehr als ein guter Vorsatz. Sie finden das auch in dem Antrag, den wir Ihnen vorgelegt haben, wiederspiegelt.

Es geht dabei um zweierlei. Das eine ist vor allem die entwicklungspolitische Bildungsarbeit. Die Bundesrepublik Deutschland leistet insgesamt Entwicklungshilfe über den bundesweiten Zusammenhang. Aber es ist wichtig, dass wir vor Ort viel stärker in die politische Bildungsarbeit eintreten. Es geht darum, bereits Schülern und jungen Leuten deutlich zu machen, wie die Lebensperspektive in südlichen Ländern wirklich ist und wie zum Beispiel auch Migrationshintergründe von Menschen, die inzwischen in Deutschland leben, zu bewerten und zu beurteilen sind. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite hat vor etwa anderthalb Jahren Jean-Claude Juncker, seines Zeichens ein recht konservativer Politiker und keineswegs ein Verfechter grüner Ideen, in einer Konferenz in Frankfurt (Main) deutlich gemacht, als er sinngemäß formulierte: „Es ist sehr wesentlich, dass wir den jungen Menschen in Europa mehr anbieten können als einfach nur unser Leben, wie wir es uns aufgebaut haben. Solange diese jungen Menschen täglich im Fernsehen beobachten, mancher auch aus eigener Anschauung, dass anderswo Menschen verhungern, egal welchen Alters, werden es viele junge Menschen in Europa nicht für nötig halten, Europa tatkräftig zu unterstützen, weil sie glauben, dass das als zivilisatorischer Anspruch zu wenig und zu gering gedacht ist.“ – Ich glaube, dieser Mann hat Recht.

Jetzt werden Sie sich fragen: Wo ist die Wirtschaftspolitik? Sie ist ganz nah. Es wird entscheidend sein, ob es einem Land wie Sachsen und seinen Bürgern gelingt, sich den Herausforderungen der Globalisierung erfolgreich zu stellen. Das ist einer dieser markanten Sätze, die man immer hört. Dahinter steckt aber zum einen, dass wir es schaffen – wir sind auch dazu verpflichtet –, uns langsam, aber sicher aus dem kolonialen Erbe der letzten Jahrhunderte herauszuarbeiten. Das betrifft die Deutschen genauso wie die anderen Europäer. Es ist immer noch so, dass viele Menschen, die in Europa leben, der Meinung sind, es genüge völlig, von den Grundsätzen entweder der internationalen Solidarität oder der Nächstenliebe motiviert, ein wenig zu helfen und Nothilfe zu leisten. Aber darum geht es mitnichten, sondern es geht darum, dass wir uns davon lösen anzunehmen, wir hätten den Stein der Weisen, sowohl was die Wirtschaft als auch was andere Fragen der Entwicklung betrifft, gefunden, und uns immer noch auf ganz subtile Art und Weise so zu benehmen, als seien wir die Herren dieser Welt.

Diese Frage endet in dem Moment, da wir uns bewusst machen, dass die Umweltzerstörung in Sachsen durchaus zuschlagen kann, aber ganz woanders verursacht wird. Vor anderthalb Jahren hat der damalige Umweltminister Flath eine Studie vorgelegt, die deutlich gemacht hat, dass Sachsen damit rechnen muss – das betrifft die sächsische Landwirtschaft, also einen Wirtschaftsfaktor in diesem Land –, dass die Sommer trockener werden. Das heißt auch, dass dies Auswirkungen darauf hat, was in der sächsischen Landschaft in Zu-

kunft angebaut werden kann. Es verändert sich also wahrscheinlich einiges für die Forstwirtschaft, weil bestimmte Baumarten schwierigere Bedingungen vorfinden werden. Das heißt, es gibt Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation in Sachsen, aber die Ursachen müssen wir weltweit in Angriff nehmen. Das kann man aber nur, wenn man eine partnerschaftliche Verständigung erreicht. Dazu muss man sich von seinem jahrhundertlang gesattelten hohen Ross langsam wieder herabschwingen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Toleranz ist deutlich mehr als nur die Haltung: Na ja, die sind ein bisschen anders, lassen wir sie so sein, wie sie sind! – Das ist Laisser-faire und hat mit Toleranz noch gar nicht viel zu tun. Toleranz bedeutet ein aktives Konzept. Das heißt, man setzt sich dafür ein, dass es Verschiedenartigkeit gibt, und verteidigt sie auch. Dieser Lernschritt muss meines Erachtens in Sachsen noch flächenweit getan werden. Dazu haben wir einen Beitrag zu leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das wäre mit der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit durchaus möglich. Es gibt sehr viele kleine Vereine und Nichtregierungsorganisationen, die sich seit Jahren darum bemühen, von der Bundesebene oder aus privaten Börsen Mittel zusammenzutragen, um entwicklungspolitische Bildungsarbeit in diesem Lande zu leisten. Dies sollte man dringend unterstützen.

Ich gehe davon aus, dass die Worte von Herrn Milbradt in seiner Neujahrsansprache nicht nur ein guter Vorsatz waren, den man einmal ausspricht, weil man gerade noch vom Jahresende gerührt ist, sondern ich gehe schon davon aus, dass eine gewisse Programmatik zu erwarten ist. Wir werden dies auch in der Debatte immer wieder aufgreifen. Für uns ist wichtig, dass der Freistaat Sachsen nicht in dem Gefühl lebt, er sei wirtschaftlich eine kleine Insel. Es reicht auch nicht, sich immer nur nach West- oder Osteuropa zu orientieren. Das ist auf lange Sicht zu kurz gedacht. Wenn es um Marktanteile im Export geht – auch davon ist Sachsen durchaus abhängig und dürfte nach meiner Beurteilung der wirtschaftlichen Gesamtstruktur des Freistaates noch mehr davon abhängig werden –, dann muss man sich auch aktiv auf andere Kontinente, andere Völker, andere Länder einlassen und sich partnerschaftlicher bewegen.

Ich habe einigen Verhandlungen beigewohnt. Es soll niemand mehr glauben, dass, wenn zum Beispiel ein Vertrag mit Brasilianern abgeschlossen würde, irgendwelche Leute kämen, die nicht wüssten, worum es ginge. Meistens kommen die Brasilianer mit sehr gut ausgebildeten Leuten, die in Harvard oder sonstwo studiert haben, die deutlich besser vorbereitet sind und deutlich mehr wissen als die deutschen Verhandlungspartner. Das sollte uns zu denken geben.

Ich meine, wir müssen uns diesen Fragen stellen. Wer eine gute Entwicklungspolitik betreibt und das auch offen tun kann, weil die Bevölkerung dies unterstützt, der betreibt auch die richtige Außenpolitik, wenn es zum Beispiel um die Stärkung der Uno geht, der unter-

stützt auch eine globale Sicherheitspolitik, bei der es darum geht, Bürgerkriege und damit auch potenzielle Konfliktherde, in die wieder für viel Geld eingegriffen werden müsste, einzudämmen, der unterstützt, wie ich finde, einen ganz wesentlichen Aspekt der globalen Umweltpolitik, bei der daran gearbeitet wird, den großen Klimaveränderungen gemeinsam zu begegnen, und der unterstützt ganz entschieden Wirtschaftspolitik, wenn es zum Beispiel darum geht, den Handel zu fördern, oder wenn es um Fragen der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft geht.

Für mich ist es wichtig, dass man das auch auf die Frage bezieht: Wie gehen wir mit Menschen um, die mit Migrationshintergründen nach Deutschland kommen? Wie gehen wir mit Menschen um, die hier studieren? Ich halte sehr viel davon, dass wir zu einem regen und viel größeren Austausch mit Studierenden anderer Länder kommen. Wir sollten versuchen, attraktive Studienstandorte für Menschen, die nicht nur aus Europa zu uns kommen, sondern auch aus Lateinamerika, aus Afrika oder aus Asien, zu schaffen, weil diese Menschen, wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, eine Bindung an das Land, in dem sie studiert haben, mitnehmen. Ich selbst betreue Nachfolgeprojekte von Menschen im Jemen, die damals in Ostdeutschland oder in Westdeutschland studiert haben. Ich sage Ihnen: Diese Leute bleiben ein Leben lang an das Land gebunden, in dem sie studiert haben, und können dann zum Beispiel wirtschaftliche Kontakte zwischen beiden Ländern befördern helfen. Das finde ich sehr wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Staatsministers Thomas Jurk)

Deswegen haben wir im Antrag aufgenommen, dass wir gern wollen, dass man noch einmal über das STUBE-Programm spricht, indem genau diese Nachsorge getroffen wird. Ich selbst habe auf Bundesebene immer wieder dafür geworben und habe es auch geschafft, zusammen mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst ein Programm für Nachkontakte zu entwickeln. Das haben wir über Jahre vorangetrieben. Es hat dazu geführt, dass sich die wirtschaftlichen Beziehungen mit einigen wenigen Ländern, die eine große Anzahl von Studierenden in der damaligen DDR hatten, verbessert und intensiviert haben.

Ich gehe davon aus, dass gerade ein ostdeutsches Bundesland ein großes Interesse daran haben muss, solche Entwicklungen voranzutreiben. Wir werden darauf angewiesen sein, dass wir Geschäftspartner in der ganzen Welt haben. Wir sollten uns diesem Gedanken offen und nicht erschrocken stellen.

Ich bin vorhin mit einigen Kollegen im Gespräch gewesen. Es bietet sich an, über die beiden Punkte im Antrag getrennt abzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Für die CDU-Fraktion bitte der Abg. Herr Schiemann.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde natürlich ein wenig gnädiger mit den Stenografen umgehen. Ich habe nicht die Gabe, so schnell zu sprechen wie Sie, Frau Hermenau. Ich frage mich immer, wie die Frauen das machen, so schnell zu reden und trotzdem noch zu denken. Ich bewundere das.

(Zuruf von der CDU: Und die Männer!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat einen beachtenswerten Antrag eingebracht. Ich möchte Ihnen gleich zu Beginn sagen, dass wir dem Antrag dem Grunde nach zustimmen werden. Im Detail müssen wir uns darüber noch unterhalten.

Obwohl Sie so schnell gesprochen haben, habe ich mich erinnert, dass es ein gemeinsames Erlebnis gewesen ist. In welchem Jahr das war, habe ich nicht herausgefunden. Aber ich habe mich an den Namen des Kollegen erinnert, der mit einer ähnlichen Vehemenz versucht hat, uns von einem Weg zu überzeugen, der Sachsen in die Verantwortung der Entwicklungszusammenarbeit führen sollte. Martin Clemens, ein Kollege aus der 1. Legislaturperiode, war ein sehr engagierter Mann, der gesagt hat: „Natürlich können wir es uns leisten, eine D-Mark für die Entwicklungshilfe in anderen Ländern zur Verfügung zu stellen.“ Damals war es ein durchaus interessantes Programm.

(Dr. Fritz Hähle, CDU: Pro Einwohner! –
Antje Hermenau, GRÜNE: Pro Kopf!)

– Ich bedanke mich bei denjenigen, die zugehört haben. Martin Clemens hat eine gute Idee in den Landtag eingebracht. Wir sind ihm dann gefolgt. Ich glaube, es ist ein guter Weg gewesen. Die Entwicklungshilfe als Mittel zur Selbsthilfe ist der Grund. Es dürfen keine Geschenke verteilt werden, sondern es müssen dauerhafte Möglichkeiten geschaffen werden, damit die Menschen vor Ort mit den Anschubfinanzierungen selbst entsprechend wirtschaften können. Das muss der Weg sein. Das ist Wirtschaftsförderung und humanitäre Hilfe in einem.

Neben dieser humanitären Hilfe ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit – darin gebe ich meiner Vorrednerin Recht – ein sehr wichtiger Grund, über Entwicklungshilfe neu nachzudenken. Der Freistaat Sachsen wird natürlich nicht über Dimensionen sprechen können, die dem Bund zustehen, sondern er muss sich den Fragen widmen, die er letztendlich regeln kann.

Worum geht es? Zur Jahrtausendwende haben die Vereinten Nationen eine erschreckende Bilanz gezogen. Derzeit leben mehr als eine Milliarde Menschen in extremer Armut, das heißt, jeder fünfte Mensch auf der Welt muss mit weniger als einem Euro pro Tag auskommen. Mehr als 700 Millionen Menschen sind unterernährt und hungern. 115 Millionen Kinder im Volksschulalter lernen weder lesen noch schreiben. Mehr als eine Milliarde Menschen hat kein sauberes Trinkwasser. Mehr als zwei Milliarden Menschen haben keine Sanitäranlagen. Mehr als zwei Millionen Menschen sterben an vermeidbaren Krankheiten.

Die Flutkatastrophe in Südostasien hat uns den Blick auf die alltägliche Realität etwas getrübt. So schlimm die Katastrophe mit über 220 000 Toten und Hunderttausenden Verletzten, Verarmten und Waisen ist, sie sollte uns nicht davon ablenken, dass Kriegs- und Hungerkatastrophen in der so genannten Dritten Welt unbeobachtet und unbeachtet vom Rest der Welt jährlich weit mehr Opfer fordern. Sambia und andere schwarzafrikanische Staaten mögen hierfür als Beispiel dienen.

Alle Mitgliedsstaaten der Uno haben sich im September 2000 auf acht Entwicklungsziele geeinigt. Die eingangs genannten Zahlen sollen bis zum Jahre 2015 drastisch reduziert werden. Reiche und arme Länder verpflichten sich, alles daranzusetzen, um die Armut zu beseitigen, die menschliche Würde und die Gleichberechtigung zu fördern und den Frieden, die Demokratie und die ökologische Nachhaltigkeit zu verwirklichen.

Damit haben sich die Staats- und Regierungschefs erstmals auf genau definierte Ziele und einen Zeitplan festgelegt. Ich glaube, das ist die einzige Möglichkeit, erneute Völkerwanderungen nicht stattfinden zu lassen, die aus Hunger und aus Not entstehen könnten.

Wir wissen, dass nach der grundgesetzlichen Kompetenzordnung die Entwicklung und die Zusammenarbeit in erster Linie eine Aufgabe des Bundes ist. Wir kennen aber auch die Gedanken und Überlegungen, Partnerschaften einzelner Länder und anderer Gebietskörperschaften künftig mehr als bisher zu fördern. Wir halten deswegen die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit über die „Richtlinie für die internationale Zusammenarbeit“ für richtig und unterstützen den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Wir dürfen aber damit – davor warne ich – und auch mit der Diskussion, die wir führen, nicht nur unser eigenes Gewissen beruhigen. Es darf nicht nur ein Alibi sein, indem man aus diesem Hohen Haus nach Hause fährt und sich sagt: Ja, doch, ich habe auch etwas für die anderen getan. Ich glaube, der Antrag gibt uns Gelegenheit, mehr zu tun, als nur für die Beruhigung des Gewissens zu sorgen.

Eine etwas andere Grundhaltung habe ich zu Nummer 2 des Antrages, die Sie angesprochen haben. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie über die Punkte einzeln abstimmen lassen wollen. Ich glaube, es ist ein guter Brauch, dass wir uns in den bisherigen Haushaltsberatungen immer darauf verständigt haben, dass die Diskussionen dann stattfinden sollten, wenn sich der Haushaltsgesetzgeber in Gänze dem Haushalt widmet. Er hat dann eine ganz andere Möglichkeit, die entsprechenden Abwägungen zu treffen.

Ich bitte um Verständnis dafür, dass die CDU-Fraktion dem zweiten Punkt, dass das nur im Zuge der Haushaltsdiskussionen geklärt werden sollte, nicht zustimmen kann.

Ich wiederhole zum Schluss: Wir unterstützen den Antrag grundsätzlich. Ich möchte aber noch darauf hinweisen, dass das STUBE-Programm für uns ein sehr wichtiges Programm war. Ein ehemaliger Kollege, Heiner Sandig, hat sich dafür sehr stark engagiert. Wir halten es für wichtig, dass die osteuropäischen Staaten dabei eine Chance erhalten, dass wir aber auch in den afrikanischen und lateinamerikanischen Staaten und vielleicht auch im

asiatischen Raum Kontakte knüpfen, damit die Menschen, die hier eine Ausbildung erhalten haben, in ihren Heimatländern die Möglichkeit haben, dort auch bleiben zu können.

In diesem Sinne würden wir den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP
und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Die PDS-Fraktion, bitte. Herr Abg. Hilker.

Heiko Hilker, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Anscheinend befinden wir uns jetzt in einer Grundsatzdebatte darüber, wie wir in Zukunft im Freistaat Sachsen mit der Entwicklungszusammenarbeit umgehen wollen. Wahrscheinlich geht es auch gar nicht anders, als dass man, wenn man global denkt, eine Grundsatzdebatte führen muss und dann überlegt, wie man lokal handeln kann. Wenn ich mich frage, wie der Freistaat Sachsen lokal gehandelt hat, dann kann ich auf das eingehen, was Herr Schiemann über den Abg. Clemens gesagt hat, der 1993 zumindest dafür gesorgt hat, dass es ein politisches Bekenntnis im Freistaat Sachsen gab, je Kopf der Bevölkerung eine D-Mark für Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen.

Allerdings war dieses politische Bekenntnis dann weit von der politischen Praxis, von der Realität entfernt, denn im Jahre 1994 flossen von den zur Verfügung stehenden fünf Millionen DM gerade einmal 900 000 DM ab. Im Folgejahr waren es dann etwas mehr, nämlich zwei Millionen DM. Aber schon im nächsten Folgejahr stellte die CDU-Staatsregierung in dem entsprechenden Haushaltstitel nur noch eine Leersumme ein, es waren also Striche vorhanden. Wenige Jahre später existierte der entsprechende Haushaltstitel schon nicht mehr.

In den letzten Jahren sah die Förderpraxis so aus, dass die Staatsregierung behauptete, immerhin über fünf Ministerien und sechs Förderrichtlinien Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Doch diese Entwicklungszusammenarbeit war meistens nicht Entwicklungszusammenarbeit im klassischen Sinne des Wortes, sondern es war Wirtschaftsförderung. Manager wurden hier oder im Ausland geschult. Daneben wurde es ermöglicht, sich Märkte zu erschließen. Aber die klassische Aufgabe von Entwicklungszusammenarbeit, Hilfe zur Selbsthilfe, und zwar vor Ort, zu geben – also dort, wo die Betroffenen leben und wohnen –, wurde weitestgehend ausgeklammert. Diejenigen, die dort Projekte beantragten, standen am Schluss meistens mit leeren Händen da. Es gab genug Projekte im Bereich der Pflanzenproduktion, im Bereich der Energie, der erneuerbaren Energien bis hin zur Schulung qualifizierter Fachkräfte, die vor Ort in den betreffenden Ländern etwas bewegen wollten.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist sinnvoll und ich kann für meine Fraktion nur erklären: Wer global denkt und global handeln will, muss diesem Antrag zustimmen.

(Beifall bei der PDS und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die SPD-Fraktion. Herr Abg. Gerlach, bitte.

Johannes Gerlach, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Thesenpapier der SPD, die in Weimar ihre Vorstandsklausur gemacht hat, steht Folgendes: „Die großen Herausforderungen der Menschheit heute gehen uns alle an. Auch insofern ist Globalisierung Realität. Die Völker der Welt stehen gemeinsam vor der Aufgabe, mit dafür zu sorgen, dass Kontinente nicht verhungern, nicht verdursten, nicht ertrinken, sich nicht umbringen und dass sie die Umwelt nicht irreversibel zerstören. In der Völkergemeinschaft wollen wir als Deutschland und im Rahmen der EU dabei Mitverantwortung übernehmen. Pioniergeist ist gefordert, Wagemut, Wissenschaft und Technik, Hilfsbereitschaft und Geld.“ So weit dieses Zitat.

Im Koalitionsvertrag liest sich das in Auszügen folgendermaßen: „Die Koalitionspartner bekennen sich zu einem demokratischen, weltoffenen und toleranten Sachsen. Die Herausbildung einer demokratischen Kultur der Toleranz und Weltoffenheit ist eine langfristige und dauerhafte Aufgabe. Ein weltoffenes, international eingebundenes Sachsen setzt die Bereitschaft voraus, die Zusammenarbeit mit anderen Ländern in Wirtschaft, Forschung, Kultur und Verwaltung politisch und finanziell zu unterstützen. Sie dient auch eigenen Interessen der Friedenssicherung, der Bewahrung einer lebenswerten Umwelt und der Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.“ – Das als Zitate.

Im Zusammenhang mit dem Projekt STUBE, das in Punkt 2 des Antrages erwähnt ist, gibt es eine Anfrage des Kollegen Hilker, der gerade gesprochen hat, nach Entwicklungshilfeprojekten für 2003. Es ging dabei um Projekte in der Größenordnung von 584 000 Euro. Herr Hilker hat dazu schon gesagt, dass man diese Projekte natürlich sehr unterschiedlich bewerten kann hinsichtlich dessen, was da wie eingeordnet werden sollte. Laut Auskunft des Diakonischen Informationszentrums, das entsprechende Anregungen mehrmals allen Fraktionen zugeleitet hat, braucht man für das ganz konkrete STUBE-Programm, das man bisher durchgeführt hat, Geld in der Größenordnung von 21 000 Euro. Bis 2002 hatten wir 51 000 Euro im Haushalt stehen. Dann kam der Wegfall. Das wurde schon genannt.

Wir haben uns in der Koalition darauf verständigt – da kann ich mich dem Kollegen Schiemann nur anschließen –, dass haushaltsrelevante Anträge nicht vorweggenommen werden sollten. Aus diesem Grunde – und nur aus diesem Grunde! – lehnen wir den Punkt 2 ab. Ich gehe aber davon aus, dass dieses Geld in den Haushaltsverhandlungen mit Sicherheit irgendwo gefunden wird. Ich habe zumindest bei meinen Vorrednern nichts Gegenteiliges gehört.

Ich möchte aber wenige Worte zu meinen eigenen Erfahrungen aus Brasilien sagen. Es ist ein Zufall, dass auch ich Brasilien erwähne, nachdem Sie vorhin ebenfalls auf Brasilien eingegangen sind. Das war nicht abgesprochen. Ich habe dort oft gehört, dass man Handelsbeziehungen überall dort sehr schnell und sehr dauerhaft knüpfen kann, wo Kontakte zu ehemaligen Studenten und Prak-

tikanten existieren oder existierten, die eine bestimmte Zeit in Deutschland lernten oder arbeiteten.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

– Ich habe Sie nicht verstanden, Herr Prof. Porsch, aber Sie dürfen bei mir immer ans Mikrofon. Sie wissen das.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Das war keine Frage!)

– Okay, das war eine Ihrer vielen Bemerkungen.

Dort, wo Leute in den Ländern sind, die Erfahrungen in Deutschland gesammelt haben, bestenfalls Erfahrungen im Sinne von Ausbildung, bestehen die besten Voraussetzungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Das klingt vielleicht sehr egoistisch, ist aber die Realität. STUBE ist ein solches Mittel. Wenn das exakt ist, was die Diakonie uns hierzu schreibt, kann man dort mit einem Euro Staatsgeld immerhin drei Euro weitere Investitionsmittel einwerben, die nahezu ausnahmslos in Sachsen wieder ausgegeben werden. Es handelt sich also um Geld, das nicht irgendwo hinausgeht, sondern das hier ausgegeben wird.

Der gute Name – das sage ich jetzt in die ganz rechte Richtung, Sie brauchen mir nicht zuzuwinken, ich sehe Sie auch so – von „Alemanha“, wie Deutschland in Brasilien genannt wird, ist auch darin begründet, dass dort deutsche Auswanderer, unter ihnen nicht wenige Juden, nicht von irgendwelchen „brasilianischen Nazis“ durch die Straßen von Rio gejagt wurden, sondern dass sie ganz im Gegenteil von den freundlichen Menschen in Brasilien in verschiedenen Auswanderungswellen mit offenen Armen empfangen wurden und durch diese großzügige Aufnahme ihre Kultur und ihr Wissen in diese Gesellschaft einbringen konnten, zum Nutzen Brasiliens und bis heute zum Nutzen Deutschlands.

(Beifall bei der SPD, der CDU
und den GRÜNEN)

In diesem Sinne möchten wir in ganz besonderer Weise dem Punkt 1 Ihres Antrages zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN –
Uwe Leichsenring, NPD: Was hat das
mit uns zu tun?)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die NPD-Fraktion. Herr Abg. Petzold.

Winfried Petzold, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie werden es nachvollziehen können, dass wir uns über den hier zur Diskussion stehenden Antrag der GRÜNEN sehr freuen. Auch die Partei, die in der Vergangenheit eigentlich immer nur für ihre Multikulti-Phrasen bekannt war, scheint nun, wenn auch spät, endlich auf den Trichter zu kommen,

(Lachen bei den GRÜNEN)

lesen wir doch in ihrem Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit Blick auf das STUBE-Programm des Freistaates Sachsen – ich darf zitieren –: „Das

STUBE-Programm fördert nicht nur die Rückkehr des Absolventen in seine Heimat, es verstärkt auch die wirtschaftlichen Kontakte zwischen Sachsen und dem betreffenden Herkunftsland.“

Weiter heißt es in dem Antrag: „Das STUBE-Programm hat das Ziel, die Absolventen besser auf die beruflichen Anforderungen im Herkunftsland vorzubereiten.“ Nichts anderes fordert die NPD schon seit Jahren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Antje Hermenau, GRÜNE: Oh, Gott!)

Selbstverständlich sind wir dafür, ausländische Studierende in Deutschland zu fördern, wo immer dies im Bereich unserer Möglichkeiten liegt.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Beim Sport – wenn sie davonrennen müssen!)

Selbstverständlich sind auch wir zutiefst davon überzeugt und haben auch nie ein Hehl daraus gemacht, dass eine ernst zu nehmende Entwicklungspolitik nur in den Heimatländern der Ausländer stattfinden kann. Selbstverständlich waren und sind auch wir der Auffassung, dass jeder Euro, der in die Entwicklungshilfe gesteckt wird, den Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zugute kommen muss und nicht für abwegige Multi-Kulti-Projekte hierzulande zum Fenster hinausgeworfen werden darf.

Im Übrigen wird auch Ihnen, meine sehr geehrten Damen, besonders von der PDS, vermutlich noch gut in Erinnerung sein, dass gerade im Bereich des auswärtigen Kulturaustausches und der Entwicklungspolitik Hervorragendes geleistet worden ist. Wenn überhaupt irgendwann und irgendwo Ernst gemacht worden ist mit dem Vorhaben, den Entwicklungsländern Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, dann doch in der DDR. Wir sehen erst heute in der Rückschau, dass diese Politik einen zutiefst nationalen Ansatz hatte. Denn all die Gaststudierenden aus Angola, aus Vietnam und vielen anderen sozialistischen Ländern wurden ausgebildet und gefördert für eine berufliche Zukunft in ihren Heimatländern, nicht hier bei uns.

(Beifall bei der NPD)

Es ist schon bezeichnend, ja entlarvend, dass mit dieser Tradition der DDR-Entwicklungspolitik nach der Wende bald und gründlich gebrochen wurde. Das ist auch deshalb so entlarvend, weil sich die Damen und Herren von den GRÜNEN hier hinstellen, über die Rückkehrforderungen von Ausländern debattieren und damit eine echte NPD-Forderung aufgreifen. Draußen in der bundesdeutschen Wirklichkeit treiben sie doch eine ganz andere Politik.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Sie auch!)

Da kann es Ihnen gar nicht multikulturell genug sein. Da betreiben Sie ein Deutschland ohne Grenzen, eine unkontrollierte Zuwanderung, wo immer es möglich ist. Das ist ein Hohn, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Kurz und gut, der hier zur Diskussion stehende Antrag ist eine gute Sache,

(Antje Hermenau, GRÜNE: Um Gottes willen!)

der die Unterstützung der NPD-Fraktion dann finden wird, wenn die so genannten demokratischen Parteien endlich in allen Lebensbereichen eine konsequente Politik der Ausländerrückführung umsetzen werden.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Die FDP-Fraktion. Herr Abg. Dr. Schmalfuß, bitte.

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Hermenau! Ich möchte zunächst auf meinen Vorredner, Herrn Petzold von der NPD-Fraktion, eingehen. Es ist glattweg gelogen, dass die NPD die Ausbildung von ausländischen Studenten zur Leitlinie ihrer Politik macht!

(Beifall bei der FDP, der PDS, der SPD und den GRÜNEN –

Holger Apfel, NPD: Wie kommen Sie darauf? – Uwe Leichsenring, NPD: Wo haben wir das jemals gesagt?)

Grundsätzlich stimmen wir als freie Demokraten dafür, dass es eine der Aufgaben des Freistaates Sachsen ist, die Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchte ich jedoch anmerken, dass ich mir gewünscht hätte, dass dieser Antrag, Frau Hermenau, eine bessere Detaillierung erfahren hätte.

Zu Punkt 1: „Die Förderung der Entwicklungshilfe verläuft im Rahmen der Richtlinie für interregionale Zusammenarbeit vom 3. Dezember 2001“. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie, wenn dort ein Änderungswunsch Ihrerseits besteht, konkret angegeben hätten, welche Themengebiete zukünftig stärker oder wieder gefördert werden sollen. Darüber hinaus ist Ihrem Antrag nicht zu entnehmen, wie die Richtlinie zukünftig angepasst werden soll.

Insofern kann die FDP-Fraktion dem ersten Teil Ihres Antrages nicht zustimmen.

Zum STUBE-Programm sieht es etwas anders aus. Wir finden es sehr gut, möchten aber aus dem Grund nicht dafür stimmen, dass wir über die Mittelzuweisung in der Haushaltsdiskussion beraten wollen.

Wir hatten Rücksprache mit Frau Müller, der Geschäftsführerin des Ökumenischen Informationszentrums Dresden, genommen. Sie bestätigt, dass die Gelder nicht für Personalkosten ausgegeben, sondern dort echte Projekte abgewickelt werden. Das finden wir sehr gut. Aus dem Zuschuss, der beantragt worden ist, werden keine Personalkosten, sondern nur Programm- und Sachkosten finanziert.

(Der Abg. Uwe Leichsenring, NPD, tritt ans Mikrofon.)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Andreas Schmalfuß, FDP: Nein, jetzt nicht.

Ich zitiere aus dem Brief von Frau Müller: „Wir benötigen pro Jahr einen Zuschuss in Höhe von 21 000 bzw. 25 000 Euro, die Höhe der Überbrückungszahlung durch das Katholische Hilfswerk Misereor, durch Finanzmittel des Landes Sachsen. Gleichzeitig werden die Mittel in Höhe von rund 65 000 Euro durch das Ökumenische Informationszentrum Dresden von anderen Geldgebern eingeworben.“

Ich finde so einen Ansatz sehr gut, da man sieht, dass man sich hier bemüht, nicht nur Mittel des Staates zu nutzen, sondern eine Kofinanzierung einzuwerben, die zirka 75 % der Gesamtkosten abdeckt.

Insofern wird die Fraktion dem Antrag nicht zustimmen. Wir haben aber gesagt, dass wir darüber in der Haushaltsdiskussion sprechen wollen. Dem zweiten Teil stimmen wir selbstverständlich zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wer möchte von den Fraktionen noch einmal das Wort nehmen? – Herr Prof. Porsch, bitte.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Herr Petzold, ich war sehr intensiv an der Ausbildung von Ausländerinnen und Ausländern in der DDR beteiligt, insbesondere an der Sprachausbildung. Das war tatsächlich in sehr wesentlichen Punkten eine Ausbildung als Hilfe zur Selbsthilfe. Es war eine Ausbildung, die darauf bezogen war, dass diese Menschen in ihren Heimatländern die Entwicklung vorantreiben können.

Es war aber auch nicht ganz so rosig und idyllisch, wie Sie es darstellen. Es war auch eine Ausbildung, in der immer wieder Kontakte zur einheimischen Bevölkerung eingeschränkt und argwöhnisch beäugt wurden. Wenn im Rahmen dieser Ausbildung ganz normale zwischenmenschliche Beziehungen zwischen Mann und Frau entstanden und diese Beziehungen intensiver wurden und zur Ehe drängten, wurde versucht, das zu verhindern. Das wurde sehr schwierig gemacht. Da brauchen wir nicht nur Lob über die DDR auszuschütten. Vielleicht wundern Sie sich, dass Sie das von mir hören, aber ich habe da zu viel erlebt.

Aber eines muss ich Ihnen sagen – und das haben Sie vergessen: Etwas gab es in dieser Menge und Intensität nicht, es gab es im Grunde bis auf normale Geplänkel überhaupt nicht: Es gab es nicht, dass ausländische Studenten durch die Stadt gejagt wurden. Es gab es nicht, dass ausländische Studenten aus Straßenbahnen geschmissen wurden und zu Tode kamen. Es gab es nicht, dass ausländische Studenten durch Fenster geschmissen wurden und dabei zu Tode kamen. Dass es das aber heute gibt, ist Ihrer Ideologie geschuldet, Ihrer Auffassung von Nation und Nationalität und Ihrer Auffassung von dem, was Volk und Raum ist.

(Beifall bei der PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird von den Fraktionen noch einmal das Wort gewünscht? – Herr Abg. Leichsenring, bitte.

Uwe Leichsenring, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da man mir die Möglichkeit zu einer Zwischenfrage nicht gegeben hat, möchte ich jetzt eine Klarstellung machen. Sie werden sowohl in Schriften von uns als auch in unseren Aussagen nirgendwo finden, dass wir etwas gegen Austauschschüler haben, dass wir etwas gegen Studenten haben, die sich hier befinden. Wir haben nur etwas gegen Einreisende, die vergessen, eine Rückfahrkarte zu kaufen. Dagegen haben wir weiß Gott etwas.

(Beifall bei der NPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Wird weiter das Wort von den Fraktionen gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann frage ich die Staatsregierung. – Herr Staatsminister Winkler, bitte.

Hermann Winkler, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Sowohl in der Begründung im Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch in den Worten meines Kollegen Marko Schiemann kam zum Ausdruck, dass dieser Antrag auch etwas mit der Flutkatastrophe in Südostasien zu tun hat bzw. dass wir jetzt gerade erleben, wie dort Entwicklungshilfe nach einem sehr schweren Vorfall betrieben wird.

Ich glaube, es ist uns allen klar und ich möchte es auch noch einmal betonen, dass angesichts der verheerenden Flutkatastrophe in Südostasien und angesichts der vielen Toten – über 220 000 sind es zum heutigen Zeitpunkt – die Sächsische Staatsregierung und wir alle es als Verpflichtung erachten, dort schnelle, unbürokratische Hilfe zu leisten und alle Möglichkeiten zu prüfen, wie wir Hilfsaktivitäten bündeln können, um die Not zu lindern.

(Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Gerade wir in Sachsen wissen, wie wichtig schnelle, unbürokratische Hilfe ist. Lassen Sie mich einen Vergleich wagen. Es gibt nach der Flut des Jahres 2002 in Sachsen inzwischen viele Firmenpartnerschaften, Städtepartnerschaften innerhalb Europas, innerhalb Deutschlands, die damals den in Sachsen betroffenen Gebieten geholfen haben und die heute noch zusammenarbeiten. Dankenswerterweise gab es auch gerade in den letzten Wochen viele sächsische Firmen, Verbände oder auch Einzelpersonen, die bereits Kontakte unterschiedlichster Art in die Krisenregionen haben, die darauf aufbauen wollen, anknüpfen möchten und jetzt Hilfe leisten. Vielleicht können wir sogar diese Möglichkeiten, nachdem die Schäden im Größten behoben sind, weiter nutzen. Das ist auch eine Möglichkeit, Entwicklungshilfe zu leisten, ohne dass wir dafür spezielle Förderprogramme und Fördermöglichkeiten schaffen. Nur müssen wir es jetzt bündeln, wir müssen es alle gemeinsam wirklich wollen, damit das sehr nachhaltig ist. Es ist auch eine Chance, die aus dieser Krise erwächst. Wir können hier als Freistaat Sachsen besonders aktiv werden.

Ich möchte Ihnen sagen, dass wir im Zusammenhang mit der Flut auch im Kabinett gehandelt haben. Wir haben am 11. Januar einen Kabinettsbeschluss gefasst, dass zur Umsetzung der sächsischen Unterstützungsleistungen sofort ein Beirat „Seebebenhilfe“ eingerichtet wird. Dem Beirat gehören an: Vertreter der Staatsregierung, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, Vertreter der großen sächsischen Landesverbände, die auch international tätig sind, zum Beispiel Caritas, die Diakonie oder das Rote Kreuz; es sind aber auch Vertreter der Industrie- und Handelskammern dabei.

Dieser Beirat hat jetzt die Aufgabe zu bündeln, zu koordinieren. Ich will aber auch sagen, dass sich der Beirat außerdem – das ist auch in unser aller Interesse – um die Angehörigen der sächsischen Flutopfer in Südostasien kümmert und dort Hilfsangebote unterbreitet. Bezüglich konkreter Projekte wird sich der Beirat jetzt in Abstimmungsgesprächen mit der Bundesregierung begeben und prüfen, ob und in welcher Form sich der Freistaat Sachsen an den konzeptionellen Vorstellungen des Bundes beteiligen wird. Zugleich prüft die Sächsische Staatsregierung, mit welchem finanziellen Beitrag sich das Land am Wiederaufbau beteiligt. Diese Maßnahmen sind nach dem Verständnis der Staatsregierung auch ganz im Sinne der im Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zitierten Worte aus der Neujahrsansprache des Ministerpräsidenten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Entwicklungshilfe und die Entwicklungszusammenarbeit gehören zu den originären Aufgaben des Bundes, jedoch besteht im Rahmen eines Bund-Länder-Ausschusses eine enge Zusammenarbeit und Koordinierung mit den Ländern. Die Länder setzen dabei bezüglich der internationalen und interregionalen Zusammenarbeit unterschiedliche Prioritäten. Der Freistaat Sachsen hat im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der Entwicklungshilfe in den vergangenen Jahren vor allem den Einsatz von Fachkräften in den Entwicklungsländern und Studenten aus diesen Ländern durch Vergabe von Stipendien gefördert.

Er hat ferner auch Projekte der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Sachsen unterstützt. Dafür wurden im Jahr 2003 aus dem Haushalt zirka 208 000 Euro zur Verfügung gestellt. Schwerpunktmäßig ist die Unterstützung jedoch auf Projekte in mittel- und osteuropäischen Ländern konzentriert, hier besonders im Bereich Weiterbildungsmaßnahmen in Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft. Dafür wurden im Jahr 2004 durch das Wirtschaftsministerium ungefähr 440 000 Euro bereitgestellt, womit insgesamt 26 Projekte gefördert wurden. Im Jahr 2003 wurden für Weiterbildungsmaßnahmen, wissenschaftliche Zusammenarbeit, Studienbeihilfe, Schüler- und Lehreraustausch, unter anderem Projekte mit den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie einigen ausgewählten so genannten Übergangsländern, durch die Ministerien insgesamt über 2 135 000 Euro zur Verfügung gestellt.

Diese Unterstützung wird auch zukünftig trotz der begrenzten Haushaltsmittel Priorität haben. Die Sächsische Staatsregierung sieht darin eine langfristige und vor allem auch eine notwendige Aufgabe. Zusätzliche Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungshilfe stehen jedoch nicht zur Verfügung. Eine Änderung

bzw. Erweiterung deswendungszweckes wie die Förderung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Sachsen muss deshalb den parlamentarischen Beratungen zum Doppelhaushalt 2005/2006 im Landtag vorbehalten bleiben, die wir jetzt in den Fraktionen, Arbeitskreisen und letztendlich hier im Plenum beginnen und durchführen.

Unabhängig davon gilt, dass der Freistaat auch zukünftig konkrete Hilfe und Unterstützung gegenüber Ländern und Regionen leisten wird, die von Naturkatastrophen betroffen sind. Für die Nichtaufnahme des Studienbegleitprogramms STUBE in den Doppelhaushalt 2005/2006 sind sowohl sachliche als auch finanzielle Gründe anzuführen. In Sachsen waren Ende 2003 zirka 3 600 Studierende aus Afrika, Amerika und Asien an den Universitäten und Hochschulen eingeschrieben. Darunter sind auch viele Teilzeitstudenten, die nicht zur Zielgruppe der STUBE-Programme gehören. Im Sächsischen Hochschulgesetz ist die Mitwirkung der Hochschulen an der sozialen Förderung dieser Studenten geregelt, wofür die akademischen Auslandsämter bzw. die internationalen Hochschulkollegs zuständig sind.

Sicherlich sind die Bemühungen, die ausländischen Studierenden aus den Entwicklungsländern im Rahmen von Studienbegleitprogrammen ergänzend zu unterstützen, zu begrüßen, jedoch sieht sich die Sächsische Staatsregierung aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht in der Lage, das STUBE-Programm wieder aufzunehmen und zu bezuschussen. Die letzte Entscheidung darüber, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt jedoch beim Haushaltsgesetzgeber, hier beim Sächsischen Landtag.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit den vorher beschriebenen Maßnahmen und Leistungen wird der Freistaat Sachsen auch in Zukunft seiner Verantwortung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gerecht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombos: Ich rufe zum Schlusswort auf. Frau Abg. Antje Hermenau, bitte.

Antje Hermenau, GRÜNE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es war ja zu erwarten, dass die NPD versucht, wieder ihre Taktik hier durchzuziehen und so zu tun, als hätte sie ein großes Interesse daran, wie sie es hier dargestellt hat, mit Studierenden ausländischer Herkunft in Sachsen fair umzugehen. Wir wissen aber – das ist auch in verschiedenen Redebeiträgen zutage getreten –, dass der Fraktion der NPD nahe stehende NPD-Angehörige immer wieder dabei ertappt werden – das ist auch aktenkundig –, dass sie ausländische Mitbürger angreifen. Wir reden hier nicht nur von Studierenden, sondern von Mitbürgern insgesamt. Wir werden die Debatte über Zuwanderung bei der Frage der demografischen Entwicklung des Freistaates Sachsen, hochprojiziert auf die nächsten Jahrzehnte, in Ruhe ausdiskutieren. Da mache ich mir gar keine Sorgen und von „unkontrolliert“ kann gar keine Rede sein.

Worauf es mir aber ankommt, ist Folgendes. Wir haben zum Beispiel hier in Dresden einen Standort für Mikroelektronik. Es arbeitet auch eine ganze Reihe von Taiwa-

nesen hier. Taiwan ist nun kein Entwicklungsland, aber ein Land, dessen Bewohner für unsere Augen fremdländisch aussehen. Was ist vor zwei Jahren passiert? Es wurde eine Gruppe von Taiwanern in der Straßenbahn in Dresden tätlich angegriffen und die Dresdner Verkehrsbetriebe waren klug genug, die betroffenen Taiwanern dann zu einem Tag in die Schaltstellen der Dresdner Verkehrsbetriebe einzuladen, um so eine Art kulturelle Wiedergutmachung zu leisten.

Ich bin selber auch in einem Freundeskreis der Freunde Taiwans. Ich weiß, dass wir von den Taiwanern im Bereich der Mikroelektronik eine Menge lernen können, da soll man nicht überheblich sein. Also ist die Frage, ob Leute, die hier arbeiten und mit Arbeitsplätze sichern helfen, vor Übergriffen nicht geschützt sind, weil Angehörige Ihrer Partei sich ständig solche Übergriffe vornehmen, eine ganz wesentliche Frage unserer Wirtschaftskraft hier in Sachsen und nicht nur eine moralische Frage, die aber genauso wichtig ist zu beschreiben.

(Beifall bei den GRÜNEN,
der PDS und der SPD)

Sie haben hier eiskalt wie der Wolf im Rotkäppchen die Haube der Großmutter, nachdem Sie sie verschlungen haben, übergezogen, Ihre großen runden Augen ausgepackt und ganz harmlos die Zähne gefletscht und das Rotkäppchen versucht in die Irre zu führen. Da kann ich Ihnen nur sagen: Ihr Vorsitzender hat versucht, einen Antrag in Dresden zu stellen, den Ausländerrat abzuschaffen, da ist schon einmal das Häubchen abgestürzt vom Wolfssohr.

(Holger Apfel, NPD: Das ist doch
eine ganz andere Hausnummer!)

Ein anderes Mal haben Sie mit Ihrem Geschäftsführer versucht, statt einem Ausländerbeauftragten einen Rückkehrungsbeauftragten zu fordern. Auch da ist Ihnen wie-

der das Mützchen vom Wolfsöhrlein runtergerutscht. Das heißt für mich, dass Sie hier versuchen, ein Bild von Ihren Absichten zu erwecken, das ganz und gar nicht dem entspricht, was die Angehörigen Ihrer Partei tatsächlich jeden Tag überall in unseren Städten und Dörfern tun.

Für mich ist es umso wichtiger, dass dieser Antrag durchgeht. Vielleicht ziehen Sie ja dann Ihre Zustimmung zurück, weil nämlich genau die entwicklungspolitische Bildungsarbeit auf diese Zusammenhänge hinweisen wird und immer mehr Menschen, jeden Tag mehr, verstehen werden, was Sie hier treiben.

(Beifall bei den GRÜNEN, der PDS, der SPD
und vereinzelt bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Andrea Dombois: Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung. Es ist punktweise Abstimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Drucksache 4/0472 beantragt worden. Ich lasse jetzt über diesen genannten Antrag zum Punkt 1 abstimmen. Wer möchte die Zustimmung geben? – Gibt es Gegenstimmen? – 3 Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen ist dem Punkt 1 mehrheitlich zugestimmt worden.

(Zurufe von der PDS – Holger Apfel, NPD:
Sie müssen richtig zuhören! – Unruhe)

Wir befinden uns noch in der Abstimmung; ich würde gern den Punkt 2 aufrufen. Wer möchte diesem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Ich sehe einige Stimmenthaltungen und eine Reihe von Stimmen dafür. Dennoch ist der Punkt 2 mehrheitlich abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren! Ich schließe diesen Antrag und rufe auf den

Tagesordnungspunkt 6

12. Tätigkeitsbericht 2003/2004

Drucksache 4/0215, Unterrichtung durch den Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Drucksache 4/0465, Beschlussempfehlung des Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses

Das Präsidium hat eine Redezeit von 10 Minuten je Fraktion festgelegt. Die Reihenfolge in der ersten Runde: CDU, PDS, SPD, NPD, FDP, GRÜNE und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Ich erteile nun der CDU-Fraktion das Wort; Herr Abg. Schiemann, bitte.

Marko Schiemann, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der 12. Tätigkeitsbericht des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit liegt dem Hohen Hause seit Herbst 2004 vor. Dem Landesbeauftragten, Herrn Beileites, seinen Mitarbeitern und allen, die im Sinne des Berichtes gearbeitet haben, danke ich namens der christ-

demokratischen Fraktion des Sächsischen Landtages ganz herzlich für ihre Arbeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN,
der FDP und der Staatsregierung)

Ich bedanke mich aber auch bei all den sächsischen Frauen und Männern, die sich in den Opferverbänden des Freistaates Sachsen engagieren.

(Beifall des Abg. Heinz Eggert, CDU)

Diese Arbeit ist ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur, die unser Freistaat braucht, um eine Verklärung der vorangegangenen Diktaturen zu verhindern. Deshalb brauchen wir auch diese Erinnerungskultur von den Opfern,

die sie uns nahe bringen können und die sie auch allen Generationen im sächsischen Volk weitergeben können.

Der Bericht des Landesbeauftragten bringt dabei seinen eigenen Anteil in die wichtige Frage der Bewahrung und Weitergabe der erlebten Geschichte ein. Vergleicht man die Berichte der vorangegangenen Jahre, so haben sich die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit durchaus geändert. Dem Landesbeauftragten danke ich herzlich dafür, dass er die Beratungsangebote auch in den Regionen des Freistaates macht und damit mehr Menschen die Möglichkeit bietet, seine Beratungen anzunehmen.

Ich halte es weiterhin für wichtig, Projekte an den Schulen mit Schülern und Lehrern zu begleiten. Besonders die junge Generation, die nicht mehr zur Erlebnisgeneration gehört, muss alle Möglichkeiten erhalten, um die erlebte Geschichte zu erfahren und zu begreifen. Lehrern sollte – dafür bin ich dankbar, das ist aus dem Bericht des Landesbeauftragten im Verfassungs-, Rechts- und Europausschuss hervorgegangen – diese Möglichkeit geboten werden, besonders Geschichtslehrern. Die Jugend hat einen Anspruch darauf, die Geschichte so zu erfahren, wie sie viele unserer Landsleute vor 1945 und nach 1945 erleiden mussten.

Sorgen macht mir dennoch ein Problem: Es kann nicht angehen, dass der Geschichtsunterricht bei vielen Schülern nicht bis in die jüngere Geschichte vermittelt wird. Dies gilt einschließlich der Veränderungen aus der friedlichen Revolution des Herbstes 1989. Es darf nicht sein, dass es Schulabgänger gibt, die mit einem Geschichtswissen bis 1950 oder 1955 die Schule verlassen. Daran muss sich etwas ändern.

Wir stehen aber auch in der Schuld der Opfer, die mit ihrem Wirken den Herbst 1989 überhaupt ermöglichten. Deshalb müssen wir uns erinnern, um nicht zu vergessen.

Vergessen dürfen wir aber auch nicht, dass das MfS – das ist ja die Grundlage, warum der Landesbeauftragte auch per Gesetz im Freistaat Sachsen seine Aufgabe erhalten hat – keine allein agierende Abteilung des Sozialismus war. Wir dürfen nicht vergessen, dass das MfS einer Partei, der SED, unterstand. Leider haben viele schon vergessen, dass es die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands war, die Befehlsgeber und Auftraggeber der Staatssicherheit war, das heißt, dass sie ebenfalls verantwortlich bzw. vielleicht noch weitaus verantwortlicher für das Wirken des MfS war.

(Beifall bei der CDU, der FDP und
des Abg. Jürgen Gansel, NPD)

Ich hoffe, dass das bei der Geschichtsaufarbeitung natürlich Beachtung findet und dass sich jetzt nicht, weil es der Einigungsvertrag ein wenig anders gesehen hat, die eigentlichen Verantwortlichen leicht und leise aus der Geschichte stehlen können. Die Auftraggeber und die Verantwortlichen waren die Vertreter der SED, die das MfS mit ihrer Aufgabenwahrnehmung beauftragt haben, um den Sozialismus, den die SED aufbauen wollte, letztendlich so in den Mauern festzuhalten, damit das geschehen konnte.

Wir hatten gestern ein Thema auf der Tagesordnung – als es um die Richtlinien der Überprüfung ging –, bei

dem ich davon gesprochen hatte, dass der Sächsische Landtag bei der Erarbeitung der Verfassung nicht von Hass ausgegangen ist – nicht von Hass und nicht von Rache. Ich habe vorgestern Abend auf einem Sender der ARD, dem ORB, gesehen, dass die Staatssicherheit so dargestellt war – auch von den Offizieren der Staatssicherheit –, dass es nur möglich war, die Truppe zusammenzuhalten mit Hass. Es war nur möglich, eine Motivation innerhalb der Staatssicherheit zu erreichen mit dem Thema Hass. Ich gebe das dem Kollegen, der mir gestern unterschieben wollte, dass auch die Verfassungsdiskussion davon geprägt war, zurück und muss ihm sagen: Die Staatssicherheit war nur in ihrer Aufgabe zu erhalten, indem man Hass auf den Rest der Bevölkerung in der DDR ausüben konnte.

Die Opfer – das sollten wir nicht vergessen – sollten weiterhin im Blickpunkt unserer Betrachtung der Geschichte, unserer Aufarbeitung der SED-Diktatur stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen in der Pflicht, uns im Freistaat Sachsen weiterhin für die Belange der Opfer einzusetzen. Dies ist nicht nur eine moralische Pflicht, sondern wir müssen auch dem Artikel 116 der Sächsischen Verfassung Rechnung tragen. Wir haben uns im Jahre 1992 darauf verständigt, dass der Artikel 116 folgenden Wortlaut erhält – ich zitiere ihn hier bei diesem Bericht erneut: „Wer im Gebiet des heutigen Freistaates Sachsen oder als Bewohner dieses Gebietes durch nationalsozialistische oder kommunistische Gewaltherrschaft wegen seiner politischen, religiösen oder weltanschaulichen Überzeugung oder wegen seiner Rasse, Abstammung oder Nationalität oder wegen seiner sozialen Stellung oder wegen seiner Behinderung oder wegen seiner gleichgeschlechtlichen Orientierung oder in anderer Weise willkürlich geschädigt wurde, hat nach Maßgabe der Gesetze Anspruch auf Wiedergutmachung.“

Wiedergutmachung moralischer Art hat er im ersten Sinne natürlich auch von uns zu erfahren. Wir sollten das nicht vergessen.

Namens der CDU-Fraktion erkläre ich: Wir wollen, dass die Arbeit des Sächsischen Landesbeauftragten weitergeführt wird. Wir brauchen seine Arbeit, wir brauchen die Arbeit seiner Mitarbeiter. Wir müssen uns weiter für die Belange der Opfer einsetzen. Wir brauchen eine Erinnerungskultur, die Diktaturen zukünftiger Zeiten verhindert. Die Debatte im Interesse der Opfer werden wir weiterführen müssen, denn wir müssen uns in Deutschland kritisch fragen, ob wir genügend für die Opfer getan haben. Deshalb lohnt es sich, weiterhin für die Opfer einzutreten.

Abschließend: Einen Schlusstrich bei der Aufarbeitung der Diktaturen darf es nicht geben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Es spricht als Nächstes der Vertreter der PDS-Fraktion. Herr Dr. Friedrich, bitte.

Dr. Michael Friedrich, PDS: Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat auch diesen 12. Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten mit Interesse und Respekt zur Kenntnis genommen. Es ist der vierte Bericht unter der Ägide des nicht mehr ganz neuen Behördenchefs Herrn Beleites. Vergleicht man ihn mit den vorhergehenden Berichten, so fällt auf, dass sich Herr Beleites zumindest bemüht, den aktuellen Bericht stärker auf den freilich eng umgrenzten gesetzlichen Auftrag seiner kleinen Behörde auszurichten, ohne dass dies durchgängig gelungen ist. Ich komme auf diesen für uns nicht unwesentlichen Kritikpunkt noch zurück.

Gestatten Sie mir, sehr verehrte Damen und Herren, aber zunächst eine ziemlich grundsätzliche Bemerkung, gerade angesichts dessen, was Kollege Schiemann hier gesagt hat. Für die PDS-Fraktion kann ich erklären, dass wir als eine Partei, welche die sozialistische Option für die menschliche Zukunft aufrechterhält, am meisten und ohne jegliche Einschränkung daran interessiert sind, dass die Taten politischer Gewalt und Repressionen in der DDR und ihre Ursachen ehrlich und schonungslos aufgeklärt werden. Ebenso sind wir daran interessiert, dass das mahnende und verurteilende Gedenken an politische Gewalt und Repressionen, die im Namen eines falsch verstandenen und falsch gelebten Sozialismus geschehen sind, aufrechterhalten bleibt, damit sich solche Vergehen und Verbrechen niemals wiederholen können.

Mein ehemaliger Kollege Prof. Bramke hat bei der Debatte zum Gedenkstättengesetz in der 3. Wahlperiode dazu sehr deutliche Worte gefunden. Ich darf Sie daran erinnern. Würden wir anderes wollen oder anders handeln, stünde dies im klaren Gegensatz zu unserem Anspruch, die sozialistische Option, die wir wollen, eben auf demokratischem Wege und nur auf diesem Wege anzustreben. Daraus ergibt sich auch ganz logisch, dass wir mitnichten eine Schlussstrichdebatte wollen, wie uns immer wieder unterstellt wird. Auch unser Gesetzentwurf zur Änderung der Übergangsbestimmungen in der sächsischen Landesverfassung will keine solche Schlussstrichdebatte.

Doch nicht um dieses Gesetz geht es heute, sondern um den 12. Tätigkeitsbericht. Im Vergleich zu den Vorjahresberichten fällt immerhin positiv auf, dass er die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes korrekterweise stärker im historischen Kontext in diesen Bericht einordnet. Herr Beleites spricht etwas hochgestochen in der Einleitung von „Kontextualisierung des Arbeitsgebietes“. Er spricht von „Sowjetimperium“ und „europäischer Diktaturengeschichte des 20. Jahrhunderts“. Das sind Termini, die sich die PDS-Fraktion nicht zu Eigen macht. Ich möchte bezweifeln, ob sie historisch korrekt sind, aber das will ich heute Abend dahingestellt sein lassen. Für mich ist wichtig, dass wir diesen Versuch, zumindest ansatzweise die Zusammenhänge zu sehen, Auftrag und Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit also mitnichten nur als ein isoliertes Phänomen des Bösen zu betrachten, unterstützen. Das hat die PDS immer gefordert, weil es einfach schäbig ist, nur auf das MfS scheinbar bequem einzuschlagen und alle Schuld darauf abzuladen.

Ich möchte aber auf zwei echte Probleme eingehen, die dieser Bericht anspricht. Sie kritisieren, Herr Beleites, auf Seite 7, dass es bei Folgeansprüchen für beruflich Reha-

bilitierte zu einem Nullsummenspiel kommt, weil die bevorzugte Umschulung und Weiterbildung aufgrund der bekannten Arbeitsmarktlage nicht zum Tragen komme und weil die Fristen für die Aufnahme eines Hochschulstudiums zum 1.1.2003 ausgelaufen seien. Deshalb würde die berufliche Rehabilitierung oft ins Leere laufen. Natürlich ist das ein echtes Problem. Es gibt ja auch eine ganze Reihe Petitionen dazu. Allein mit der Behauptung, ich wäre im Jahr 2000 bestimmt Professor geworden, wenn ich durch staatliche Repressionen im Jahr 1975 nicht meinen Studienplatz verloren hätte, lässt sich bestimmt kein Rechtsfrieden herstellen.

Ich darf deshalb hier noch einmal ganz ausdrücklich an den Gedanken einer Opferrente für nachweislich durch DDR-Unrecht Geschädigte erinnern. Ich möchte Sie, sehr verehrte Damen und Herren, dazu an die einvernehmliche Debatte in diesem Hohen Hause in der 98. Sitzung des 3. Sächsischen Landtages erinnern. Dort hat mein Kollege Dr. Dietmar Pellmann zum Projekt der Opferrente gesprochen und auch sehr klare und zustimmende Worte gefunden. Die Position meiner Fraktion zu einer Opferrente ist heute keine andere als damals.

Ein zweiter Problemkomplex ist das so genannte Regionalkonzept des Bundesbeauftragten für die Hinterlassenschaften der Staatssicherheit. Wir stimmen mit Herrn Beleites darin überein, dass die Reihenfolge der anstehenden Grundsatzentscheidungen umgekehrt sein muss. Wie können wir denn sinnvoll über die sächsische Archivstruktur entscheiden, ohne fahrlässig Steuergelder aus dem Fenster zu werfen, wenn die mittel- und langfristige Perspektive des Umgangs mit diesen Unterlagen noch völlig ungeklärt ist? Herr Beleites stellt auf Seite 21 die richtigen Fragen. Beantworten kann sie allerdings nicht der Sächsische Landtag, sondern nur der Bundestag.

Für die PDS-Fraktion ist jedenfalls klar, dass es keine kalte Abwicklung der Behörde geben kann. Ebenso klar ist, dass die Bestimmungen des Einigungsvertrages greifen müssen, wonach die archivwürdigen Bestände des MfS eines Tages unter das Dach des Bundesarchivs gehören. In welcher Rechtsform dies letztendlich geschieht, ob es eine neue Stiftung geben wird wie diejenige mit dem umständlichen Namen „Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv“, abgekürzt SAPMO – dort sind bekanntlich die Akten der SED, der FDJ, der CDU, der LDPD und anderer Blockparteien archiviert –, oder ob es etwas anderes geben wird, ist so lange für uns uninteressant, wie die offenen Zugangsregelungen zu diesem zukünftigen Archivgut nicht gefährdet sind.

Abschließend: Dass der gesetzliche Auftrag des Landesbeauftragten so schmal ist, wie er ist, siehe § 38 des Unterlagengesetzes des Bundes, und dass der Landesbeauftragte eben nur in diesem Rahmen Kompetenz und Befugnisse, Aufgaben und Verantwortlichkeiten hat, ist nicht unsere Erfindung. Das haben Staatsregierung und CDU-Fraktion exakt so gewollt, nämlich mit der im Jahr 2000 verabschiedeten Novelle des Landesbeauftragtengesetzes. Der enge gesetzliche Auftrag scheint nun nachgerade ein Aufgabenfindungsrecht der Behörde zu provozieren. Leider kann sich Herr Beleites dieser Versuchung im Berichtszeitraum wiederum nicht völlig entziehen.

Zwar geht es diesmal nicht mehr um die historische Bewertung der LPG-Geschichte wie vor einigen Jahren, aber um die „Baumoderne in der DDR“ oder das „Wohnen im Spannungsfeld von Herrschaft und Alltagspraxis am Beispiel von Dresden-Prohlis der siebziger und achtziger Jahre“ oder „Kirche im SED-Staat oder Jugendalltag in der DDR“.

Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, wie solche Vorträge, Publikationen oder Bildungsprojekte durch den klar definierten gesetzlichen Auftrag für den Landesbeauftragten gedeckt sind. Der Landesbeauftragte hat eben gerade nicht die Rolle einer Zentralinstanz für alle Repressionsfolgen aus der DDR-Geschichte. Das muss hier zum wiederholten Male ganz klar gesagt werden. Das ist unsere Hauptkritik an diesem Bericht.

Wir sind deshalb gern bereit, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, allerdings mit der notwendigen kritischen Differenzierung, das heißt nicht billigend, also zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, wie der Berichterstatter Herr Prof. Schneider in der Beschlussempfehlung des Verfassungsausschusses vorschlägt. Dies war im Übrigen auch der einvernehmliche Diskussionsstand im Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Bräunig.

Enrico Bräunig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hiermit auch für die SPD-Fraktion den Dank an Herrn Michael Beiletes und auch ausdrücklich an seine Mitarbeiter für die im Berichtszeitraum geleistete engagierte Arbeit aussprechen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Wir haben mit diesem Bericht feststellen können, dass die Arbeit des Landesbeauftragten kontinuierlich auf hohem Niveau weitergeführt wurde.

Die Ausführungen in dem Bericht – das haben die Beratungen im Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss einmal mehr deutlich gemacht – zeigen, welches Gewicht die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR auch 15 Jahre nach Ende dieses Staates nach wie vor hat.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Internetauftritt des Landesbeauftragten fertig gestellt wurde und er sich nunmehr auch über die neuen Medien öffentlichkeitswirksam präsentiert.

Es gibt einen Aspekt, der mich persönlich auch in diesem Zusammenhang berührt und den ich noch erwähnen möchte. Herr Schiemann ist in seinem Beitrag schon einmal darauf eingegangen. Die geschichtliche Aufarbeitung der Geschehnisse der damaligen Zeit mit Hilfe der Stasi-Unterlagen dient auch dazu, die Erinnerung wach zu halten und gewisse Ereignisse gegen das Vergessen zu sichern. Das ist umso wichtiger, als seit dem Ende der DDR bereits eine neue Generation herangewachsen ist, die diesen Teil unserer Geschichte nicht mehr bewusst miterlebt hat. Ich zähle mich persönlich zu dieser

Generation und es sind noch einige jüngere Abgeordnete in diesem Raum. Gerade diese Generation, aber noch viel mehr die nachfolgenden sind es, die auf der Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit herangewachsen sind und heranwachsen, die wir über diese Geschehnisse aufklären und dafür sensibilisieren sollten. Ihnen nahe zu bringen, dass es in der jüngeren Geschichte Bestrebungen gab, die darauf abzielten, Menschen zum Instrument diktatorischer Machtansprüche zu machen, so wie es unter Mithilfe des Staatssicherheitsdienstes der DDR geschehen ist, sehe ich als eine der wichtigen Zukunftsaufgaben für das Amt des Landesbeauftragten an. Gerade deshalb, aber nicht nur deshalb, wird dieses Amt weiterhin zumindest mittelfristig seine Berechtigung haben.

Nochmals Dank und wir freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die NPD-Fraktion Herr Leichsenring.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion für den sehr informativen Bericht des Sächsischen Landesbeauftragten bedanken.

Das Thema Staatssicherheit stand ja schon gestern im gewissen Sinne auf der Tagesordnung, aber es war eine sehr spezielle Thematik. Deshalb passte ein etwas größerer Zusammenhang nicht hinein, heute aber schon.

Die Gründe und auch die Möglichkeiten für die Beschäftigung mit dem Unrecht von gestern, aber auch mit dem von heute sind natürlich in verschiedener Hinsicht sehr unterschiedlich. Zunächst muss festgehalten werden, dass die Verantwortlichen für staatliches Unrecht von gestern, zumindest für jenes, das in der ehemaligen DDR geschah, heute in der Regel nicht mehr in Machtstrukturen eingebunden sind. Wer jedoch hingegen die heutigen Machenschaften der aktuellen Geheimdienste angreift, muss mit Sanktionen rechnen. Die Nationaldemokraten und auch speziell ich können davon ein Lied singen.

Vor allem möchte ich aber auch auf die durchaus unterschiedlichen Motive hinweisen, die bei der Auseinandersetzung mit vergangenem und derzeitigem staatlichem Unrecht eine Rolle spielen. Wenn wir Nationaldemokraten heute etwa den politischen Missbrauch der aktuellen Geheimdienste anprangern, setzen wir uns für eine Stärkung der Bürgerrechte durch Vorbeugung von Willkürmaßnahmen ein. Das gehört in einem demokratischen Rechtsstaat zum allgemeinen staatsbürgerlichen Engagement und zu den Aufgaben der parlamentarischen Kontrolle gleichermaßen.

Der Rechtsstaat erfordert ein kompromissloses Eintreten gegen jede Form real existierender staatlicher Willkür, zumal in Deutschland, wo im Grundgesetz in Form des Widerstandsrechts mehrfach eine verfassungsrechtliche Verankerung zu finden ist. Hier ist kein Opportunitätsprinzip zulässig. Der Rechtsfrieden, der auf dem Stillschweigen und der Duldung von Unrecht und Willkürmaßnahmen beruht, wäre eine bloße Friedhofsruhe. Wenn wir uns hingegen mit dem vergangenem Unrecht

des Staatssicherheitsdienstes in der verflochtenen DDR auseinander setzen, gibt es für uns Nationaldemokraten nur ein einziges gültiges Kriterium, und das ist der Rechtsfrieden in Deutschland.

Wie können wir in diesem Sinne der Gemeinschaft unseres Volkes – wenn Sie so wollen, der Volksgemeinschaft – am besten dienen? Vergangenheitsbewältigung, zumal in Bezug auf einzelne Personen, darf nach unserer Überzeugung nie zum Selbstzweck werden. Das Vorgehen gegen ehemalige Stasi-Angehörige und andere Funktionäre der DDR sollte vor allem den berechtigten Interessen jener ehemals Verfolgten dienen, so wie eine erneute Karriere ihrer Verfolger im öffentlichen Leben, zum Beispiel auch als Abgeordnete, eine traumatische persönliche Zumutung ist oder gerade den Zusammenbruch ihres Vertrauens in die Gerechtigkeit und die staatliche Ordnung bedeuten würde. Wie fühlt sich ein Arbeitsloser, der zum Arbeitsamt geht und dort genau als Berater jenen vorfindet, den er schon in seiner Stasi-Akte als Spitzel vorgefunden hat? Das sind sicherlich Erlebnisse, die man jedem ersparen möchte.

Direkt im Hinblick auf den Inhalt des Berichtes des Sächsischen Landesbeauftragten habe ich nur eine Bemerkung, die an eine von uns im Verfassungs- und Rechtsausschuss gestellte Frage anknüpft. Wenn ich die Aufgaben des Landesbeauftragten richtig verstanden habe, dann sind sie hauptsächlich im Bereich der Beratung und Information angesiedelt. Ich denke, dass die vielen Beratungsgespräche, Informations- und Diskussionsveranstaltungen ein sehr realistisches Bild der Lebenssituation, der objektiven Selbsteinschätzung der betroffenen Opfer wie auch der Lebenssituation und der Selbsteinschätzung der ehemaligen Stasi-Mitarbeiter sowie der für die Wahrung des Rechtsfriedens relevanten Bestimmungen im Land ermöglichen. Das ist meines Erachtens genau die Information, die auch wir als gesetzgebende Institution brauchen, um die richtigen gesetzlichen Weichenstellungen treffen zu können. Ich möchte die herzliche Bitte an den Sächsischen Landesbeauftragten richten, genau in diesem Sinne weiterzuarbeiten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es spräche als Nächstes die FDP-Fraktion, aber Sie hat keinen Namen gemeldet. – Sie möchten sprechen, bitte sehr.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt schwer, als Liberaler des Öfteren nach solchen Einlassungen, wie sie hier von der NPD wieder gekommen sind, sprechen zu müssen. Es ist jedes Mal eine neue Herausforderung, denn was an Unverschämtheiten geboten wird, scheint aus einem nicht enden wollenden Fundus zu stammen.

Herr Leichsenring, was meinen Sie, was passiert, wenn tatsächlich interessierte Bürger Ihre Rede ernsthaft verfolgen und wenn sie mitbekommen, wie Sie die Opfer des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR mit Ihren Gesinnungsfreunden gleichstellen, wenn diese, wie

ich finde, sehr zu Recht, ins Beobachtungsfeld des Landesamtes für Verfassungsschutz geraten?

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Sie offenbaren damit ein historisches Verständnis mit der Feinmotorik einer Betonmischmaschine. Aber ich glaube, das ist auch beabsichtigt.

Das Ministerium für Staatssicherheit und das Amt für Verfassungsschutz sind auch im historischen Vergleich eine ganz andere Veranstaltung.

(Zuruf von der NPD: Dasselbe!)

Damit die Erinnerung an das, was das Ministerium für Staatssicherheit den Menschen in diesem Land über viele Jahre angetan hat, nicht verschwindet, sondern aufgeklärt, verarbeitet, aufgearbeitet und in Zusammenhänge gestellt wird, dafür ist dieser Landesbeauftragte dringend erforderlich. Ich danke Ihnen im Namen meiner ganzen Fraktion der Liberalen für diese Arbeit.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Wenn der Kollege Schiemann vorhin sagte, die Arbeit sei notwendig, da der Bestand der Akten und das, was dort geschehen ist, Teil der Erinnerungskultur sei, dann lassen Sie mich bitte insofern widersprechen, als ich nicht glaube, dass die Arbeit der Beauftragten für die Stasi-Unterlagen gegenwärtig bereits das Bearbeiten einer Erinnerungskultur ist, sondern das ist immer noch aktive, dringend notwendige Arbeit, die tatsächlich noch nicht abgeschlossene Auseinandersetzung mit den Strukturen, mit den Denkweisen, mit den Arbeitsweisen, mit den Arbeitsergebnissen dieser Diktatur und ihres Hauptwerkzeuges.

Noch sind wir nicht so weit, dass wir hier von Erinnerungskultur sprechen. Die Ära der Geschichte, der historischen Beleuchtung wird irgendwann kommen. Sie ist gegenwärtig noch nicht da. Deswegen brauchen wir diese Arbeit und deswegen unsere auch schon im Ausschuss formulierten Bedenken gegen die gegenwärtig in Berlin angestellten Überlegungen, die Archive des Bundesbeauftragten und der Landesbeauftragten dem Bundesarchiv bzw. dem jeweiligen Landesarchiv zu unterstellen. Damit würden sie tatsächlich auch als Archivgut und Teil eines abgeschlossenen, historisch in sich begrenzten Zeitraums gewertet werden. Das wollen wir nicht.

Wir halten es noch eine lange Zeit für notwendig, dass damit gearbeitet wird. Die Arbeit ist wichtig, wie der Bericht zeigt, gerade auch im Hinblick auf die Beratung, die der Beauftragte immer wieder bei Bürgern leistet, die Schwierigkeiten in dem auch von Ihnen angesprochenen Bereich der beruflichen oder verwaltungsrechtlichen Rehabilitierung haben. Hier gibt es noch viel zu tun. Wir werden die Arbeit des Landesbeauftragten weiter aufmerksam verfolgen. Wir halten diese Arbeit weiterhin für dringend erforderlich.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Herr Dr. Gerstenberg.

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist heute bei diesem Tagesordnungspunkt fast Sitte, mit einem Dank zu beginnen. Ich möchte das auch tun.

Ich erinnere mich noch an die Krise, die der Vorgänger Herr Siegmund Faust ausgelöst hatte, eine Krise, die damals drohte das gesamte Amt zu beschädigen. Umso dankbarer bin ich und ist meine Fraktion für die Arbeit, die in den letzten Jahren geleistet wurde. Die Behörde wurde engagiert, sachlich und zielorientiert geführt. Entsprechend gut ist das Arbeitsergebnis, das heute in der Drucksache dokumentiert wird.

Ich möchte auf drei Aspekte dieses Tätigkeitsberichtes eingehen. Der erste liegt im Bereich der Beratungstätigkeit. Ich halte es für hoch interessant, dass die Zahl der Erstberatungen im vergangenen Jahr wiederum gestiegen ist. Das zeigt, es geht zwar um die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, aber das unheilvolle Wirken der Stasi ist kein Schnee von gestern, sondern eine höchst lebendige Geschichte. Das ist etwas, was viele Menschen in diesem Lande betrifft als ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit oder als Opfer, was aber auch uns alle betrifft, die wir hier politisch handeln.

Akteneinsicht, das ist eine sehr alte Weisheit, hat sehr oft Fragen zur Rehabilitierung zur Folge. Dieses zweite Tätigkeitsgebiet im Bereich der Beratung ist nahe liegend. Wir halten es für bemerkenswert, dass der Landesbeauftragte im Jahre 2003 in einer Situation der Ungewissheit über die Weiterführung der Rehabilitierung mit einer erfolgreichen dezentralen Beratungsinitiative reagiert hat. Das ist sicher ein wichtiger Beitrag gewesen. Umso wichtiger ist für uns auch seine Erfahrung, die er gewonnen hat.

Viele Betroffene sind unzufrieden mit ihren Rehabilitierungsbescheiden. Das ist eine Erfahrung, die teilen auch viele andere, die teilen Rechtsanwälte, die teilen Politiker in Gesprächen in Bürgerbüros. Umso nötiger ist es aber, mit Aufmerksamkeit zur Kenntnis zu nehmen, dass die überwiegende Zahl der Ablehnungen rechtlich korrekt ist oder korrekt erscheint, dass aber Rehabilitierung sachlich geboten wäre.

Ich glaube, diese Einschätzung des Landesbeauftragten sollte für uns Anstoß sein, über eine Weiterentwicklung des Rehabilitierungsrechts nachzudenken. Wir müssen nach neuen – und ich sage es ganz offen – und auch finanzierbaren Lösungen suchen. Das scheint sachlich geboten, ist aber zugleich – ich sagte dieses bedeutende Wort hier in diesem Landtag einmal – eine moralische Verpflichtung für uns.

(Beifall bei den GRÜNEN und
des Abg. Marko Schiemann, CDU)

Der zweite Bereich, den ich sehr wichtig finde, ist der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Bildung. Wir begrüßen die Erweiterung der Tätigkeit, die im letzten Jahr in diesem Bereich vorgenommen wurde. Das betrifft sowohl die Veranstaltungen als auch die neu gestaltete Eigenreihe der Landesbehörde und die Kooperation mit anderen. Das betrifft auch die Publikationen.

Insgesamt ist diese Öffentlichkeitsarbeit sehr gut geeignet, das weite Feld der Repression unter dem DDR-Unrechtsregime und auch des Widerstands dagegen auszu-leuchten.

Besonders bedeutsam scheint uns aber der Weg zu sein, der mit dem Schülerprojekt „DDR-Jugend und Staats-sicherheit“ eingeleitet wurde. Herr Bräunig hat hier aus einer seinem Alter gerechten Perspektive gesprochen. Ich habe in vielen Gesprächen mit Schulklassen, mit Jugendgruppen Erfahrungen gesammelt. Es gibt ein gewach-senes Interesse unter den jungen Menschen an diesem Bereich der DDR-Vergangenheit.

Es sind bei vielen jungen Leuten die Fragen nicht zu klären: Wie konnte in der DDR dieses System der Repres-sion geschaffen werden? Wie konnte dieses Spitzeltum am Leben erhalten werden? Andererseits stellen sich aber auch die Fragen: Wie war Widerstand möglich? Wie war es zugleich möglich, in der DDR unter diesen Rahmenbedingungen glücklich zu leben?

Um diese Fragen zu beleuchten und das Informations- und Gesprächsbedürfnis zu befriedigen, ist der Landes-beauftragte gefragt mit seinem Schülerprojekt, mit den Vorträgen, mit Gesprächen, auch mit Zeitzeugen. Das, denke ich, wird in den nächsten Jahren einen noch wich-tigeren Schwerpunkt in der Arbeit bilden.

(Beifall bei den GRÜNEN und
der Abg. Margit Wehnert, SPD)

Der dritte Teil, den ich ansprechen möchte, ist der Bereich der Koordinierungsarbeit, also Dinge, die eigentlich nicht in den Aufgabenbereich hineinfallen, aber die Kon-takte betreffen.

Das eine ist – es wurde bereits von einem Vorredner an-gesprochen – das neue Regionalkonzept der Bundesbe-auftragten. Für Sachsen heißt das, die Archive sollen in Leipzig konzentriert werden. Der Sächsische Landtag hat sich in der vergangenen Legislaturperiode sehr klar und deutlich zu dieser Frage positioniert. Auch der Landes-beauftragte hat sich zu Wort gemeldet. Ich finde diese Position, die er vor allem in seinem Tätigkeitsbericht noch einmal zusammenfasst, höchst überlegens- und un-terstützenswert.

Die Archivkonstruktion, wie sie jetzt beim neuen Regio-nalkonzept vorgeschlagen ist, sieht Einsparungen vor; Einsparungen, die aber von Kennern der Konzepte be-reits bezweifelt werden. Vor allem ist es eine Konstruk-tion, die deutlich den zweiten Schritt vor dem ersten macht. Zuerst sind die Fragen der mittel- und langfris-tigen Archivierung zu klären, wie sie im Tätigkeitsbe-richt des Landesbeauftragten aufgeführt sind. Dann geht es um eine Lösung, wie die nächsten Jahre zu regeln sind.

Das heißt, der Landesbeauftragte stellt in seinem Bericht die richtigen Fragen. Sie sind dringend zu beantwor-ten mit Hilfe des Sächsischen Landtages, vor allem aber auf Bundesebene.

Ein letzter Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Ge-denkstättenarbeit. Wir haben hier in Sachsen auch in dieser Legislaturperiode immer noch eine Situation mit unserer Stiftung Sächsische Gedenkstätten, in der der Eklat um diese Stiftung nachwirkt. Für uns von BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN ist es klar, dass die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes von besonderer Bedeutung ist. Ich sage es hier auch deshalb noch einmal, weil es umso wichtiger ist, dies in den Mittelpunkt zu stellen, als wir mit der NPD Vertreter einer Partei im Sächsischen Landtag haben, die in ihrer Ideologie und in ihrer Tradition direkt an den Nationalsozialismus anknüpft.

(Beifall bei den GRÜNEN –
Uwe Leichsenring, NPD: Käse!)

Ich bin meinem Vorredner ganz besonders dankbar, dass er mit klaren Worten den Versuch zurückgewiesen hat, einen Vergleich zwischen dem Wirken der DDR-Staatsicherheit und den Verfassungsorganen bzw. Verfassungsschutzorganen der Bundesrepublik Deutschland zu konstruieren. Das ist der Versuch, hier ein BRD-Unrecht zu konstruieren, und das ist ein Teil der Ideologie, die die Partei versucht in den Sächsischen Landtag zu tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN und
vereinzelt bei der CDU –
Uwe Leichsenring, NPD: Das ist die Wahrheit!)

Vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verbrechen wenden wir uns deshalb gegen alle Versuche, durch eine einseitige Ausrichtung der Gedenkstättenarbeit die Untaten der NS-Diktatur zu relativieren. Insbesondere betrifft das die Verbrechen des Holocaust.

Aber ebenso wichtig ist die Auseinandersetzung mit dem Unrecht des SED-Regimes. Sie hat nichts von ihrer Bedeutung verloren. Ich glaube, dass der Landesbeauftragte mit seiner differenzierten, sachlichen und abwägenden Position in seinem Tätigkeitsbericht sein Gewicht in den Stiftungsrat einbringen muss. Wir stehen hier vor einer wichtigen Aufgabe: das Porzellan, das zerschlagen worden ist, mit Hilfe der neuen zuständigen Ministerin wieder zu kitten und die Arbeit der sächsischen Stiftung auf eine neue und zukunftsfähige Position zu stellen.

Wir möchten dem Landesbeauftragten und seiner Behörde dafür und für alle weiteren Aufgaben in seinem Spektrum viel Kraft wünschen. Er hat die Unterstützung unserer Fraktion in seiner Arbeit und ich denke auch die Unterstützung des Sächsischen Landtages.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU
und vereinzelt bei der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die Staatsregierung spricht Herr Staatsminister Mackenroth, Minister der Justiz.

Geert Mackenroth, Staatsminister der Justiz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich habe gestern zum ersten Mal von diesem Pult aus zu Ihnen sprechen dürfen. Das geschah in einer etwas aufgeheizten Atmosphäre, um es vorsichtig zu sagen. Daher möchte ich heute in Ruhe den Satz nachholen, den ich eigentlich gestern schon hätte sagen wollen: Der neue Justizminister des Freistaates Sachsen bietet allen Beteiligten hier im Hohen Hause eine offene und faire Zusammenarbeit an. Darüber hinaus werden all diejenigen in mir einen engagierten Mitstreiter finden,

die mit mir für die Akzeptanz unseres Rechts, das unserem Gemeinwesen seinen Namen gegeben hat –

(Beifall bei der CDU)

– und für die Stärkung unserer wehrhaften – das betone ich – Demokratie eintreten wollen.

(Beifall bei der CDU und
des Abg. Stefan Brangs, SPD)

Zur Sache: Die Debatten – gerade in der letzten Zeit – zeigen, dass die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR auch 15 Jahre nach der friedlichen Revolution vom Herbst '89 nicht abgeschlossen ist. Die so genannten Rosenholz-Dokumente haben Fragen nach einer neuerlichen Überprüfung von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und von öffentlichen Mandatsträgern aufgeworfen. Die Diskussion über die Verlängerung der Antragsfristen in den Rehabilitierungsgesetzen hat Schicksal und Leid der von Verfolgungsmaßnahmen Betroffenen erneut in das öffentliche Blickfeld gerückt. Die anhaltende Debatte über die Zukunft der Behörde der Bundesbeauftragten und ihrer Außenstellen hat neben organisatorischen Aspekten auch die Frage nach dem künftigen Umgang mit der Hinterlassenschaft des Staatssicherheitsdienstes wieder auf die Tagesordnung treten lassen.

Die Arbeit unseres Landesbeauftragten hat dazu beigetragen, Sachverstand über die Funktionsweise des Staatssicherheitsdienstes und Erfahrungswissen aus Beratungstätigkeit in die Diskussion einfließen zu lassen. Genau so sinnhaftig war aber auch im letzten Berichtszeitraum die erneut gestiegene individuelle Beratung von Bürgerinnen und Bürgern und die Unterstützung von Opfer- und Verfolgtenverbänden und Aufarbeitungsinitiativen. Die Arbeit des Landesbeauftragten will ferner die Bevölkerung über totalitäre Strukturen aufklären und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft und den Einzelnen stärker ins Bewusstsein rücken. Ohne undifferenzierte Vergleiche zwischen verschiedenen Diktaturen ziehen zu wollen, muss gerade jetzt das Ziel der Arbeit aller öffentlichen Stellen dieses Landes sein, die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaat zu stärken und jeglicher totalitärer Intoleranz, jedem verbalen Bestreben, dieses System abzuwickeln, entschieden entgegenzutreten.

(Beifall der Abg. Volker Bandmann,
und Heinz Lehmann, CDU)

Häufig ist Dokumentations- und Bildungsarbeit ein Kampf gegen das Vergessen. Unter anderem mit der Ausstellung „Herbst '89 – Entscheidungstage in Sachsen“ ist dem Landesbeauftragten und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern etwas gelungen – nämlich, in Erinnerung zu rufen, dass es die Bürger – insbesondere der sächsischen Städte – selbst waren, die im Herbst '89 mit großem Mut grundlegende Freiheitsrechte für sich und andere errungen haben.

Gerade in einer Zeit tiefgreifender sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen kann ein Erinnern an eigene Stärke und ein Zurückblicken auf eine großartige Leistung mit berechtigtem Stolz helfen, die Herausforderungen der Zukunft mit Entschlossenheit

und Selbstbewusstsein anzugehen. Insoweit, Herr Abg. Dr. Martens, finde ich, dass Herr Abg. Schiemann zu Recht von einer „Erinnerungskultur“ gesprochen hat. Ein solches Bewusstsein nämlich, verbunden mit dem Wissen um Funktionsweisen und Folgen von Diktaturen, kann auch dazu beitragen, manchem im Schafspelz daherkommenden Wolf jedweder Pelzfarbe den Boden unter den Füßen zu entziehen. Lassen Sie das im Herbst '89 Erreichte durch eine kleine Schar den wahren Werten der friedlichen Revolution zutiefst feindlich gegenüberstehenden Demagogen nicht zerstören!

Dieses System, unser Rechtsstaat ist – bei allen eingeräumten Unzulänglichkeiten – besser als jedes andere, in jedem Fall haushoch überlegen dem Modell „Braun“ – nicht vorrangig besser für die politischen Mandatsträger, nicht vorrangig besser für diejenigen, die für unsere Demokratie aktiv arbeiten, sondern für alle sächsischen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall des Abg. Marko Schiemann, CDU, und der Abg. Antje Hermenau, GRÜNE)

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, der Beschlussempfehlung zu folgen und den 12. Tätigkeitsbericht billigend zur Kenntnis zu nehmen. Nach meiner Überzeugung hat sich der Landesbeauftragte an die ihm durch das Gesetz gezogenen Grenzen gehalten. Dem Landesbe-

auftragten und seinen Mitarbeitern danke auch ich für ihre engagierte Arbeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Danke schön. – Das war die erste Runde der Aussprache. Gibt es Bedarf zur weiteren Aussprache? – Dies scheint nicht der Fall zu sein. Dann wäre jetzt die Gelegenheit, dass der Berichterstatter des Ausschusses, Herr Prof. Schneider, die Möglichkeit hätte zu sprechen.

(Prof. Dr. Günther Schneider, CDU: Nein!)

– Es wird verzichtet. Danke schön. – Dann kämen wir zur Beschlussfassung. Meine Damen und Herren! Wir stimmen ab über die Beschlussempfehlung des Innenausschusses in der Drucksache 4/0465. Bei Zustimmung bitte ich um Ihr Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenstimmen! – Keine Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen! – Eine Anzahl von Stimmenthaltungen. Damit ist die Beschlussempfehlung des Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses in der Drucksache 4/0465 beschlossen. Ich danke Ihnen. Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7

Elfter Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten

Drucksache 4/0044, Unterrichtung durch den Sächsischen Ausländerbeauftragten

Drucksache 4/0288, Beschlussempfehlung des Innenausschusses

Das Präsidium hat eine Redezeit von 10 Minuten für jede Fraktion festgelegt. Die Reihenfolge in der ersten Runde: CDU, PDS, SPD, NPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Sächsische Ausländerbeauftragte und die Staatsregierung, wenn gewünscht. Meine Damen und Herren, ich bitte den Vertreter der CDU-Fraktion zur ersten Runde. Herr Abg. Bandmann.

Volker Bandmann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Elfte Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten, der letzte, der von Heiner Sandig verantwortet wird, liegt uns vor. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, zunächst Heiner Sandig für seine zwölfjährige Tätigkeit zu danken.

(Anhaltender Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Er hat 1992 in schwieriger Zeit sein Amt angetreten. Er hat dieses Amt mit Leben und Engagement hervorragend ausgefüllt. Ich danke ihm für seine gute, ja, für seine sehr gute Arbeit. Ich danke ihm insbesondere für seine Mitmenschlichkeit, die als Leitmotiv seine gesamte Tätigkeit geprägt hat. Ich halte es nach wie vor für richtig, dass das Amt des Ausländerbeauftragten – und in Zukunft der Ausländerbeauftragten – beim Landtag angesiedelt ist. Dies ist in Deutschland einmalig. Heiner Sandig hat mit seiner Arbeit und mit seinen Mitarbeite-

rinnen dieses Amt nachhaltig positiv geprägt und damit zu dem guten Ruf unseres Freistaates Sachsen in der Welt beigetragen.

Dieser Erfolg schlägt sich auch – ich möchte dies nicht betonen, aber doch nicht unerwähnt lassen – im wirtschaftlichen Bereich, in ausländischen Investitionen, im Tourismus und im Kauf sächsischer Produkte nieder.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Sachsen leben – dem Ausländerzentralregister zufolge – bei einer Gesamtbevölkerung von gut 4,3 Millionen knapp 92 000 Ausländer. Dies entspricht einem Prozentanteil von zirka 2,11 %. Im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern handelt es sich dabei um einen außerordentlich geringen Anteil. Wir haben in Sachsen wahrlich keinen Anlass, von Überfremdung oder gar Ausländerschwemme zu reden. Das ist glatter Unsinn. Der größte Teil der Sachsen will weltoffen und fremdenfreundlich sein.

Leipzig als jahrhundertealter Messeplatz und Schnittpunkt bedeutender Handelsstraßen besitzt eine historische Tradition der Weltoffenheit und Pluralität. In der alten Verlags- und Bürgerstadt haben sich viele konsularische Vertretungen angesiedelt. Die Herrnhuter Brüdergemeinde in der Oberlausitz agiert weltweit als Missionsgemeinschaft und hat ihre Zentrale eben in Sachsen. Das Völkerkundemuseum der Herrnhuter dokumentiert diese Weltoffenheit seit Jahrhunderten. Die Kirchen tragen zur Fremdenfreundlichkeit und Weltof-

fenheit sehr viel bei. Wir danken ihnen an dieser Stelle sehr herzlich dafür.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

Die gemeinsamen deutsch-polnischen oder deutsch-tschechischen Kindergärten und übrigen Einrichtungen blühen und gedeihen. So etwas wie der im Jahresbericht erwähnte Einsatz der deutschen Feuerwehr in der Gemeinde Nova Ves horach, zu deutsch Gebirgsneudorf, auf tschechischer Seite wird immer mehr Schule machen. Dem ehrenamtlichen Bürgermeister von Deutschneudorf im Mittleren Erzgebirgskreis, Herrn Heinz-Peter Haustein, sei hier ebenfalls stellvertretend für viele andere gedankt.

Kontakte mit Ausländern stellen für die Allermeisten im Freistaat eine Bereicherung dar. Wie anders war dies noch im Honecker-SED-Regime! Dort wurden Ausländer aus dem so genannten kapitalistischen Ausland unter Generalverdacht gestellt und nicht selten von der Geheimpolizei, der Staatssicherheit – wir hörten es eben –, bespitzelt und ständig beobachtet. Männer und Frauen, die diese Kontakte bewusst suchten um der Freiheit willen, wurden gleichfalls unter diese Beobachtung und unter diesen Generalverdacht gestellt. Es war nicht selten, dass sie daraus Nachteile zu erleiden hatten. Der Honecker-Staat, der von einigen hier im Hause immer noch hochgehalten wird, hat aber nicht nur systematische Kontakte zu Menschen aus anderen Ländern erschwert; die kommunistische Diktatur war selbst die Ursache für massenhafte Flucht und Vertreibung unserer eigenen Landsleute.

In diesem Jahr dürfen wir das 15. Jahr der deutschen Einheit begehen und feiern. Wir feiern die Befreiung von der kommunistischen Diktatur, die so viele Sachsen, Thüringer, Mecklenburger, Brandenburger, Berliner, Sachsen-Anhalter und Vorpommern aus ihrer Heimat vertrieben hat. Nicht wenige aus diesen Gruppen sind glücklicherweise in ein freies und demokratisches Sachsen zurückgekehrt. Gerade diese Menschen haben nicht selten vor 1989 nach ihrer Flucht nach Westdeutschland oder ins Ausland Hilfe und Unterstützung erfahren. 1989 waren hier besonders Ungarn und Österreich zu nennen. Dafür sind wir diesen Ländern dankbar.

Die betroffenen Menschen wissen, was es heißt, Heimat zu verlassen und flüchten zu müssen. Aber ich denke hier auch an die vielen Vertriebenen, die nach dem Kriege ihre Heimat verloren haben. Auch diese Menschen wissen bis auf den heutigen Tage, was es heißt, Heimat zu verlassen und vertrieben zu sein. Dies alles sollten wir uns bei der Befassung mit dem Elften Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten noch einmal in Erinnerung rufen.

Meine Damen und Herren, die in Sachsen lebenden ausländischen Staatsangehörigen sind nicht nur Zuwanderer oder Flüchtlinge. Es sind viele EU-Bürger darunter, die im Rahmen des zusammenwachsenden Europa Arbeitnehmerfreizügigkeit, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit genießen und, wenn sie ausreichend krankenversichert sind und ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten können, hier im Lande leben können. Wir wollen diese Freiheit für uns und die übrigen Unionsbürger

in einem zusammenwachsenden Europa. Dieser Bericht benennt auch, dass viele ausländische Studenten darunter sind, viele Professoren, Manager und Selbständige sowie deren Ehegatten.

Ich möchte aus dem Jahresbericht noch einige einzelne Aspekte besonders erwähnen, nämlich die Situation der jüdischen Einwanderer, die der ausländischen Studenten und die der Flüchtlinge. Jüdische Einwanderer insbesondere aus den GUS-Staaten stellen nach wie vor einen großen Teil der Zuwanderer nach Sachsen dar. Wir alle und insbesondere wir hier im Parlament tragen Verantwortung dafür, dass sie sich bei uns zu Hause fühlen können und hier ihre neue, zukünftige Heimat finden.

Ausländische Studenten sind bei uns Gäste auf Zeit. Aber gerade sie sind nicht selten zukünftige Wirtschaftskapitäne und zukünftige politische Entscheidungsträger in ihren Herkunftsländern. Einige davon bleiben auch auf Dauer im Freistaat Sachsen und tragen mit dem von ihnen erworbenen Wissen zum Leistungsvermögen und auch zur kulturellen Vielfalt im Freistaat Sachsen bei.

Schließlich leben nicht wenige Flüchtlinge in Sachsen. Dem Bericht des Ausländerbeauftragten zufolge waren es Ende 2003 gut 10 000. Nicht wenige von ihnen kommen, weil Krieg und Vertreibung in unserer Welt auf der Tagesordnung stehen. Ich erinnere an die grauenhaften Vertreibungen und Massaker im ehemaligen Jugoslawien. Dieses Grauen mitten in Europa ist uns allen noch gegenwärtig. Die Opfer dieser Auseinandersetzung haben in Sachsen immer wieder Hilfe und Unterstützung erfahren. Wir verkennen dabei nicht, dass kriminelle Organisationen, nämlich Schlepperbanden, die Notlage von Menschen ausnutzen. Ich sage aber hier in aller Deutlichkeit: Wir werden nicht nachlassen, Schleuserkriminalität zu bekämpfen. Wir tun dies auch, um extremistischen Organisationen, die den Fremdenhass schüren, den Boden zu entziehen.

Die CDU-Fraktion wünscht der neuen Ausländerbeauftragten, unserer Kollegin Friederike de Haas, das Beste, viel Erfolg und Gottes Segen für ihre Tätigkeit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich bitte Frau Ernst, für die PDS-Fraktion das Wort zu nehmen.

Dr. Cornelia Ernst, PDS: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bandmann, Sie haben mich in meinen Gefühlen eben hin- und hergerissen. „Haben Sie Kreide gefressen?“, hätte ich beinahe gesagt. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie ab und zu einmal zum Thema gesprochen hätten. Es war alles dabei, man kann es sich jetzt aussuchen. Sie haben gewissermaßen an den Ketten der neuen Konstellation in der Koalition gezerrt, so nehme ich an.

Heute liegt der Elfte Ausländerbeauftragtenbericht vor. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Herrn Sandig und seiner Crew zu danken.

(Beifall bei der PDS)

Ich danke ihm vor allem auch aus einem Grund ganz besonders: dass er sein Amt als ein überparteiliches auf-

gefasst hat. Ich kann sagen, dass das in einer ziemlich schwierigen Zeit geschah, nämlich in den Jahren, als das Asylrecht in Deutschland und insbesondere die Asylpraxis in Sachsen drastisch verschlechtert, ausgehöhlt, abgewertet wurde und Ausländerfeindlichkeit wieder hoffähig geworden ist. In dieser Situation Ausländerbeauftragter zu sein, egal in welcher Fraktion, ist kompliziert. Dies mit Vertretern verschiedener Fraktionen gemeistert zu haben ist Leistung. Insofern galt Herr Sandig wohl in seiner eigenen Fraktion als Rufer in der Wüste. Die Lorbeeren hat er sich von der Opposition, von Flüchtlingsverbänden und -initiativen geholt, und doch wohl zu Recht.

In einem hat sich aber Herr Sandig geirrt: dass es in Sachsen keine Fremdenfeindlichkeit gebe. Heute sitzt die NPD im Landtag, zu deren ideologischem Kern kämpferische Fremdenfeindlichkeit – so bezeichnet es Sandig in seinem letzten, hier vorliegenden Ausländerbericht – definitiv gehört, und davor warnt er.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ehrlich sagen: Es kommt jetzt weniger auf salbungsvolle Reden zu diesem Ausländerbericht an, sondern was wir tun müssen, ist, endlich die Augen zu öffnen und das Problem der Ausländerfeindlichkeit, das uns außerhalb dieses Raumes, aber auch innerhalb dieses Raumes begegnet, beim Namen zu nennen sowie jede Form von Ausländerhetze – damit meine ich wirklich jede – öffentlich zu ahnden. Sonst bleiben Bündnisse gegen Naziparteien ein leeres Wort.

(Beifall bei der PDS, der SPD, den GRÜNEN
und vereinzelt bei der FDP)

Was wir gegenwärtig brauchen, sind keine kleinen Verbesserungen, keine kosmetischen Wohltaten, keine kleinen, hübschen Änderungen bei Gesetzen, sondern wir brauchen ein Umdenken in der Politik, und zwar weg von einer ausgrenzenden, seit Jahren betriebenen Ausländerpolitik hin zu einer richtigen, sehr wohl praktischen Integrationspolitik.

Ich glaube, wir sollten den Begriff „Ausländerpolitik“ aus unseren Köpfen streichen und lieber darüber reden, wie wir die Ausländerin und den Ausländer in den einzelnen Politikbereichen berücksichtigen. Das sollte ganz praktisch und nicht ideologisch erfolgen. Die Leute leben hier und wir sollten schauen, was wir tun können.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Deswegen wünsche ich mir – das will ich ehrlich sagen – weniger eine sächsische Ausländerbeauftragte als sehr viel mehr eine sächsische Integrationsbeauftragte. Darauf kommt es an.

(Beifall bei der PDS und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Seit dem 1. Januar 2005 ist das Zuwanderungsbegrenzungsgesetz in Kraft, das einige Integrationsmaßnahmen enthält, die ich für sehr wichtig erachte: Das sind die Sprachenorientierungskurse. Wir als PDS sind der Auffassung, dass all denjenigen, die seit langem hier leben, egal, welchen Status sie haben, diese Integrationsangebote zukommen müssen. Es ist außerordentlich wichtig, dass alle eine Sprachausbil-

dung erhalten können. Aber selbst wenn uns das gelänge, wir uns darüber einig wären und das überall so machen würden, müssten wir uns darüber im Klaren sein, dass wir damit hierzulande die Integration nicht im Kasten hätten. Wir dürfen zu diesen Fragen auch nicht die Augen verschließen.

Deshalb fordert die PDS-Fraktion seit langem und jetzt ganz vehement – an die Adresse der Ausländerbeauftragten, aber auch an die Adresse des Hauses gerichtet – ein Integrationskonzept für Sachsen. Das brauchen wir gegenwärtig.

(Beifall bei der PDS)

Es gibt dafür in Berlin und in Hessen gute Beispiele. Im hessischen Konzept hat die CDU-Regierung konkrete Maßnahmen zur Integrationsförderung, wie zum Beispiel die Sprachenförderung einschließlich des Muttersprachenunterrichts, verankert. Das finde ich hervorragend. Das Regierungsprogramm beinhaltet die Ausbildungsförderung, Clearingstellen für ausländische Unternehmer, die Einführung interkulturellen Lernens in Kindergärten und Schulen, Fortbildungsangebote, ethnien-spezifische Aspekte in der Altenpflege und vor allem – was sehr wichtig ist – im Gesundheitssystem und eine landesgeförderte Migrationssozialberatung. Das haben wir in Sachsen nicht. Ich kann nur sagen, das brauchen wir schleunigst. Wir als PDS-Fraktion werden dafür kämpfen.

Man kann nicht alles auf einmal, werden Sie sagen. Ich teile diesen Standpunkt. Das ist richtig. Aber der Weg, den man in Hessen beschreitet, ist ein Weg, dem wir nacheifern sollten und den ich auch für richtig halte, für den einzig richtigen halte.

Ein zweiter Aspekt. Wir brauchen die weitere Stärkung der Mitbestimmungsrechte und der Mitwirkungsrechte von ausländischen Mitbürgern hier im Land.

(Beifall bei der PDS)

Wir wollen, dass die Selbstvertretung auch ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zusteht, und zwar ganz selbstverständlich.

Es ist völlig unwidersprochen, dass hauptamtliche Ausländerbeauftragte einfach nicht mehr hauptamtlich sind. Im Muldentalkreis – das hat mir meine Kollegin erzählt – hat man den Ausländerbeauftragten zum ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten gemacht und ihm gesagt, dass er 100 Euro zusätzlich im Monat erhält. Er habe ein gutes Herz und solle nun als Ausländerbeauftragter schauen. Diese Tendenz halte ich für sehr schlimm. Wir müssen uns damit auseinander setzen. Wir brauchen solche Gremien. Wir brauchen auch Ausländerbeiräte in den Kommunen. Wir können das nicht durch andere Gremien ersetzen.

Ein dritter Punkt. Die PDS-Fraktion will einen Landesintegrationsrat auf der staatlichen Ebene als ein Beratungsgremium der Staatsregierung schaffen. Einen solchen Landesintegrationsrat gibt es in anderen Ländern.

Ich komme zum Kuratorium für ein weltoffenes Sachsen, wie es in Sachsen heißt. Ich habe häufig nachgefragt, Anfragen gestellt und herumtelefoniert. Teilweise stimmten die Adressen nicht mehr. Es ging hin und her. Wir brau-

chen keine Präsidialgremien, sondern wir brauchen Gremien, in denen Facharbeit geleistet wird, damit wir zu einem Integrationskonzept kommen. Dieses Integrationskonzept ist seit langem überfällig.

Der vierte Gedanke. Die PDS-Fraktion verlangt seit Jahren – das werde ich im Namen meiner Fraktion auch immer wieder anmahnen – die Überprüfung der gesamten Asylpraxis in Sachsen. Herr Bandmann, wir sind für einen rigiden Umgang mit Ausländern bundesweit bestens bekannt. Sie kennen die alten Fakten. Wir müssen uns mit solchen Fragen, wie der Abschaffung von Massenunterkünften für Asylsuchende, auseinandersetzen.

(Klaus Baier, NPD: Eigenheime!)

Warum soll es in Sachsen nicht möglich sein? Ich denke, es ist in Sachsen möglich, denn auch in anderen Ländern wird es gemacht.

Dabei denke ich an die Einführung von Bargeldzahlungen an Flüchtlinge, die Aufhebung der Praxis mit den unsäglichen Urlaubsscheinen, wenn zum Beispiel jemand aus einem Landkreis einen anderen in einem anderen Landkreis besuchen will, und eine zum Teil menschenunwürdige Abschiebepaxis gerade und besonders in Sachsen. Dafür gibt es zig Beispiele.

Meine Damen und Herren! Es ist scheinheilig, sich über zusätzliche Wahlstimmen, die die NPD zum Beispiel bei der Wahl der Ausländerbeauftragten erhielt, aufzuregen und gleichzeitig nichts, aber auch gar nichts dagegen zu unternehmen, dass Ausländer in diesem Lande wie Menschen zweiter Klasse behandelt werden, wohl wissend, dass die NPD gerade Ausländer in ihrem Fokus hat.

Frau de Haas, ich erwarte von Ihnen nicht nur, dass Sie sich für die längst überfällige Härtefallkommission engagieren und die oben genannten Themen in Ihren Berichten aufgreifen, sondern ich erwarte von Ihnen, dass Sie als parteiübergreifende Multiplikatorin wirken, gewissermaßen als Ombudsfrau für Ausländer und für Inländer.

Danke.

(Beifall bei der PDS und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Bräunig.

Enrico Bräunig, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke im Namen der SPD-Fraktion Herrn Heiner Sandig und seinem Team für diesen Bericht und die geleistete Arbeit ganz herzlich.

Der Elfte Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten ist, wie auch schon sein Vorgänger, angereichert mit vielen Informationen und sehr aufschlussreich. Ich bin mir sicher, dass bei der überwiegenden Mehrheit der hier anwesenden Abgeordneten Konsens darüber besteht, dass das Amt des Sächsischen Ausländerbeauftragten eine Institution ist, die unserem Land gut tut und die sich in den zwölf Jahren ihres Bestehens mehr als bewährt hat. Natürlich wäre es besser, wenn wir dieses Amt überhaupt nicht brauchten,

(Vereinzelt Beifall bei der NPD)

weil im Zusammenleben von Einheimischen und Migranten im Freistaat Sachsen alles in Butter ist. Aber leider ist das häufig nicht der Fall und somit hat dieses Amt auch weiterhin seine Berechtigung.

Nun fällt dieser Jahresbericht zeitlich mit dem Ausscheiden von Heiner Sandig nach immerhin zwölfjähriger Amtszeit zusammen. Herr Sandig hat sich selbst attestiert, dass er seine Ziele, die hauptsächlich in der Förderung der Integration von Menschen unterschiedlicher Kultur, Herkunft und Religion liegen, nur zum Teil erreicht hat. Schuld daran sind aber mitnichten sein Engagement und das seiner Mitarbeiter, sondern vielmehr die vielen widrigen Umstände und Rahmenbedingungen, die auch gesetzlicher Natur waren und sind und mit denen er in seiner Amtszeit zu kämpfen hatte. Das wollte ich hier noch einmal anführen.

Der Sächsische Ausländerbeauftragte hat durch seine Funktion als Ombudsmann im Berichtszeitraum Ausländern in schwierigen Situationen, also in Härtefällen, konkret helfen können. Das ist positiv. Herr Sandig hätte sicherlich auch gern noch die Umsetzung des Zuwanderungskompromisses, des Aufenthaltsgesetzes, das in Kraft getreten ist und uns aktuell beschäftigt wird, aktiv begleitet. Wie wir wissen, war ihm das leider nicht vergönnt.

Zum Stichwort Aufenthaltsgesetz: Ich denke hierbei an die Härtefallkommission – Frau Ernst, Sie hatten es angesprochen –, für deren Einsetzung sich Herr Sandig stark gemacht hatte und deren Geburtsstunde wohl demnächst bevorsteht, obwohl ich selbst keine konkreten Hinweise darauf habe, inwieweit sich der Prüfungsauftrag des Landtages im Sächsischen Staatsministerium des Innern in der Umsetzung befindet.

(Zuruf des Staatsministers
Dr. Thomas de Maiziére)

– Danke, der Staatsminister wird dazu noch etwas sagen.

Es bleibt mir, den Dank an Herrn Sandig zu verbinden mit dem Wunsch an die neue Ausländerbeauftragte, Frau de Haas, die vertrauensvolle und enge Zusammenarbeit mit den Fraktionen – und ich betone ausdrücklich: mit den Fraktionen, die an einer menschenwürdigen Migrationspolitik in diesem Land interessiert sind – im Sinne ihres Vorgängers fortzusetzen. Wir verbinden damit auch den Wunsch, dass Sie das Amt überparteilich ausüben, so wie es Herr Sandig getan hat.

Bleibt mir noch, auf eine Sache hinzuweisen: Der Begriff „Ausländerbeauftragter“ lässt uns oft vergessen, dass es auch eine Gruppe von Menschen gibt, die zum Großteil Deutsche sind und die trotzdem Hilfe brauchen bei der Integration in die Gesellschaft – die Spätaussiedler. Vor diesem Hintergrund würde vielleicht der Titel „Sächsischer Migrations- und Integrationsbeauftragter“ besser dem Inhalt dieses Amtes gerecht werden. Das ist ein Denkanstoß, der nicht von mir stammt, sondern von Herrn Sandig, den ich aber hiermit gerne aufgreifen und in den Raum stellen möchte. Vielleicht sollten wir demnächst über eine Umbenennung des Amtes in dieser Runde einmal diskutieren.

Damit will ich meine Ausführungen schließen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt
bei der CDU, der PDS, der FDP
und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die NPD-Fraktion spricht Herr Schmidt.

Mirko Schmidt, NPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Präsident! Sie werden sich sicherlich noch gut daran erinnern können, dass wir die Institution, die hier zur Debatte steht, den so genannten Ausländerbeauftragten, in diesem Hause schon bei früherer Gelegenheit als völlig überflüssige Spielweise unverbesserlicher Multikulti-Funktionäre charakterisiert haben. An dieser Einschätzung, die im Übrigen von vielen Tausenden unserer sächsischen Mitbürgerinnen und Mitbürger draußen im Land geteilt wird, hat sich natürlich bis heute nicht das Geringste geändert. Dieses Amt ist so überflüssig wie ein Kropf. Es dient nur der Verfestigung von Strukturen und Anspruchshaltungen so genannter ausländischer Mitbürger und es verschlingt Unsummen von Geld, die wir gerade im Freistaat weit sinnvoller verwenden könnten.

(Zuruf von der CDU: Wer hat Ihnen
denn das aufgeschrieben?)

Weil diese in zitronenfarbiges Papier gehüllte Absonderung des Herrn Ausländerbeauftragten aber partout noch einmal hier Gegenstand der Tagesordnung ist, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn wir bei dieser Gelegenheit noch ein wenig grundsätzlicher werden.

(Martin Dulig, SPD: Aha!)

Jahr für Jahr sechsstellige Beträge für so genannte Ausländerbeauftragte zu verschlingen wäre an sich schon schlimm genug, aber überhaupt kein Verständnis haben wir dafür, dass diese Summen nicht nur für völlig unsinnige Migrations- und multikulturelle Sperenzien verbraten werden, sondern auch noch zur Diffamierung des politischen Gegners, der von Ihren Multikulti-Eskapaden nicht so begeistert ist.

Da lesen wir zum Beispiel auf Seite 9 Ihres Berichts – ich zitiere –: „Umso absurder muten die Wahlplakate einer rechtsextremistischen Partei an, die die Grenzen dichtmachen will.“ Es ist also ein reines Horrorszenario, das Sie hier aufbauen.

Aber es wird noch viel besser. Ich zitiere: „Eine kleine, aber unübersehbare Minderheit der Deutschen betreibt nationalistische und fremdenfeindliche Propaganda.“ An Sätzen wie diesen ist so gut wie alles falsch. Oft schon gilt als fremdenfeindlich, wer sich als national denkender Mensch zu erkennen gibt.

(Unruhe)

Zweitens gilt für das, was Sie in Ihrer multikulturellen Arroganz als Propaganda bezeichnen, nicht mehr und nicht weniger das Attribut der freien Meinungsäußerung – hören Sie zu! – wie für alle Äußerungen politischer Parteien in diesem Lande auch.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Einen Moment bitte. Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag.

Kristin Schütz, FDP: Ich stelle den Antrag, dass der Redner sich entsprechend § 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung daran hält, dass die Redner grundsätzlich in einem freien Vortrag sprechen. „Sie können hierfür Aufzeichnungen benutzen.“

(Beifall bei der FDP, der SPD
und den GRÜNEN)

Mirko Schmidt, NPD: Wenn sich die anderen Rednerinnen in diesem Haus auch daran halten würden, wäre es in Ordnung.

(Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Was?)

Und drittens – da liegen Sie wahrscheinlich am größten daneben – sind wir keine Minderheit oder gar eine kleine Minderheit. Sie werden sich noch umschauen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie wir mit unserer Politik und mit unserer Position in der Ausländerfrage eines gar nicht mehr so fernen Tages Mehrheiten stellen werden, nur wird es dann vermutlich keinen Ausländerbeauftragten mehr geben. Es wird gut so sein.

Es fällt zugegebenermaßen nicht leicht, dem besagten zitronenfarbenen Bericht allzu viel Konstruktives zu entnehmen. Wenn man genauer hinschaut, stellt man fest, dass weit über die Hälfte dieses dubiosen Berichtes schlicht und einfach aus anderen Publikationen abgekupferte Texte sind.

(Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Was?
Das ist doch unerhört!)

– Ja, schauen Sie hinein! – Außerdem stehen jede Menge Zahlen drin und immer wieder diese tiefende multikulturelle Prosa.

Besonders skurril wirkt das dort, wo ein Angestellter der Sächsischen Staatsregierung, eben dieser so genannte Ausländerbeauftragte – –

(Dr. Cornelia Ernst, PDS: Wissen Sie,
was Sie da erzählen?)

– Ja, ich weiß, was ich erzähle. – Und dann stellt sich dieser feine Herr auch noch hin und lamentiert, dass ihm das neue Zuwanderungsgesetz der rot-grünen Bundesregierung immer noch nicht weit genug geht. Ja, was wollen Sie denn noch? Reichen Ihnen Hunderttausende Einbürgerungen jährlich denn noch nicht, die wir in Deutschland seit der Einführung des rot-grünen Ausländerrechts haben?

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS,
steht am Mikrophon.)

– Ich beantworte keine Fragen, Herr Porsch. Sie können sich setzen.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: So bitte nicht! Das entscheide ich. Es gibt das Begehren, eine Zwischenfrage

zu stellen, Herr Abgeordneter. Gestatten Sie diese Zwischenfrage?

Mirko Schmidt, NPD: Nein.

(Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Das steht nicht im Manuskript! –
Weitere Zurufe von der PDS, der SPD
und den GRÜNEN)

Reichen Ihnen denn die multikulturellen Ghettos in unseren Städten noch nicht, wo Sie ganze Straßenzüge in türkischer Hand haben, wo Sie lange gehen müssen, um überhaupt noch ein Wort Deutsch zu hören?

(Unruhe)

– Ja, ich bringe Beispiele!

(Fortgesetzte Unruhe –
Glocke des Präsidenten)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es gibt das Begehren nach einer weiteren Zwischenfrage.

Mirko Schmidt, NPD: Nein, ich beantworte keine.

Die Eberhard-Klein-Oberschule in Berlin-Kreuzberg, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die erste Berliner Schule, in der es keinen einzigen deutschen Schüler mehr gibt. Es gibt dort 342 Schüler, davon 80 % Türken, der Rest sind Libanesen, Araber, Vietnamesen und Russen.

(Dr. Dietmar Pellmann, PDS: Was?)

– Ja! – Die einzigen Ausnahmen sind dort die Lehrer. Sie sollen dort Deutsch als Unterrichtssprache durchsetzen. Aber wer sollte dort eigentlich zuhören? Vielleicht der Rest an Deutschen als aussterbende Spezies?

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es gibt ein weiteres Begehren, eine Zwischenfrage zu stellen, Herr Abgeordneter.

Mirko Schmidt, NPD: Nein. – Wenn Sie das wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann machen Sie ruhig weiter wie bisher und verteilen Sie hier Ihre Märchenbücher und salbadern Sie von Barmherzigkeit in irgendwelchen Härtefallkommissionen!

(Zuruf der Abg. Dr. Cornelia Ernst, PDS)

Aber auf eines können Sie sich verlassen: Ewig machen das die Menschen in unserem Land nicht mehr mit. Und damit meine ich nicht irgendwelche abgehobenen Politikfunktionäre oder linksagilen Überzeugungstäter, – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Es gibt ein weiteres Begehren für eine Zwischenfrage, Herr Abgeordneter.

Mirko Schmidt, NPD: – nein – sondern ganz normale Durchschnittsdeutsche, die auch künftig gern Deutsche bleiben wollen.

(Unruhe)

Sie können sich darauf verlassen, dass wir denen immer wieder sagen werden, wohin diese ganze Situation führt, wenn Ihnen nicht beizeiten das Handwerk gelegt wird. Wollen Sie es dahin kommen lassen, wo heute die Niederlande sind, wo kaum eine Woche vergeht, ohne dass Moscheen brennen, Kirchen brennen und ein Klima der Gewalt um sich greift? Wollen Sie, dass Berlin-Kreuzberg morgen in der Dresdner Friedrichstadt ist? Wollen Sie, dass Sie irgendwann auch hier in Sachsen Schulen bekommen, in denen Sie vor lauter Migration und multikultureller Barmherzigkeit kein einziges deutsches Wort mehr verstehen?

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Peter Porsch, PDS)

Wir jedenfalls, meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen das nicht. Deswegen sind wir hier. Wir werden so lange arbeiten und uns hier zu Wort melden und die Menschen aufklären, bis Ihre dubiosen Berichte eines Tages uns und die Bürger hier im Lande nicht mehr belästigen.

Und noch eine Anmerkung: Ich bin der Meinung, dass die Hälfte von Ihnen diese Schwarte nicht gelesen hat. Wissen Sie, woher der Bericht ist, den ich hier in der Hand halte? Er lag am Tag der Zustellung drüben in der Poststelle im Müllsack und er hatte noch viele Brüderchen und Schwesterchen, die daneben lagen. Das können Sie mir glauben.

(Zuruf des Abg. Karl Nolle, SPD)

Meine Damen und Herren, ich wollte diesen Bericht zuerst zurückgeben. Aber ich habe mir überlegt, dass ich ihn anderen zeigen kann als ein Beweismittel für Geldverschwendung.

(Unruhe)

Wir sind von Sachsen gewählt worden und nicht von Ausländern.

(Beifall bei der NPD)

Und schauen Sie dorthin! Dort sitzen die zwölf Anwälte des sächsischen Volkes.

Danke.

(Beifall bei der NPD –
Lachen bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Einen Moment, bitte. Ich möchte noch einmal auf den Geschäftsordnungsantrag zurückkommen. Ich bedanke mich für diesen Antrag, obwohl er im Moment keine Konsequenzen haben konnte, und zwar ganz einfach deswegen, weil ich schon seit geraumer Zeit hier vorn sitze und festgestellt habe, dass der Herr Abg. Schmidt nicht der Einzige war, der im Laufe des heutigen Tages seinen Redebeitrag abgelesen hat. Ich danke aber für die Ermahnung und richte den Appell an uns alle, sich künftig an diesen Paragraphen unserer Geschäftsordnung mehr anzulehnen, auch wenn das Ablesen bei Zitaten manchmal unvermeidlich ist. – Vielen Dank für Ihren engagierten Auftritt.

Ich erteile das Wort dem Abgeordneten der FDP-Fraktion, Herrn Dr. Martens.

Dr. Jürgen Martens, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch bei diesem Bericht stehe ich in der Pflicht, mich, soweit es überhaupt möglich ist, mit dem auseinander zu setzen, was eben mein Vorredner zum Besten gegeben hat. Wieder einmal erleben wir, dass nicht Sachauseinandersetzung und Argumente die Diskussion bestimmen, sondern schlichte Fremdenfeindlichkeit, dumpfe Xenophobie

(Dr. Cornelia Ernst, PDS:
Das verstehen die nicht!)

und Gewalt verbreitende Ressentiments hier verspritzt werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der PDS,
der SPD und den GRÜNEN)

Wenn davon gesprochen wird, dass hier Unsummen von Geld ausgegeben werden, dann kann man das relativ schnell klarstellen. Auf Plakate können Sie das schreiben. Hier müssen Sie sich Argumenten stellen und die Zahlen zur Kenntnis nehmen. Auf Nachfrage ist mir soeben mitgeteilt worden, dass der Etat des Ausländerbeauftragten für Sachkosten bei 8 000 Euro im Jahr liegt. Bei Personalkosten sind es unter 250 000 Euro.

(Zuruf von der NPD: Das reicht doch!)

Hier von Unsummen zu sprechen, ist eindeutig nicht Ihrer Unkenntnis, sondern Ihrem Unwillen geschuldet.

(Uwe Leichsenring, NPD:
Richtig, ganz genau!)

Das ist verbunden mit Ihrem Bemühen, Diffamierungsarbeit zu leisten.

(Beifall bei der FDP, der PDS, der SPD,
den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Ich würde gern addieren lassen, wie groß dagegen die Behandlungskosten von Opfern rechtsextremistischer Straftaten im vergangenen Jahr gewesen sind.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der PDS,
der SPD und den GRÜNEN –
Zuruf von der NPD: Was kosten
die Opfer der Antifa?)

Wenn Sie hier erzählen, Sie seien nicht fremdenfeindlich, dann wird Ihnen das hier keiner glauben. Die Plakate, mit denen Sie draußen auf Stimmenfang gehen, sprechen eine ganz, ganz andere Sprache.

(Klaus-Jürgen Menzel, NPD:
Gehen Sie mal in die Neustadt!)

Über das schlichte „Grenzen dicht!“ bis zu dem Plakat mit von hinten abgebildeten Frauen mit Schleier und der Unterschrift „Gute Heimreise!“ versuchen Sie hier Stimmung zu machen. Dieses Plakat ist an Bösartigkeit kaum noch zu übertreffen. Es erinnert einen an die Schriftzüge über den Eingangstoren mit den preußischen Tugendssätzen „Arbeit macht frei“ oder „Jedem das Seine“. Das nennt man Begriffsperversion.

Damit machen Sie Politik. Aber wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen. Jeden Versuch, den Sie hier machen, werden wir beantworten, indem zum Beispiel ich als Liberaler mich hinstelle und sage: „Ich trete ein für Menschenrechte. Die sind nicht teilbar. Die gelten für Inländer wie für Ausländer.“

(Starker Beifall bei der FDP, der CDU,
der PDS, der SPD und den GRÜNEN)

Anlässlich des vorgelegten Berichtes des Ausländerbeauftragten möchte ich Herrn Sandig im Namen meiner Fraktion recht herzlich für die geleistete Arbeit danken. Diese Arbeit ist wichtig, auch wenn der Anteil ausländischer Mitbürger in Sachsen – es ist schon gesagt worden – außerordentlich gering ist, wenn man das mit anderen Bundesländern vergleicht.

Der Bericht zeigt, dass auch bei diesem geringen Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung die Arbeit eines Ausländerbeauftragten notwendig ist. Denn viel zu oft gibt es spezifische Probleme ausländischer Mitbürger, die bei uns im Normalraster von behördlichem Handeln, von politischen Entscheidungen und Maßnahmen nicht genügend berücksichtigt werden, weil sie oftmals nicht artikuliert werden. Dahinter steht keine Durchsetzungsmacht, stehen keine Lobbyverbände und Ähnliches.

Der Bericht zeigt, dass es gerade die kleinen Dinge sind, wie das Kümmern um den Besuch von Schulen oder Kindertagesstätten durch ausländische Kinder, die den Ausländerbeauftragten beschäftigt haben.

Die Arbeit des Ausländerbeauftragten wird auch in Zukunft notwendig sein. Denn auch in Zukunft wird Zuwanderung stattfinden und wird wahrscheinlich noch stärker stattfinden, als dies bisher der Fall war. Allein die EU-Erweiterung wird dazu führen, dass aus Nachbarländern mehr Menschen nach Sachsen ziehen; wie möglicherweise auch Sachsen in die Länder, die um uns herum liegen, ziehen werden. Das wird Probleme mit sich bringen. Aber auch diese Probleme sollten gelöst werden können, sofern man sich um ein konsensuales Verständnis und ein problemorientiertes Handeln bemüht. Dass das nicht leicht ist, zeigen manche Ausfalligkeiten, die hier vorhin hineingetragen wurden. Aber wir werden uns davon nicht beirren lassen.

Wir werden die Arbeit des Ausländerbeauftragten auch weiterhin begleiten und werden aufpassen, damit die Staatsregierung sich darum bemüht, das umzusetzen, was der Ausländerbeauftragte – wie wir finden zu Recht – in seinem Bericht angemahnt hat.

Wir haben in der ersten Sitzungswoche des Landtages über die hier bereits angesprochene Härtefallkommission nach § 23a des Zuwanderungsgesetzes gesprochen. Meine Fraktion begrüßt die Einrichtung einer solchen Kommission. Wir werden beobachten, was mit dem Prüfungsauftrag passiert und wie wir dazu kommen, dass eine solche Kommission eingerichtet wird.

Wir werden auch das von Frau Dr. Ernst angesprochene Thema eines Integrationskonzeptes verfolgen. Das ist sicher sinnvoll. Das von Ihnen übrigens so gelobte Konzept in Hessen ist dort auf Vorschlag der FDP eingeführt worden.

(Beifall bei der FDP und der PDS)

Die Arbeit des Ausländerbeauftragten ist notwendig. Sie scheint notwendiger denn je zu sein. Wir werden sie begleiten. Ich wünsche der neuen Ausländerbeauftragten für ihre Arbeit in der kommenden Zeit alles Gute.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU, der PDS,
der SPD und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Elke Herrmann.

Elke Herrmann, GRÜNE: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke meinem Vorredner ausdrücklich für die klaren Worte, die er gefunden hat, und möchte zur Sachdebatte zurückkehren, weil ich meine, dass es angesichts dieses Wortschwall ausländerfeindlicher Parolen wichtig ist, die Sachdebatte innerhalb der demokratischen Fraktionen gemeinsam zu führen.

Anlässlich der Vorlage des Elften Jahresberichtes des Sächsischen Ausländerbeauftragten möchten wir uns dem Dank an Heiner Sandig anschließen, den die demokratischen Fraktionen, die vor mir gesprochen haben, zum Ausdruck brachten. Wir erkennen seinen großen persönlichen Einsatz für diese Tätigkeit in den letzten zwölf Jahren an. Wir sehen, dass sich dieser Einsatz in dem Jahresbericht widerspiegelt.

Wir wünschen Herrn Sandig für die Zukunft alles Gute und hoffen, dass er die Erfahrungen, die er in den zwölf Jahren gesammelt hat, weiterhin einbringen kann. Dafür wären ihm viele ausländische Mitbürger dankbar.

Heiner Sandig hat, als er diesen Bericht im Innenausschuss vorstellte, formuliert, welches das Ziel seiner Arbeit in den letzten zwölf Jahren war. Das ist vorhin bereits zitiert worden. Er hat sich dafür eingesetzt, das Zusammenleben mit Menschen anderer Länder, mit Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen zu erleichtern und ihre Integration zu verbessern. Das sei ihm nur zum Teil gelungen, hat er gesagt. Deshalb ist dieser Elfte Jahresbericht ein Bericht, der noch Aufgaben übrig lässt, der auf Aufgaben hinweist, die wir in Zukunft gemeinsam bewältigen müssen.

Ich möchte nur auf zwei Punkte eingehen. Dabei werde ich sicher einiges wiederholen, was meine Vorredner bereits gesagt haben. Ich halte das in diesem Falle nicht für negativ. Ich denke, dass wir uns immer wieder intensiv mit diesen Punkten beschäftigen sollten.

Es gilt, das seit dem 1. Januar geltende neue Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz umzusetzen. Ein offenes Problem in diesem Zusammenhang ist hier auch schon im letzten Jahr angesprochen worden. Das ist die Einrichtung einer sächsischen Härtefallkommission. Herr Sandig spricht sich im Bericht dafür aus. Er schreibt, dass von der Aufenthaltsgewährung in Härtefällen unbedingt Gebrauch zu machen ist, um die Möglichkeit zu schaffen, auf dieser Basis einen Aufenthaltstitel zu erteilen. Wir erwarten von der Staatsregierung, dass sie das Prüfergebnis des Auftrages, den sie vom Landtag erhalten hat, uns baldmöglichst vorlegt und zeitnah eine Härtefallkommission einrichtet.

Auf einen zweiten Punkt möchte ich eingehen, der heute schon angeklungen ist. Es ist ein ganz wichtiger Punkt für die weitere Arbeit, auch für die Zusammenarbeit mit der derzeitigen neuen Ausländerbeauftragten. Das ist der Punkt der Integration. Im Bericht gibt es ein Kapitel Integrationsförderung. Wie wir alle wissen, sieht das neue Recht einen Rechtsanspruch auf Integrationskurse vor, die in einem Deutsch-Kurs und einem Orientierungskurs zusammengefasst sind. Damit wird der Bedeutung, die eine gelungene Integration auch für uns hat, für die Aufnahmegesellschaft und deren demokratische Strukturen, Rechnung getragen. Es ist zu fragen, welches die Bedingungen sind, die gegeben sein müssen, damit in modernen Gesellschaften ein Mindestmaß an Zuwendung zu gemeinsamen Werten und damit zum Gemeinwesen entsteht und abgesichert wird.

Mit besonderem Interesse habe ich das Kapitel 8 des vorliegenden Berichtes gelesen, in dem einige der Werte, die ich eben angesprochen habe, verdeutlicht werden. Das Kapitel 8 ist überschrieben mit „Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt“. Für Sachsen – das möchte ich jetzt anmerken – wie für alle ostdeutschen Bundesländer ergeben sich bei der Gestaltung von Zuwanderung und Integration einige andere Gesichtspunkte als in den alten Bundesländern. Aus folgenden Gründen gestaltet sich Integration, die kein „Ausländerproblem“ ist, sondern Bereitschaft von beiden Seiten voraussetzt, besonders schwierig: In Sachsen handelt es sich oft nicht um Zuwanderung, sondern im engeren Sinne um Zuweisung. Asylbewerber jüdischer Emigranten und Aussiedler werden entsprechend der bundesweiten Quoten Sachsen zugewiesen. Damit verbunden ist eine starke Fluktuation. Ein großer Teil der Zuwanderer verlässt Sachsen, sobald der Aufenthaltsstatus dies zulässt. Das bedeutet, dass viele der in Sachsen lebenden Zuwanderer keinen verfestigten Aufenthaltstitel besitzen. Integrationsleistungen aber setzen bisher oft erst bei einem verfestigten Aufenthalt ein. Daher rührt ein Teil unserer Probleme.

Die Lebensentwürfe vieler Migrantinnen und Migranten sind nicht auf eine Niederlassung in den ostdeutschen Bundesländern und auch nicht auf eine Niederlassung in Sachsen gerichtet. Viele Menschen in Sachsen begegnen deshalb Zuwanderern nur als Flüchtlingen in einer Gemeinschaftsunterkunft. Der Aufenthalt ist nicht auf Dauer vor Ort angelegt. Deshalb sind die Vorstellungen der Menschen einseitig geprägt. Sie erleben im Vordergrund die vermeintliche Konkurrenz um den Arbeitsplatz. Das trifft besonders für ländliche Regionen zu. Normalität und positive Erfahrungen durch Begegnung können auch deshalb im Alltag nicht entstehen, weil die in Gemeinschaftsunterkünften Lebenden zu Passivität gezwungen sind und im Alltag kein Kontakt entstehen kann.

Die Einschränkungen durch das Asylbewerberleistungsgesetz und die verordnete Residenzpflicht erschweren zusätzlich das Alltagsleben der Flüchtlinge. Wir sollten jedoch die Chancen erkennen, die Zuwanderung auch bedeutet und die im vorliegenden Bericht von Herrn Sandig deutlich wird.

Anerkennung von Zuwanderern ist nicht nur eine ethische Anforderung, sondern auch eine ökonomische. Eine „Einwanderungsgesellschaft“ meint ja auch die Fähigkeit

einer Gesellschaft, mit Minderheiten umzugehen und Toleranz zu entwickeln. Das ist eine sehr wichtige Voraussetzung für ein weltoffenes Sachsen und eine bedeutende Qualifikation für Integration in unserem Land. Deshalb wiederhole ich hier unsere Forderung nach einem Integrationskonzept, das auch schon angesprochen wurde, für das Land Sachsen. Hier sind Vereine und Institutionen, die in der Migrantenarbeit tätig sind, zur Mitarbeit gebeten.

Ich möchte noch auf ein Memorandum hinweisen, das heißt „Zuwanderung und Integration in den neuen Bundesländern – Chancen, Risiken und Aufgaben“. Es ist entstanden in einem Diskussionsprozess unter ostdeutschen Ausländerbeauftragten und Migrantenvertretern. In diesem Memorandum finden wir eine Fülle von Anregungen und Beispielen, die wir bei der Umsetzung eines Integrationskonzeptes beachten sollten.

Abschließend möchte ich den Wunsch unserer Fraktion an die neue Ausländerbeauftragte nach einer intensiven und sachorientierten Zusammenarbeit ausdrücken. Wir freuen uns darauf.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und der PDS)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das waren die Mitteilungen der Fraktionen in der ersten Runde. Jetzt hat die Ausländerbeauftragte, Frau Friederike de Haas, die Möglichkeit zu sprechen.

Friederike de Haas, Sächsische Ausländerbeauftragte: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Auch ich möchte mich in den Reigen der Dank sagenden an Heiner Sandig einreihen. Ich freue mich, in seine Fußstapfen treten zu können. Ich freue mich auf die Arbeit als Sächsische Ausländerbeauftragte. Ich sage das ganz bewusst,

(Vereinzelt Beifall bei der CDU, der SPD, der PDS, der FDP und den GRÜNEN)

weil ich denke, dass klare Worte notwendig sind und nicht Begrifflichkeiten, die mehrfach gedeutet werden können. Genau das war auch das Anliegen von Heiner Sandig. Ich bin vom Sächsischen Landtag gewählt und bin nicht die Ausländerbeauftragte der Regierung. Das nur zur Klarstellung.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der PDS, der FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! In der heutigen Aussprache geht es um den elften Bericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten, meines Amtsvorgängers. Er zeigt die Themen auf, die in Sachsen für Ausländerinnen und Ausländer relevant waren. Er zeigt auf, welche Fortschritte erzielt worden sind bzw. wo es weiteren Handlungsbedarf gibt. Sachsen will weltoffen und fremdenfreundlich sein. Der Bericht regt zum Diskurs an, macht aber auch deutlich, dass wir uns in Deutschland und in Sachsen intensiver mit den Fragen der Kultur und der Integration zu beschäftigen haben, dies ganz besonders vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in unserem

Land. Der Bericht ist damit gleichzeitig Auftrag an mich, die dort aufgeführten Fragestellungen aufzunehmen und mit allen Beteiligten zu diskutieren. Insofern sind Sie, sind wir alle gefragt, Stellung und Position zu beziehen.

Heiner Sandig hatte von 1992 bis zu meiner Wahl das Amt des Sächsischen Ausländerbeauftragten inne; er hat dieses Amt von ganzem Herzen geführt und sich für die Belange der Ausländerinnen und Ausländer in Sachsen eingesetzt. Seine Stimme wurde sowohl im Landtag als auch außerhalb des Landtages gehört und geachtet. Für ihn war der humanitäre Umgang mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, insbesondere auch mit den Flüchtlingen des Bürgerkrieges in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, ein inneres Anliegen. Er hat sich nie berirren lassen und immer dazu beigetragen, einen gerechten Weg für den Umgang insbesondere mit Flüchtlingen zu finden. Er engagierte sich ganz besonders auch in Einzelfallfragen und hat sich dabei stets von dem Gedanken leiten lassen, dass Verwaltungsentscheide nachvollziehbar und für die Beteiligten menschlich akzeptabel sein müssen. So hat er während seiner Amtszeit Gespräche mit dem Innenministerium initiiert, Gespräche, die in zahlreichen schwierigen Fällen Lösungen herbeigeführt haben. Sie können quasi als Vorläufer der Härtefallkommission gelten, zu der ich mit dem Innenminister im Gespräch bin, und ich habe positive Anzeichen dafür, dass wir zu einem guten Ende kommen werden.

(Beifall bei der PDS, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Heiner Sandig hat sich immer für Toleranz und Weltoffenheit im Freistaat Sachsen eingesetzt. Die Einrichtung des Kuratoriums für ein weltoffenes Sachsen ist ein beredtes Zeugnis dieses Engagements.

Frau Ernst, es war eine ganz bewusste Entscheidung, dieses Kuratorium einzusetzen und eben nicht einen Integrationsrat, und ich bin sehr dankbar dafür, denn all die Dinge, die Sie angeführt haben, werden da behandelt. Nun weiß ich nicht, was dann falsch an dem Titel sein soll. Das „Kuratorium für ein weltoffenes Sachsen“ ist ein wichtiger und guter Begriff, denn in ihm sind alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten und machen deutlich, dass Sachsen in einer Tradition gegenüber Bürgern anderer Länder steht.

Der Aspekt des weltoffenen fremdenfreundlichen Sachsen soll auch im Mittelpunkt meiner Arbeit stehen. Beides – der Umgang mit dem Fremden, mit dem Nächsten und die Weltoffenheit – ist für die Zukunft Sachsens, das Bild Sachsens in der weltweiten Öffentlichkeit von großer Bedeutung. „Eine solche Politik der Weltoffenheit und Fremdenfreundlichkeit ist ganz gewiss nicht ein Gegensatz zu einer Politik der inneren Sicherheit, sondern das notwendige Pendant dazu.“

(Beifall bei der CDU)

So steht es im Bericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten Heiner Sandig. Dies ist eine Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen. Ich habe bei der Gestaltung und Umsetzung mitzuwirken, Dinge anzustoßen und gebe-

nenfalls auch anzumahnen, denn ich weiß, was ich zu tun habe, und ich brauche nicht die Nachhilfe der PDS.

(Beifall bei der CDU –
Zurufe von der PDS: Hilfe schon!)

Ich bin sicher, dass wir in dieser Arbeit an einem Strang ziehen, und ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD
und der Staatsregierung –
Dr. Cornelia Ernst, PDS: Das war das Letzte!)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich frage die Staatsregierung, ob Redebedarf besteht. – Herr Staatsminister de Maizière, bitte.

Dr. Thomas de Maizière, Staatsminister des Innern: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch für die Sächsische Staatsregierung nehme ich den Elften Jahresbericht des Sächsischen Ausländerbeauftragten zum Anlass, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ehemaligen sächsischen Landesbeauftragten, aber auch Heiner Sandig in Person sehr herzlich für seine Arbeit zu danken. So wichtig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind – natürlich hat der Name und die Person, die Kraft und der Charakter von Heiner Sandig dieses Amt über zwölf Jahre geprägt, und das verdient großen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt
bei der PDS, der SPD, der FDP
und den GRÜNEN)

Liebe Frau de Haas, ich wünsche Ihnen als neu gewählte Ausländerbeauftragte zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Sächsischen Staatsregierung viel Erfolg und biete Ihnen für die gesamte Staatsverwaltung und auch für mich eine gute Zusammenarbeit an.

Lassen Sie mich nur kurz drei Bemerkungen zur Debatte machen; erstens zum neuen Zuwanderungsgesetz. Wie immer man dazu stehen mag – es ist verabschiedet, es ist in einem großen Konsens verabschiedet, und wir sollten die Diskussion nicht von vorn beginnen. Ich will aber gerne einen Punkt ansprechen, der außer von der NPD noch nicht angesprochen worden ist: Natürlich war das zentrale Konfliktfeld des Zuwanderungsgesetzes das Thema: Wie gehen wir mit dem Zuzug von Ausländern um fernab des Themas Asyl? Soll es eine wirkliche Migration in Deutschland geben oder soll es eine im Blick auf deutsche Interessen gezielte Zuwanderung geben? Das war die Konflikt- und Interessenlage. Es hat hierzu einen Kompromiss gegeben, zu dem wir stehen, und das wollen wir auch weiter so halten. Das heißt, dass Arbeitsplätze, die wir zu vergeben haben, natürlich zuerst, wenn es irgend geht, deutschen Erwerbstätigen zur Verfügung stehen müssen.

Wo wir allerdings – neben der Frage der politischen Verfolgung – auch zu unserem wirtschaftlichen Nutzen ausländische Investoren, hochqualifizierte Wissenschaftler, Studenten benötigen, wo sie uns bereichern, wo sie einen Vorteil für Sachsen und Deutschland bringen, eröffnet das Zuwanderungsgesetz neue Chancen und in diesem Sinne sind weit über Asylbewerber hinaus solche Aus-

länderinnen und Ausländer herzlich willkommen, und – Herr Abg. Leichsenring – auch ohne Rückfahrkarte. Sie gehören dann zu uns, sie bauen mit uns an unserer Heimat.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD, der FDP,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Der zweite Gedanke: In dem Zuwanderungsgesetz gibt es die Möglichkeit, eine Härtefallkommission einzurichten. Das Thema der Härtefallkommission war – das ist ja kein Geheimnis, da muss man nicht lange darum herumreden – auch zwischen CDU und SPD sehr umstritten. Auch ich war bis zum In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes kein Freund einer Härtefallkommission; ich habe das bilateral schon in dem einen oder anderen Zusammenhang erwähnt. Warum? – Weil die Härtefallkommission die Gefahr in sich birgt, dass nach einem Verwaltungs- und nach einem Gerichtsverfahren erneut ein Verfahren, ein förmliches Verfahren, in Gang gesetzt wird, das eigentlich, nachdem die Gerichte rechtskräftige Urteile erlassen haben, in unserem Rechtssystem in dieser Weise keinen Platz hat.

Umgekehrt weiß jeder, dass es natürlich Härtefälle gibt und dass es – Frau de Haas hat es erwähnt – in den bilateralen Gesprächen des Ausländerbeauftragten mit den Innenministern ganz oft – wenn auch nicht immer, aber ganz oft – befriedigende Lösungen gegeben hat. Aber sie waren auf Goodwill angewiesen, sie waren auf Wohlwollen angewiesen, und auch dort konnte nach der alten Rechtslage der Innenminister die zuständigen Ausländerbehörden nur bitten, in dem Härtefall von einer Abschiebung abzusehen, eine Duldung zu erlassen oder Ähnliches.

Jetzt gibt es eine neue Rechtslage: Härtefallentscheidungen kann nach der neuen Rechtslage nur noch die oberste Ausländerbehörde, also der Innenminister, treffen, und er darf sie nur dann treffen – nach § 23a, der schon erwähnt worden ist –, wenn es eine Härtefallkommission gibt. Das heißt, die alten ideologischen Gefechte bis zum In-Kraft-Treten des Zuwanderungsgesetzes haben sich erledigt. Wenn es Härtefälle gibt – und diese wird es geben –, dann können sie nur entschieden werden, wenn es eine Härtefallkommission gibt.

(Beifall der Abg. Dr. Cornelia Ernst, PDS)

Die meisten Länder haben davon Gebrauch gemacht – in unterschiedlicher Weise –, und ich möchte heute mitteilen, dass ich nach gründlicher Prüfung und Erörterung mit der Ausländerbeauftragten und nach Abstimmung mit den Arbeitskreisen in unserer Koalition zu der Entscheidung gekommen bin, dem sächsischen Kabinett vorzuschlagen, auch in Sachsen eine Härtefallkommission einzurichten.

(Beifall bei der PDS, der SPD und
vereinzelt bei der CDU, der FDP, den GRÜNEN
und der Staatsregierung)

Das setzt voraus – dazu gibt das Zuwanderungsgesetz ja auch entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen –, dass ein Verfahren gefunden wird, das sich auf die wirklich außergewöhnlichen Härtefälle beschränkt; dass wir

eine enge Zusammensetzung der Kommission zustande bringen, in der alle Beteiligten vertreten sind; dass es ein hohes Entscheidungsquorum gibt, um zu einer Entscheidungsfindung zu kommen. Das Härtefallverfahren darf nicht zu einem Instrument werden, mit dem die gesetzlichen Vorschriften ausgehebelt werden. In diesem Sinne wird es den Entwurf einer Härtefallkommission geben, und ich hoffe, wir kommen dann auch recht bald zu einer Entscheidung.

Frau de Haas und ich sind im Gespräch, wie wir bis zum In-Kraft-Treten der Härtefallkommission mit Härtefällen umgehen wollen.

Meine dritte Bemerkung. Der Ausländerbeauftragte spricht in seinem Bericht an, dass es für Ausländer im Freistaat Sachsen nicht leichter geworden ist, hier zu leben, nachdem die NPD im Landtag sitzt. Ich teile diese Auffassung ausdrücklich nicht. Es wäre zu viel Ehre für die NPD. Meine Damen und Herren, durch generelle Herabsetzung der Ausländer, durch Missachtung ihrer Würde, werden nicht nur wichtige Grundwerte der demokratischen Völkergemeinschaft und zentrale christliche Werte verletzt; solche Haltungen bedrohen auch unser Gemeinwesen. Es ist immer das Problem – ich habe es schon einmal gesagt –, wenn man auf Redebeiträge der NPD zu wenig oder zu viel eingeht, macht man es jeweils falsch. Deswegen will ich mich auf zwei Bemerkungen begrenzen, Herr Abg. Schmidt, die etwas mit dem Sprachgebrauch zu tun haben. Der Sprachgebrauch ist ja sehr verräterisch.

Das Erste ist, Sie haben meines Erachtens, jedenfalls für mich als Christen, in einer unerträglichen und zynischen Weise

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der PDS,
der SPD, der FDP, den GRÜNEN
und der Staatsregierung)

mit dem Begriff der Barmherzigkeit gespielt. Das ist ein Ehrenbegriff, eine innere Haltung, die nicht verschleudert werden darf, mit der man aber vor allen Dingen nicht zynisch umgeht. Das Zweite ist, und das ist genauso schlimm: Sie haben den Bericht des Ausländerbeauftragten mit dem Begriff der „Absonderung“ bezeichnet. Wissen Sie, das erinnert mich an bestimmte – – Das kann man sprachlich sagen, Herr Abg. Apfel.

(Holger Apfel, NPD: Das ist auch
das Papier wert!)

Aber der Begriff der Absonderung erinnert an – sagen wir mal – menschliche Ausscheidungen. Das ist die Assoziation, die ich dabei habe. Wie immer man zu diesem Bericht stehen kann, in dieser Art sprachlicher Bezeichnung den letzten Bericht von Heiner Sandig zu qualifizieren, finde ich unglaublich.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP, den GRÜNEN und der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren, dabei will ich es aber auch bewenden lassen.

Der verantwortliche mitmenschliche Umgang mit Ausländern ist und bleibt unser Anliegen. Einfache Wege, Frau Abg. Ernst, gibt es nicht. Wir müssen den Miss-

brauch des Asylrechts und auch die illegale Einwanderung konsequent bekämpfen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Andererseits werden wir humanitäre Gründe angemessen zu berücksichtigen haben, die Zuwanderung intelligent steuern und denjenigen Ausländern, die dauerhaft in Deutschland bleiben und unser Leben kulturell und wirtschaftlich bereichern, helfen, sich zu integrieren. Das setzt aber auch voraus, und darauf hat uns ganz nachdrücklich Johannes Rau in seinem letzten Amtsjahr hingewiesen, dass sich die Ausländer in unseren Staat und in unsere Gesellschaft integrieren wollen und daran mitwirken. An diesen Herausforderungen will ich mich in konstruktiver Zusammenarbeit mit Ihnen, Frau de Haas als Sächsische Ausländerbeauftragte, und Ihren Mitarbeiterinnen und Ihren Mitarbeitern sehr gerne beteiligen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der PDS, der SPD, der FDP,
den GRÜNEN und der Staatsregierung)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich danke dem Herrn Innenminister. Meine Damen und Herren Abgeordneten, Sie wissen, dass 10 Minuten Redezeit für jede Fraktion zur Verfügung standen. Ich nenne Ihnen die verbliebenen Restzeiten, denn die Fraktionen haben unterschiedlich Gebrauch davon gemacht. Die CDU-Fraktion hat noch 20 Sekunden.

(Heiterkeit bei der PDS, der FDP
und den GRÜNEN)

Die PDS-Fraktion hat 1:07 Minuten, die SPD 5:34 Minuten, die NPD 2:37 Minuten, die FDP 3:20 Minuten. Die GRÜNEN haben ihre Redezeit voll ausgeschöpft. Meine Damen und Herren, mir ist avisiert worden, dass es weiteren Redebedarf gibt. Herr Leichsenring hat sich zum Beispiel schon gemeldet, aber er muss ja nicht den Anfang machen.

(Dr. André Hahn, PDS:
Es muss auch nicht sein!)

Wir werden sehen. Meine Damen und Herren, nun ist die Frage, ob überhaupt noch Redebedarf von den Fraktionen besteht. Wir wollen das Ganze nun nicht zum Poker werden lassen. Herr Leichsenring, Sie waren der Erste, der deutlich gesagt hat, dass er sprechen möchte. Zwei Minuten und dreißig Sekunden.

Uwe Leichsenring, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will diese 2:30 Minuten noch benutzen, um vielleicht ein paar Begriffe gerade zu rücken und ein paar Irritationen auszuräumen.

1. Wenn wir von Demokratie sprechen, dann meinen wir Volksherrschaft und nicht Bevölkerungsherrschaft, denn das wäre eine Soziokratie, die wir so nicht wollen.

(Beifall bei der NPD)

2. Herr Dr. de Maizière, wir greifen nicht Ausländer als Individuen an, denn sie sind als Menschen für uns unan-

tastbar, sondern wenn wir etwas angreifen, dann sind es genau die Institutionen,

(Proteste bei der CDU, der PDS, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

die dazu führen, dass eine Überfremdung in Deutschland, vielleicht noch nicht in Sachsen, aber in anderen Teilen Deutschlands, stattfindet. Sie haben, meine Damen und Herren, anscheinend nicht richtig zugehört. Es gibt in Deutschland mittlerweile eine Schule mit über 400 Kindern, da ist kein deutsches Kind mehr drin.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Na und?!)

Da sagen Sie: Ja, das ist doch in Kreuzberg.

(Widerspruch bei der PDS)

Sie erinnern mich an jemanden, der in der Stube sitzt, während es in der Küche brennt, und sagt, das geht mich nichts an, es brennt ja in der Küche.

(Dr. Cornelia Ernst, PDS: Was brennt da an?)

Das ist nicht nachvollziehbar. Auch in Westdeutschland ist der erste Gastarbeiter mit einem Moped begrüßt worden. Da ging es auch mal irgendwann los. Solche Zustände, wie wir sie in Frankfurt oder in Köln haben, die wollen wir nun weiß Gott in Sachsen nicht haben.

(Beifall bei der NPD)

Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun.

(Heinz Eggert, CDU: Womit denn dann?)

– Nein, das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun.

(Jürgen Gansel, NPD: Mit Einwanderungsfeindlichkeit! – Zurufe von der CDU)

– Jawohl, mit Einwanderungsfeindlichkeit, aber wir haben nichts gegen die Menschen an sich. Ich sage Ihnen das ganz deutlich, mir ist ein Türke, der in der Türkei für seine Heimat kämpft, tausendmal lieber als irgend so ein Multikulti-Fanatiker in Sachsen oder in Deutschland. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Vorsicht mit Ihren Formulierungen bitte, Herr Leichsenring.

Uwe Leichsenring, NPD: Wen habe ich beleidigt? Niemanden. Ich habe niemanden beleidigt.

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Ich hatte nur gebeten vorsichtiger zu sein. Gestatten Sie eine Zwischenfrage, Herr Leichsenring? –

Uwe Leichsenring, NPD: Natürlich, gern.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Haben die Menschen, die nicht zu Ihrer Volksgemeinschaft gehören, die gleichen Rechte wie Sie?

Uwe Leichsenring, NPD: In welcher Beziehung?

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Menschenrechte, Bürgerrechte, Freiheitsrechte.

Uwe Leichsenring, NPD: Vor dem Gesetz sind alle gleich.

(Zuruf von der NPD)

Wir sind Nationalisten, das besagt – –

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Danke.

Uwe Leichsenring, NPD: Ja, gut. Da erklären wir gleich mal den Begriff Nationalismus. Da sind Sie nämlich Opfer Ihrer eigenen Begriffsverdrehung. Nationalismus heißt ja nicht Chauvinismus. Nationalismus heißt ja nur, sich für das eigene Volk einzusetzen ohne andere Völker irgendwie deswegen herabzusetzen.

(Beifall bei der NPD –
Widerspruch bei der PDS und der SPD)

– Nein, Nationalismus und Chauvinismus sind überhaupt nicht dasselbe. Da sind Sie Opfer Ihrer eigenen Begriffsverwirrung.

Dann kommen wir noch zu den bei Ihnen so beliebten Wahlplakaten.

(Zuruf von der PDS)

– Ja, darauf stand „Grenze dicht“. Für Lohndrücker. Wenn Sie diese Plakate angreifen, sind Sie dafür, dass Lohndrücker einwandern. Dann sagen Sie es aber auch so offen.

(Prof. Dr. Peter Porsch, PDS:
Das sind deutsche Unternehmer,
die Löhne drücken.)

– Ja, ja, das sind Deutsche, ganz bestimmt. Wir werden in unseren Grenzgebieten, an der sächsischen und polnischen Grenze, noch genau erleben, wer das ist. Aber das haben Sie mit Ihrer EU-Osterweiterung ja so gewollt.

Ja, und was „Gute Heimreise“ mit der Überschrift über dem Eingang eines Konzentrationslagers zu tun hat? Diesen Zusammenhang erklären Sie mir später vielleicht mal unter vier Augen. Das ist für mich nicht nachvollziehbar.

Ich danke Ihnen, dass ich jetzt noch meine Redezeit – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Sie haben Gelegenheit, noch eine Zwischenfrage zu beantworten.

Uwe Leichsenring, NPD: Ja, na klar.

Astrid Günther-Schmidt, GRÜNE: Herr Leichsenring, sind Sie sich bewusst, dass die Plakate mit „Gute Heimreise“ von Jugendlichen in Kameradschaften als Aufforderung zur Gewalt verstanden werden?

Uwe Leichsenring, NPD: Nein, sie sind weder so gemeint, noch sind sie so verstanden worden. Das kann ich nicht nachvollziehen.

(„Oh“-Rufe bei der PDS und der SPD)

Die Zeit ist um, ich danke Ihnen.

(Beifall bei der NPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Bandmann von der CDU-Fraktion, bitte. 20 Sekunden.

(Heinz Eggert, CDU:
Jetzt sind wir aber gespannt!)

Volker Bandmann, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

(Beifall bei der CDU)

„Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

(Uwe Leichsenring, NPD:
Das unterschreiben wir Ihnen!)

Was Sie hier geboten haben, wird mitunter in deutschen Volksmärchen sehr deutlich aufgespießt. Dort siegt nämlich in der Tat das Gute gegen Hass und Missgunst. In einem dieser Märchen spielt auch ein Apfel eine Rolle, ein vergifteter Apfel. Die NPD versucht auch im sächsischen Parlament einen vergifteten Apfel darzubieten. Ihr gelingt es aber nicht, die vergiftete Seite des Apfels hier im Parlament zu verbergen, wie dies der Königin gelang, um Schneewittchen zu täuschen.

Die CDU und auch die SPD, die mir ihre Redezeit übertragen hat, werden hier im Sächsischen Landtag nicht zulassen, dass die NPD die Menschen über ihre zerstörerischen Ziele täuscht – –

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Bandmann, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

Volker Bandmann, CDU: – und mit ihren Hasstiraden die Menschen irreführt.

Danke.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Herr Prof. Porsch.

Prof. Dr. Peter Porsch, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Leichsenring, Sie haben gesagt, Sie sind für Volksherrschaft und nicht für Bevölkerungsherrschaft. Da haben Sie etwas gucken lassen, wofür ich Ihnen sehr dankbar bin.

Wie wollen Sie denn Volksherrschaft umsetzen und was äußert sich in Volksherrschaft? Da sprechen Sie von so etwas wie Volksseele oder von einem Prinzip. Das können Sie durch Wahlen nicht zur Wirklichkeit bringen, abgesehen davon, ob es überhaupt existiert.

Wenn Sie Bevölkerungsherrschaft ablehnen, greifen Sie Wahlen an, denn die kann sich über Wahlen umsetzen. Wenn Sie Volksherrschaft meinen, wenn Sie eine Volksseele oder einen Sprachgeist oder was sonst durch die Literatur geistert meinen, wenn Sie die umsetzen wollen, setzen Sie auf Führer, die die Vorsehung an die Spitze des Volkes gesetzt hat, um seine historische Sendung umzusetzen. Nichts anderes bedeutet das, wenn Sie Volksherrschaft gegen Bevölkerungsherrschaft ausspielen. Ich sage es noch einmal: Ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie Ihre Geisteshaltung so deutlich gemacht haben. Sie sind ein Feind der Demokratie.

(Beifall bei der PDS, der CDU, der SPD,
der FDP und den GRÜNEN)

3. Vizepräsident Gunther Hatzsch: Gibt es weiteren Redebedarf durch die Fraktionen, die noch Redezeit haben? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Jetzt die Frage an Frau Wehnert als Berichterstatterin des Ausschusses, ob sie noch Bericht erstatten möchte – ich sehe ein Nein.

Meine Damen und Herren! Demzufolge stimmen wir über die Beschlussfassung des Innenausschusses in der Drucksache 4/0288 ab. Wer dieser Drucksache zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Mit einer Fraktion, die dagegen stimmt, hat das Haus diese Drucksache mehrheitlich angenommen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt mit Zustimmung beendet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 8**Beschlussempfehlungen und Berichte des Wahlprüfungsausschusses**

Drucksache 4/0383

Drucksache 4/0384

Es ist keine Aussprache vorgesehen. Sie sind das entscheidende Gremium. Wünscht trotzdem ein Abgeordneter das Wort? – Dies ist offensichtlich nicht der Fall.

Wünschen die Berichterstatter, Herr Pecher für die erste Drucksache, Herr Tischendorf für die zweite Drucksache, das Wort? – Das ist auch nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Dann stimmen wir nun einzeln über die Beschlussempfehlungen des Wahlprüfungsausschusses ab. Wer der Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/0383 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegen-

stimmen? – Keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? – Die Drucksache ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir stimmen über die Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses in der Drucksache 4/0384 ab. Ich bitte bei Zustimmung um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Ebenfalls keine. Ich stelle Einvernehmen fest.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt ebenfalls abgearbeitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 9**Nachträgliche Genehmigungen gemäß Artikel 96 Satz 3 der Verfassung des Freistaates Sachsen zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungen**

Drucksache 4/0483, Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

Es ist keine allgemeine Aussprache vorgesehen. Wünscht dennoch ein Abgeordneter das Wort? – Das ist nicht der Fall. Wünscht der Berichterstatter Herr Leichsenring das Wort? – Herr Leichsenring wünscht das Wort nicht.

Meine Damen und Herren! Damit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses. Bei Zustimmung bitte ich Sie

jetzt um Ihr Handzeichen. – Die Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Die Stimmenthaltungen? – Bei einigen Stimmenthaltungen ist der Drucksache 4/0483 mehrheitlich zugestimmt.

Dieser Tagesordnungspunkt ist beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 10**Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse****– Sammeldrucksache –**

Drucksache 4/0508

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das Präsidium hat eine Redezeit von jeweils 10 Minuten zur Verfügung gestellt. Ich nenne noch einmal die Reihenfolge: CDU, PDS, SPD, NPD, FDP, die GRÜNEN und die Staatsregierung, wenn gewünscht.

Die CDU-Fraktion hat keinen Redebedarf. Dann spricht von der PDS-Fraktion die Abg. Frau Altmann.

Elke Altmann, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Fast zum Schluss der heutigen Tagesordnung bitte ich Sie noch einmal um Aufmerksamkeit für ein brisantes Thema, und zwar für eine so genannte unendliche Geschichte hier in Sachsen, die sowohl die bisherige Staatsregierung als auch die neue versucht seit Jahren auszusitzen. Ich möchte zu den beiden Anträgen der PDS-Fraktion „Rechnungshofgutachten zu den Ergebnissen und Folgen der großzügigen Bereitstellung öffentlicher Mittel für die Stiftung Wald für Sachsen“ und

„Konsequenzen der Rückgabe des ehemaligen Truppenübungsplatzes Königsbrück durch die Stiftung Wald für Sachsen an den Freistaat Sachsen“ einiges sagen.

Wir bedauern es als PDS-Fraktion ganz ausdrücklich, dass die Mitglieder der CDU- und der SPD-Fraktion im Ausschuss für Umwelt und Landwirtschaft sowie im Haushalts- und Finanzausschuss geschlossen gegen diese beiden Anträge gestimmt haben. Sie sind damit – wie auch bei anderen Dingen – Ihrem Credo treu geblieben: kein Interesse an der Aufklärung von Kungelgeschäften. Dabei stinken die Probleme seit Jahren zum Himmel.

Die Stiftung Wald für Sachsen hat zum Beispiel im Jahr 1999 im Sächsischen Rechnungshofbericht ganze zehn Seiten eingenommen. Die Stiftung Wald für Sachsen wurde im Jahr 1997 vom damaligen Finanzminister Prof. Milbradt – ich denke, man kann schon sagen – als Spielwiese für Herrn Dr. Lippmann, CDU, eingerichtet

und zudem reich mit Mitteln aus der sächsischen Staatskasse ausgerüstet.

(Rolf Seidel, CDU: Was soll das?)

– Was das soll, werden Sie vielleicht im weiteren Verlauf meiner Rede noch mitbekommen. Auf jeden Fall werden Sie es in den nächsten Wochen noch verstehen. Jedenfalls ist diese Stiftung reich mit Mitteln aus der sächsischen Staatskasse bestückt worden. Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Königsbrück wurde an Geld vergeigt, was nur vergeigt werden kann. Wir haben darüber schon ausführlich gesprochen. Ich beuge damit nur weiteren Protesten aus der CDU-Fraktion vor. Der Freistaat Sachsen zahlte ein um das andere Mal, ohne etwas davon zu haben. Das stimmt dann vielleicht doch nicht ganz. Da muss ich mich etwas korrigieren. Etwas hatte er vielleicht doch von seinem Geld, und zwar hatten zumindest hochrangige Beamte aus verschiedenen Staatsministerien eine sehr kostengünstige Teilnahme an großzügigen Drückjagden in der Königsbrücker Heide, die dem Vernehmen nach bis weit in das Totalreservat des Naturchutzgebietes geführt haben sollen.

(Angelika Pfeiffer, CDU:
Haben sie oder haben sie nicht?)

– Ja, sagen wir: Sie haben.

Meine Damen und Herren, es ist für uns vielleicht gerade noch nachvollziehbar, dass die CDU, die bisher in Sachsen allein regiert hat, kein Interesse an der Aufklärung dieses Geschäfts unter Freunden hatte. Denn das Ansehen von Dr. Lippmann, CDU-Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses und Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Wald für Sachsen, sollte bewahrt und nicht beschädigt werden. Wie gesagt, dafür haben wir Verständnis, zumal die Stiftung Wald für Sachsen von Anfang an mit der Bewirtschaftung und der Altlastensanierung des ehemaligen Truppenübungsplatzes Königsbrück überfordert war und in dieser Hinsicht ein um das andere Mal total versagt hat.

Nicht einmal die im Jahre 2000 als Aufpasser in das Kuratorium der Stiftung geschickten zwei Vertreter der Staatsregierung konnten das Blatt noch wenden. Das Ergebnis ist, dass inzwischen die Stiftung beide Truppenübungsplätze, und zwar Königsbrück und Zeithain, an den Freistaat wieder loswerden möchte. Die Spielwiese wird ganz einfach nicht mehr gebraucht. Deshalb soll sie zurückgegeben werden.

Was bedeutet das aber nun, meine Damen und Herren? Genau das wollten wir mit unseren zwei Anträgen herausbekommen. Die Stellungnahmen dazu waren mehr als dürftig.

Was es bedeuten könnte, zeige ich Ihnen an einem Beispiel. So sieht der 1997 vom damaligen Finanzminister Prof. Milbradt mit der Stiftung abgeschlossene Kaufvertrag noch nicht einmal vor, dass in einem solchen Fall der Rückübertragung die vom Freistaat geleisteten Zahlungen von damals 25 Millionen DM ganz oder teilweise zurückgewährt werden müssen. Das bedeutet, nicht verbrauchte Mittel gehen in das Stiftungsvermögen ein. Sie stehen also für weitere Experimente der Stiftung mit Steuermitteln bereit.

Was aber, meine Damen und Herren, für uns völlig unverständlich ist und was verstehen kann, wer will, ist, dass die heute von CDU und SPD gemeinsam geführte Staatsregierung immer noch kein Interesse an der öffentlichen Aufklärung zeigt.

Meine Damen und Herren von der Staatsregierung, wenn Sie glauben, diesen Fall weiter aussitzen zu können, dann will ich Ihnen heute mitteilen, dass Sie in Kürze mit einer Großen Anfrage der PDS-Fraktion zu diesen vielen Ungereimtheiten um die Stiftung Wald für Sachsen rechnen können. Wir denken, dass wir höchstens zwei bis drei Wochen brauchen, um eine solche Große Anfrage vorzulegen. Allerdings, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion und auch von der SPD-Fraktion, haben Sie heute noch eine Gelegenheit, der Staatsregierung diese Große Anfrage zu ersparen. Stimmen Sie einfach gegen die beiden Beschlussempfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses zu diesen Anträgen. Damit hätte die Staatsregierung eine weitere Gelegenheit, diese Anträge ausführlich zu beantworten und zur Aufklärung aller Probleme beizutragen, die seit Jahren in der Stiftung Wald für Sachsen bestehen, und es würde keine Große Anfrage der PDS-Fraktion geben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Dazu möchten Sie sprechen, Herr Dr. Hähle? – Bitte schön.

Dr. Fritz Hähle, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es liegen zwei Beschlussempfehlungen vor. Über die werden wir heute hier abstimmen.

Wir können uns in der Kürze der Zeit und jetzt durch diese überfallartigen Aussagen auch kein genaues Bild machen. Wir vertrauen dann im Zweifelsfall eher auf das, was in den Ausschüssen erarbeitet worden ist und uns mit Mehrheit empfohlen wird.

Wenn Sie drohen, Sie würden ansonsten eine Große Anfrage einreichen, so ist das Ihr gutes Recht. Tun Sie das und dann können wir auf einer besseren Grundlage hier diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU –
Beifall des Abg. Martin Dulig, SPD)

1. Vizepräsidentin Regina Schulz: Gibt es dazu weiteren Redebedarf? – Das kann ich nicht feststellen. Frau Abg. Altmann, beantragen Sie Einzelabstimmung zu diesen Beschlussempfehlungen?

(Elke Altmann, PDS: Ja,
machen wir Einzelabstimmung!)

Also dann ist Einzelabstimmung durch die PDS-Fraktion beantragt; so verstehe ich das.

(Dr. André Hahn, PDS: Ja!)

Dann komme ich zur Abstimmung. Wir stimmen ab über die in der Drucksache 4/0508 enthaltene Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Drucksache 4/0056. Wer dieser Beschlussempfehlung zu-

stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Dann ist der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses bei einigen wenigen Stimmenthaltungen und Stimmen dagegen mehrheitlich zugestimmt worden.

Dann stimmen wir im zweiten Punkt über die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Drucksache 4/0063 ab. Es geht um Konsequenzen der Rückgabe des ehemaligen Truppenübungsplatzes Königsbrück durch die Stiftung Wald für Sachsen an den Freistaat Sachsen. Ich frage, wer der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zu dieser Drucksache zustimmen kann. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Das ist das gleiche

Abstimmungsverhalten wie vorhin, also auch diese Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses ist mehrheitlich bestätigt worden.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die Drucksache 4/0508. Gemäß § 99 Abs. 7 der Geschäftsordnung stelle ich hiermit die Zustimmung des Plenums entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss fest, es sei denn, es wird ein anderes Stimmverhalten angekündigt. Gibt es ein solches? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Sammeldrucksache im Sinne des § 99 Abs. 7 durch den Landtag zugestimmt und wir können den Tagesordnungspunkt 10 beenden.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 11

Beschlussempfehlungen und Berichte zu Petitionen

– Sammeldrucksache –

Drucksache 4/0509

Ich frage zunächst, ob einer der Berichterstatter zur mündlichen Ergänzung der Berichte das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall. Gibt es Redebedarf von den Fraktionen? – Das scheint auch nicht der Fall zu sein.

Meine Damen und Herren, es liegt Ihnen in der Drucksache 4/0509 eine Berichtigung zur Beschlussempfehlung vor. Sie haben sie sicherlich zur Kenntnis genommen. Zu einer Beschlussempfehlung hat die Fraktion der PDS ihre abweichende Meinung bekundet. Auch das liegt Ihnen in der genannten Drucksache 4/0509 schriftlich vor.

Demzufolge kann gemäß § 99 Abs. 7 der Geschäftsordnung zu den Beschlussempfehlungen festgestellt werden, dass die Zustimmung des Plenums entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ausschuss vorliegt, es sei denn, es wird hier noch ein anderes Stimmverhalten angekündigt. – Das kann ich nicht erkennen.

Damit ist der Sammeldrucksache insoweit im Sinne von § 99 Abs. 7 der Geschäftsordnung durch den Landtag zugestimmt worden.

Damit können wir auch diesen Tagesordnungspunkt beenden.

Meine Damen und Herren Abgeordneten, die Tagesordnung der 7. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages ist abgearbeitet. Das Präsidium hat den Termin der 8. Sitzung auf morgen, Freitag, den 21. Januar 2005, 10:00 Uhr, festgelegt. Die Einladung und die Tagesordnung liegen Ihnen vor.

Die 7. Sitzung des 4. Sächsischen Landtages ist damit geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg.

(Schluss der Sitzung: 18:11 Uhr)

HERAUSGEBER

Sächsischer Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1,
01067 Dresden

HERSTELLUNG

Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG
– SDV – Tharandter Straße 23–27, 01159 Dresden,
Tel. (03 51) 4 20 30 · Fax 4 20 32 60
Bankverbindung: Postbank Leipzig
Kto.-Nr.: 0156 600 907 BLZ: 860 100 90